



LIBRARIES

UNIVERSITY OF WISCONSIN-MADISON

... und das in Deutschland nach einem Jahr. [1946]

Berlin: L. Grosser, [1946]

<https://digital.library.wisc.edu/1711.dl/TMQ4QQW3CSECU8R>

This material may be protected by copyright law (e.g., Title 17, US Code).

For information on re-use see:

<http://digital.library.wisc.edu/1711.dl/Copyright>

The libraries provide public access to a wide range of material, including online exhibits, digitized collections, archival finding aids, our catalog, online articles, and a growing range of materials in many media.

When possible, we provide rights information in catalog records, finding aids, and other metadata that accompanies collections or items. However, it is always the user's obligation to evaluate copyright and rights issues in light of their own use.

SCHALTER 6



UND DAS IN DEUTSCHLAND NACH EINEM JAHR

Rorie 46

888



---UND DAS
IN DEUTSCHLAND
NACH EINEM JAHR

Herausgegeben unter Mitarbeit von Eva Lippold vom Hauptausschuß Opfer des Faschismus — Verbindende Texte: Lothar Grünewald — Illustrationen: Paul Rosié, Berlin —
Druck: Berliner Verlagsanstalt, Berlin SW 68 — G 28 130 (Kenn-Nr. 36)

Rare Books
CA15755

Die Menschen, die bis vor einem Jahr die Geschichte des deutschen Volkes lenkten, blickten voll Stolz auf eine lange „Ahnenreihe“ zurück. Dieser Rückblick schweifte dann nicht nur über mehr oder weniger dekorative Uniformträger, sondern meist auch über umfangreichen realen Grundbesitz, verbunden mit Industrieanteilen, Bankkonten und Vorrechten aller Art. Je mehr das Volk verelendete und zur Dummheit angehalten wurde, um so weniger wurden die Stimmen laut, die an diesem „Gottesgnadentum“, an diesen „wohlerworbenen Rechten“ zweifelten.

Der Druck des Hitlerregimes, der es nicht gestattete, den Blick frei zum Himmel zu erheben, ist gewichen. Und gerade wir Werktätigen müssen eingedenk sein, daß der Mensch nicht geschaffen wurde, Fronarbeit zu leisten. Der Geist kann den Menschen hoch über die engen Grenzen der Alltäglichkeit erheben, der faschistische Ungeist ihn tief in den Schlamm der Gemeinheit drücken.

Unsere Ahnenreihen sind in der Zeit und in der Namenlosigkeit versunken. So sei es, und es ist gut so. In der Unendlichkeit ist unser Leben unsagbar kurz. Wer sind die Menschen, die sich vermessen, es mit Gewalt zu verkürzen?

Einzelne Menschen, die Hunderte von Jahren vor unserer Zeit die Erhabenheit des Kosmos ahnten, wurden verbrannt, denn die gekrönten Machthaber mußten befürchten, daß auch die nur geahnte Wahrheit die Menschheit begeistern würde. Zu leicht hätte ja ein hoher und reiner Gedankenflug die Menschen der Güte und Brüderlichkeit näher führen können. Menschen aber umstanden jubelnd die Scheiterhaufen der Märtyrer.

In unseren Tagen hat sich einiges geändert. Während man damals einen einzelnen Mann, der an den Lehren der Machthaber zweifelte, nach Einholen von Gutachten williger Autoritäten umbrachte, gab man sich jetzt mit einer solchen Stümperarbeit nicht zufrieden.

Ein Irrsinniger erklärt sich und seine Bandenmitglieder für Edelherrenmenschen und beginnt friedliche Nachbarländer und ihre Bewohner zu zerstampfen. Millionen und aber Millionen irregeleiteter und verblendeter Menschen umsäumen jubelnd die blutige Spur des Tyrannen.

Wer sich den Wahnsinnsideen Hitlers entgegenstellte, wurde vernichtet. Vernichtet — das ist ein Wort wie viele. Es wurde unter wutgestraubten Hitlerbärtchen als Endpunkt eines furchtbaren Zerstörungsbeschlusses hervorgestoßen. Selten in der Geschichte unserer Welt wurde ein Wort so bejubelt.

Dieses Wort setzte die von Hitler aller Welt als einzigartige Geistesgrößen einer ehemaligen Führerrasse angepriesenen Gelehrten, Industriellen, Militaristen, Dichter und Denker in Bewegung, um mit allen Mitteln das Werk der Vernichtung zu betreiben, es als edel, schön und ehrenvoll zu preisen.

Millionen ahnungsloser und friedfertiger Menschen fielen der Blitzvernichtung anheim oder wurden verstümmelt. Wer seinen freien Blick zu erhalten versuchte, war reif. Die Meute schnappte zu.

Die Glut des Scheiterhaufens, auf dem im Jahre 1600 Giordano Bruno, der Wahrheitsverfechter, den Gewalttod erlitt, war kaum zu Asche zerfallen, als bekannt wurde, daß Galilei ein Fernrohr erbaut hatte. Die Richtigkeit der Welterkenntnis Brunos lag klar vor aller Augen. Alle Autoritäts- und Prioritätsbegriffe wankten. Was geschah? Was ging in den Köpfen derer vor, die an seinem Tode schuldig waren?

Die staatlich anerkannten Historien-schreiber berichten darüber nichts. Lange Zeit blieb es peinlich, zuzugeben, daß Autoritäten irren können.

Eine zwölfjährige Schreckens- und Blutherrschaft fand 1945, vor einem Jahr, ihr ruhmloses Ende. Ausgeklügelte, ins feinste ausgefeilte Systeme der Völkervernichtung und Menschenverfolgung brachen zusammen.

Was geht in den Köpfen der Träger dieser Vernichtungsgedanken vor?

Es ist notwendig, einen Blick zwölf Monate zurückzuwerfen. erinnert euch! Hätte einer unter den Hitleranhängern es damals für möglich gehalten, daß er sich, nach kurzen Monaten nur, ein so freches Benehmen erlauben dürfte? Nein, nicht einer unter ihnen hat das geglaubt. Der Ideologie zufolge, die sie selbst zwölf Jahre lang übten und befolgten und die allein sie verstanden hätten, müßten sie fortan ein Leben — bestenfalls — in harter Wiedergutmachungsarbeit führen. Die Nachsicht einer demokratischen Denkart wollen sie nicht verstehen. Sie sehen darin nur eine brüchige Stelle in der Front der Antifaschisten, an der sie meinen, mit Erfolg ihre Zerstörungsarbeit fortsetzen zu können.

Ihr „Herren von rechts“, die ihr dieses Buch nur deshalb lesen werdet, weil ihr euch berauschen wollt an dem Spiegelbild eurer eigenen Erbärmlichkeit, wir haben es noch nicht vergessen, wie elend und klein ihr vor einem Jahr gewesen seid. Ihr wagtet nicht piep zu sagen; nur zaghaft sogt ihr die Luft in eure ängstlich von Orden und Ehrenzeichen befreite Brust.

Heut aber, potz Schrot und Schorf

Man sollte vermeiden, einen an sich klaren Tatbestand durch Erklärungen, die für denkende Menschen überflüssig sind, zu vernebeln. Wir sollten ernstlich versuchen, die schlechten Charakterqualitäten der Nazis zu erkennen: und das ist für den, der sich nur etwas Gefühl für Menschenwürde und Menschheitswürde bewahrt hat, nicht schwer.

Man fühlt sich versucht, das Thema mit bissiger Ironie zu behandeln. Dieses Feld soll dem politischen Zeichner und Dichter vorbehalten bleiben. Für jene aber, die offenen Auges die politische Entwicklung nach dem ersten Weltkrieg beobachteten, ist die Angelegenheit viel zu ernst.

Damals, nach dem 9. November 1918 wie heute, setzt sich der Klüngel, der das Hakenkreuz fest verhakt im Herzen trägt und jeden Aufbauwillen zu sabotieren bestrebt ist, aus den gleichen deutlich unterscheidbaren Interessengruppen zusammen, die sich untereinander und gegenseitig die Sinekuren zuschieben.

Das Verhalten der Nazis zeigt meist das gleiche Bild:

1944 – oben, 1945 – unten, 1946 – oben!!?

Schon hört man hier und da die lahme Entschuldigung: Der immer sich wiederholende Ablauf, das Auf und Ab im Welt- und Naturgeschehen.

Nein!

Mit diesen Maßen, meine Herren Pgs, lassen sich eure Erbärmlichkeiten nicht messen, abgesehen davon, daß die Intervalle zu kurz sind. Eure Blitz- und Eroberungskriege, eure Menschenhetzen sind keine Naturereignisse, sondern basieren auf Systemen und Kalkulationen politischer Gangster. Was im vergangenen Jahr geschah, markiert sich im Weltgeschehen nicht einmal als ein Flimmern. Es setzt nur den steilen Abfall der Kulturkurve Nazideutschlands, der 1933 einsetzte, fort.

Tummelplätze für Naziaktivisten

Darüber besteht kein Zweifel. Nachdem sie den ersten Schock überwunden haben, den sie beim Zusammenbruch des „Tausendjährigen Reiches“ erhielten, kriechen sie wieder aus den Mauselöchern hervor, spreizen und räkeln sich und versuchen unser Werk des Wiederaufbaus zu stören.

Dabei spielt die sogenannte nazistische „Intelligenz“, die es verstand, sich aus der versunkenen Nazizeit in unsere neue Epoche des Antifaschismus und damit der Wiedergesundung Deutschlands hinüberzuretten, keine unwesentliche Rolle. Sie ist der intellektuelle Urheber gemeiner Verbrechen und gibt durch ihr Verhalten an den Hochschulen das Beispiel. Dabei findet sie die Unterstützung von Teilen des Lehrkörpers.

Dem Treiben dieser Elemente Einhalt zu gebieten, diente eine Kundgebung antifaschistischer Studenten in München, auf der der Sekretär der Kommunistischen Partei Bayerns, Bruno Goldammer, sprach und dabei an Hand von Tatsachen die Hitlerhörigkeit einiger Dekane der Münchener Universität entlarvte. Der Erfolg blieb hier nicht aus. Schon tags darauf reichten der staatswissenschaftliche Dekan Prof. Dr. Arnold Weber, der volkswirtschaftliche Dekan Prof. Dietrich und der Leiter des geographischen Instituts Prof. Mahacek ihre Rücktrittsgesuche ein. Außerdem wurde der politisch-akademische Klub in München verboten. In Erlangen versuchten 200 nazistische Studenten eine antifaschistische Kundgebung zu sprengen.

gen. Sie hatten sich nach nazistischer Manier über den ganzen Saal verstreut und vor der Kundgebung Zettel verteilen lassen, auf denen es hieß: Wir warnen die Bevölkerung vor der Teilnahme an Versammlungen der SPD und KPD. Besonders unverblümt betreibt ein Herr Klüh Propaganda und seelische Betreuung für die Nazis. Er schuf in München eine „Junge Bühne“, war früher im Soldatenfunk tätig und spielt heute mit seiner „Jungen Bühne“ in SS-Internierungslagern, damit diese Mordgesellen Freude und Entspannung haben. Frecher geht's nimmer — meint man. Aber es geht doch, denn in der britischen Besatzungszone konstituiert sich unter dem Namen „Deutscher Ständerat“ eine neue Partei, die uns noch gefehlt hat. Sie fordert zunächst einmal die Auflösung aller anderen Parteien, wobei sie sich selbst demagogisch nicht als Partei, sondern eben als „Deutscher Ständerat“ bezeichnet und nach einer Staatsverfassung auf berufständischer Grundlage schreit. Sie verlangt ferner die Schaffung eines Unterhauses, dessen Mitglieder auf fünf Jahre gewählt werden sollen. Die Mitglieder des zu bildenden Oberhauses sollen ihm auf Lebenszeit angehören.

Sie werden also langsam wieder frech. Sie organisieren sich, randalieren und versuchen, das nazistische Gift auf allen möglichen Schleichwegen offen und geheim wieder in das Volk zu streuen. Aber die Herrschaften werden sich diesmal verrechnen. Das werktätige deutsche Volk hat aus seinen Fehlern und den bösen zwölf Jahren faschistischer Tyrannei bittere Erfahrungen gesammelt und — gelernt. Es wird diesen Ewigreaktionären sehr genau auf die Finger schauen und ihnen das Handwerk legen. Auf ihr Konto kommt die Katastrophe, in der sich Deutschland heute befindet. Ihre verbrecherischen Manipulationen hat das Volk heute auszubaden. Es denkt nicht daran, sich die im verflossenen Jahr errangenen Erfolge wieder aus der Hand schlagen zu lassen. Es blickt vorwärts und wird den Bau eines starken kämpferischen antifaschistisch-demokratischen Deutschlands vollenden.

„Märk. Volksstimme“, Potsdam, 29. 5. 1946

Getarnte Reaktion in Bayern

Berlin 19. Juli. Die kommunistischen Minister im bayerischen Kabinett haben dem Ministerpräsidenten Dr. Hoegner ein „Memorandum zur Frage nazistischer und anderer reaktionärer Einflüsse in Staat und Wirtschaft“ überreicht. Das Memorandum ent-

hält ein reiches Tatsachenmaterial. Wir bringen davon einzelne Auszüge:

Einleitende Vorbemerkungen

Der äußere Rahmen der nazistischen Machtherrschaft ist zerbrochen. Aber die Idee, die Verbrechen und Unheil ohne Vorbild ausgelöst hat, lebt noch weiter. Und die Träger dieser Idee, die in geschickter Weise es verstanden, sich zu tarnen, haben noch immer Schlüsselstellungen im öffentlichen Leben.

Reaktionäre in leitenden Stellungen im Landeswirtschaftsamt

Ein besonderer Unterschlupf für nazistische und militaristische Elemente scheint im Landeswirtschaftsamt geschaffen worden zu sein. Beispiele: Herr Dr. Albrecht, Leiter der Wirtschaftsgruppe Feinmechanik und Optik für Bayern im Bayerischen Wirtschaftsministerium, war seit 1935 Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsgruppe Feinmechanik und Optik. Er hat sich dieser Tatsache vielfach gerühmt und sich damit gebrüstet, vom Führer persönlich für seine Tätigkeit belobt worden zu sein.

Dr. Albrecht wurde für organisatorische Leistungen auf dem Gebiet der Kriegswirtschaft und Rüstung frühzeitig mit dem Kriegsverdienstkreuz II. Klasse und später mit dem der I. Klasse ausgezeichnet. Er war Parteigenosse mindestens seit 1938 und Angehöriger der SA mindestens seit 1933.

Der Leiter der Geschäftsstelle, Regierungsdirektor Hans Müller, ist Pg seit 1. 5. 1937, war Mitglied des Freikorps Epp und NSV-Blockwart. Er wurde schon zweimal von der Militärregierung entlassen, aber durch Verwendung Dr. Haßlingers (CSU) immer wieder eingestellt.

Weiter führt das Memorandum eine lange Reihe von Berufsoffizieren, Wehrwirtschaftsführern und Funktionären der Nazi-Partei an, die heute noch leitende Posten im Landeswirtschaftsamt Bayern bekleiden.

Reaktionäre in leitenden Stellen verschiedener Landkreise

Herzu führt das Memorandum eine Reihe von bayrischen Landkreisen auf, in denen das staatsfeindliche Treiben der Reaktionäre in leitenden Stellungen unter Beweis gestellt wird. Zu diesen Landkreisen gehören: Grafenau mit Heinz Dechow alias Enrique de Bülow, Doktor Semank, Doktor Imhoffen, Bürgermeister Bauer, Sebastian Schreiner-Landwirt, Konrad Hechtel u. a. — Landkreis Wolfstein, Landkreis Mallersdorf u. a.

Kulturelles und wissenschaftliches Gebiet verseucht mit nazistischen Einflüssen

Wie die Säuberung an den Universitäten in Bayern aussieht, beweisen nur zwei aus der Fülle herausgegriffene Beispiele:

Der Vorstand des Geographischen Instituts, Professor Mahacek, der aus Wien stammt, gab auf seinem Fragebogen an, daß er niemals Mitglied der NSDAP war. Er wurde in Wien im Jahre 1934 wegen nationalsozialistischer Umtriebe aus der Universität ausgeschlossen und in Würdigung seiner Verdienste um den Nationalsozialismus am 2. Februar 1939 zum Ehrensenator der Wiener Universität ernannt.

Professor Dieterich, Leiter der forstwirtschaftlichen Fakultät, ebenfalls formell niemals Mitglied der NSDAP, war Mitglied des nationalsozialistischen Kyffhäuserbundes, von 1933 bis 1945 Berater der Hitlerregierung und Görings und hat als ständiger Gutachter der Reichsregierung gewirkt.

Monopolkapitalisten und Großschieber suchen Schlupfwinkel und neue „Geschäfte“

Die Versuche bestimmter monopolkapitalistischer Kreise, sich neue Schlupfwinkel und Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, sind bekannt. Die Askania AG, Berlin, deren Situation wirtschaftlich und politisch in Berlin ungeklärt ist, haben in Ampfing, Kreis Mühlendorf (Obb.), einen Zweigbetrieb eröffnet. — Die Daimler-Benz AG versuchen, ihren an und für sich zerschlagenen Konzern wieder aufzubauen. — Die Direktion der Daimler-Benz-Werke versucht zur Zeit, ihren Konzern, den sie hartnäckig eine Großfirma nennt, über ganz Deutschland wieder auszuwehnen. — Friedrich Wolf, Besitzer verschiedener Fabriken in Plauen, ließ sich nach Beendigung des Krieges in Rottach (Tegernsee) nieder. Er hatte seine Waren nach Bayern verlagert. Sie sollen, wie Wolf angibt, bei den betreffenden Wirtschaftsämtern in Hof, Kulmbach und Nürnberg angemeldet sein. Auch in Rottach befinden sich Lager von Herrn Wolf. Wie er selbst erklärt, hat er schon während des Krieges ein größeres Textilwarenlager im Werte von einer Million Mark nach Obereuerheim bei Schweinfurt verlagert.

Geheime Nazizusammenkünfte

Im Memorandum wird auch auf geheime Nazizusammenkünfte hingewiesen, die unter den Augen des Landrates Dr. med. Graß (ehemaliger SS-Mann) in mehreren Orten

des Bezirkes Wolfstein veranstaltet werden. Die Auswirkungen dieser geheimen Nazi-propaganda finden ihren Niederschlag in Freiheitsbeschränkungen der Zivilbevölkerung durch die Militärregierung.

Die Verfasser des Memorandums haben um energische Maßnahmen gebeten, jeden nazistischen Versuch, im neuen demokratischen Staat Boden zu gewinnen, sofort zu vereiteln und den Einfluß getarnter Reaktionen auf das öffentliche Leben oder auf die Wirtschaft sofort zu beseitigen.

„Neues Deutschland“, Berlin, 20. 7. 1946

Es ist etwas faul in Erlangen

Unter diesem Titel veröffentlicht die „Fränkische Landeszeitung“ einen Artikel, der über die Zustände an der Universität Erlangen berichtet. Das Blatt spricht bei dieser Gelegenheit die Befürchtung aus, daß „Bayern auf dem besten Wege dazu sei, wieder eine ‚Ordnungszelle‘ zu werden“ und schreibt dazu:

„Nach der unrühmlich bekannten Niemöller-Affäre wurde kein einziger der randalierenden Studenten entfernt. Im Gegenteil, die Rede Niemöllers wurde von fast allen Theologieprofessoren scharf angegriffen und einhellig verurteilt. Der Rektor hat die Studenten, von Unbesonnenheiten (!) Abstand nehmen zu wollen... Heute zeigen sich die ersten Früchte dieser unglaublichen Unentschlossenheit.

In einer Vorlesung des Staatsrechtslehrers Professor Dr. Hellfritz, der nebenbei gesagt eine Vorliebe für den „Preußenkönig“ Friedrich den Großen hat und das auch in jeder zweiten Vorlesung zum Ausdruck bringt, trampelten die Studenten heftigen Beifall, als erwähnt wurde, Aristoteles habe die Staatsform der Demokratie als Entartungserscheinung bezeichnet. Derselbe Beifall erscholl, als Professor Hellfritz erklärte, wenn Plato der herrschenden Klasse keinen größeren Besitz zuerkennen wollte, so sei das keineswegs Propaganda für den Kommunismus. Die neugegründeten studentischen Verbindungen, in denen hauptsächlich ehemalige Offiziere als Vormänner und Führer tätig sind, haben sich schon jetzt als Brutstätten der Reaktion erwiesen. In nahezu kompletter Offizieruniform, mit Schafstiefeln und Reithose werden

schwererklärrende Trinklieder gesungen, es herrscht ausgesprochener Kasinoton. Die Gegenwart wird grundsätzlich verneint. Der Student der Theologie Martin Schmidt, der im Krieg Major war, wollte unlängst einen Verein ehemaliger Offiziere gründen, „um den Angriffen gegen das Offizierkorps tatkräftig entgegenzutreten zu können“. Im Redoutensaal, in dem Vorlesungen der juristischen Fakultät stattfinden, wurde am 6. Juli unter dem Gejohle der Studenten ein Transparent heruntergerissen, das die Sozialdemokratische Partei für eine am Abend geplante Kundgebung angebracht hatte. Die zwei letzten Versammlungen der KPD, bei denen u. a. die Landessekretäre Fischer und Sperling sprachen, wurden von Studenten durch Zwischenrufe und Lärm derartig gestört, daß Polizei einschreiten mußte. Die Studenten verließen daraufhin jedesmal demonstrativ, geräuschvoll und langsam den Saal.

Diese Haltung der Studentenschaft, die 1919 genau so begann und 1922 mit Fememorden und Freikorps endete, wird verständlich, wenn man die Einstellung eines großen Teils der Professoren kennt. Schon vor einigen Monaten stellte der Prorektor Prof. Dr. Sasse bei der Niederlegung seines Amtes fest, er könne die Verantwortung nicht länger dafür übernehmen, daß kleine HJ-Führer zum Studium nicht zugelassen werden, während SA-Führer dozieren. Zwei Fälle seien als typisch angeführt: Der Dekan der Theologischen Fakultät, Prof. Dr. Althaus ein alter Deutschnationaler, der sogar vorübergehend Deutscher Christ war, behauptete vor seinen Hörern, es wäre ungerecht, die Offiziere jetzt verächtlich zu machen und sie vor ein Gericht zu stellen. Offizier und Geistlicher seien die einzigen anständigen Berufe des Dritten Reiches gewesen. Der Theologieprofessor Winkler führte kürzlich in einer Rede aus, er frage sich, wo Christus heute stünde, wenn er auf Erden wandeln würde. Er sei überzeugt, daß Christus auf der Anklagebank des Nürnberger Prozesses sitzen würde. (!!) Kommentar ist überflüssig. Bisher wurde in keiner Weise gegen alle diese Vorfälle eingeschritten. Die Studenten randalieren weiter, die Professoren schauen milde lächelnd zu. Die Zukunft wird zeigen, was wir von den Erlanger Studenten noch alles zu erwarten haben."

„Berliner Zeitung“, 16. 8. 46

Nazi machen sich in Bayern breit Und die Berliner sollen auch noch dafür zahlen

München, 24. Mai (Eig. Bericht). Von Berliner Lehrern in Bayern wird uns mitgeteilt:

Wie bayerische Amtsstellen Nazisten begünstigen, zeigt folgender Fall:

In dem KLV-Heim Arnbruck im Kreise Viechtach/Ndb. sind evakuierte Berliner Schüler untergebracht. Von den elf bei ihnen tätigen Berliner Lehrern waren sechs Mitglieder der NSDAP. Die Amerikanische Militärregierung in Bayern befahl im September 1945 u. a. auch die Entlassung des Heimleiters August Luhleich von der Mittelschule in Berlin-Lankwitz, Robert Ulians als Schulleiter des Heims, des Heimleiters Otto Belitz (beide von der Mittelschule in Berlin-Charlottenburg) und die Dienstenthebung der Heimlehrerin Maria Kutz ebenso wie die Entlassung des Pg Dr. Fritz Henning von der Gontard-Schule in Berlin-Wedding.

Obwohl das dem „Bayerischen Landesbeauftragten für die Heime verlegter Schulen“ in München mitgeteilt wurde, blieben diese Leute ungestört im Amt. Das wundert uns nicht, da die von dem bayerischen Landesbeauftragten für verlegte Schulen eingesetzten „Kreisbeauftragten“ ebenso wie seine Bürokräfte in der Mehrheit ehemalige bayerische Nazilehrer sind. Eine Krähe hackt der anderen bekanntlich kein Auge aus!

Sie könnten nach den Berliner Denazifizierungsbestimmungen nicht in aufsichtführenden Stellungen sein. Ob sie in Bayern „Kreisbeauftragte“ für verlegte Schulen sein und damit über Lehrer und Schüler Werturteile abgeben und Entscheidungen beeinflussen dürfen, hat die Amerikanische Militärregierung in Bayern zu entscheiden.

Ganz entschieden verwahren wir uns aber dagegen, daß die den Anordnungen der Amerikanischen Militärregierung in Bayern zuwider weiterhin tätig gewesenen Berliner Nazilehrer aus unserem Stadtsäckel eine Nachzahlung erhalten oder daß Rückforderungen bayerischer Amtsstellen für Unterstützungen, die sie an diese gezahlt haben, anerkannt werden. Ebenso kann uns die personalpolitische Zusammensetzung des bayerischen Büros für verlegte Schulen in München nicht gleichgültig sein, falls wir durch Hitlers Raubkrieg in eine gespannte Lage geratenen Berliner aus städtischen Mitteln einen Zuschuß für die Verwaltungskosten des dortigen Büros leisten sollen.

„Vorwärts“, Berlin, 25. 5. 1946



Nächstenliebe für Nazis

In steigendem Maße stellt meine Behörde fest, daß

1. die aus den Internierungslagern zur Entlassung kommenden Nazis im allgemeinen einen besseren Gesundheitszustand aufweisen als die hungernde Bevölkerung,
2. ein Grund des Hamsterns auf dem Lande die illegale zusätzliche Versorgung mit Lebensmitteln dieser politisch Inhaftierten ist.

Diese Zustände sind untragbar. Für die Opfer des Faschismus wurde nicht in der gleichen Weise gesorgt. Sie sind zu Hunderttausenden in den Lagern und Gefängnissen an Mißhandlung und Unterernährung zugrunde gegangen. Die Maßstäbe der Demokratie sind natürlich andere. Es geht aber nicht an, daß die Unsicherheit der politischen und sozialen Verhältnisse wächst durch die Freiheit, die sich die Angehörigen

von politisch inhaftierten Nazis nehmen, wenn sie allwöchentlich ihre Lebensmittelpakete in die Internierungslager schicken können. Es wird daher verlangt, daß die Post solche Sendungen nicht mehr entgegennehmen darf.

Der Ernährungszustand der Inhaftierten wächst sich zu einem öffentlichen Ärgernis aus, wenn man immer wieder hört, daß die Beköstigung in diesen Lagern u. a. auch Kaffee, Schokolade, Kakao und andere rare, unseren Kindern seit sieben Jahren vorenthaltene Stoffe enthält. Das Ministerium für Sonderaufgaben und der Staatssekretär für die Opfer des Faschismus sollten die erforderlichen Maßnahmen einleiten, damit zumindest die ernährungs- und kalorienmäßige Parität zwischen Nazis und Nichtnazis gewahrt wird.

Dr. Walter Horn, Landrat des LK. Nabburg
 „Mittelbayerische Zeitung“, Regensburg,
 17. 5. 1946

Ein Rätsel für alle

Es ist eine zutiefst erschütternde Tatsache: Als Folge des wahnsinnigen Hitlerkrieges und, wie aus den Kommentaren der westlichen Zeitungen unzweifelhaft hervorgeht, als Folge einer unzulänglichen Selbstverwaltung in den westlichen Zonen ist dort die Lebensmittellage sehr schwer.

Um so unglaublicher wirkt es, wenn man in den nämlichen Zeitungen die Berichte über Zustände und Vorgänge in den Gefangenenlagern der Nazihäuptlinge und Kriegsverbrecher liest. So schreibt die „Hamburger Volkszeitung“ über das Nazilager Neuengamme wörtlich:

„Nichtarbeitende Gestapolente erhalten in Neuengamme höhere und bessere Verpflegung als vollarbeitende Werk tätige und Opfer des Nazisystems. Zuzüglich Schokolade und anderen Sondervergünstigungen empfinden die Hitleroffiziere nichts von den Folgen des verbrecherischen Hitlerkrieges . . . Die abgelieferten Mengen aus der Landwirtschaft in der britischen Zone sind unzureichend. Das ist kein Wunder, wenn Bauernschaftsführer dicke Lebensmittelpakete den Schuldigen in Massen zuleiten.“

An einem einzigen Tage laufen im Lager, wie das Blatt berichtet, durchschnittlich 3500 Pakete im Durchschnittsgewicht von 4 kg ein. Dazu kommen an vielen Tagen noch große Kisten der Bauernschaftsführer, die von vier bis sechs Mann verladen werden müssen.

Ist noch ein Kommentar notwendig? Uns scheint, er liegt schon allein in der Schlagzeile, unter der die westlichen Zeitungen diese vielsagenden Enthüllungen bringen und die da lautet:

„Wir hungern — SS-Führer erhalten Freßpaketel!“ Sgl.

„Tägliche Rundschau“, Berlin, 24. 7. 1946

Das Pg-Paradies

Der „Allgäuer“ in Kempten erzählt eine interessante Geschichte. „Das Fremdenverkehrsgewerbe wird gegenwärtig im Allgäu in einer Weise in Anspruch genommen, die durch keine Urlaubssaison gerechtfertigt ist. Sieht man das Melderegister der Neuankommenden durch dann stößt man auf die erstaunliche Tatsache, daß sich 70 Prozent der Erholungsbedürftigen anscheinend immer noch als Gäste des Führers betrachten. Es wimmelt nur so von arbeitslosen Parteigenossen und von Milita-

risten. Sie haben sich in den höheren Regionen einen neuen Platz an der Sonne gesichert, wo sie nun in aller Ruhe die Farbe ihrer Haut auf ihr braunes Innenleben abstimmen. Kaum einer dieser NS-Gäste kann einen Arbeitsnachweis vorlegen. Zwar ist die Reise ins Allgäu strapaziös, aber man hat ja Zeit und Geld genug.

Von den Almhütten aus blickt die alten Kämpfer nicht nur auf ihre politischen Glanzleistungen zurück, sondern auch noch überlegen auf die Anstrengungen der dummen Talbewohner, die sich in den Behörden und Amtsstuben abquälen oder die wegen Mangel an Hilfskräften ihrer Arbeit kaum mehr nachkommen können. Warum werden die Parteigenossen nicht in ihren Heimatgebieten zurückgehalten? Warum drückt man ihnen eigentlich nicht die Spitzhacken, Schaufeln oder Stoßkarren in die Hände? Es wäre dies für sie eine gute Gelegenheit, auch in ihren Heimatorten eine gesunde Gesichtsfarbe zu bekommen.“

„Telegraf“, Berlin, 5. 6. 1946

Kriegsverbrecher fordert Pension

Ein provozierendes Schreiben des ehemaligen Nazibürgermeisters von Gadebusch Schnellste Enteignung der Kriegsinteressenten und Naziaktivisten ist notwendig

Vor uns liegt ein Schreiben des ehemaligen Nazibürgermeisters Walter Hagen aus Gadebusch an die Stadtverwaltung Gadebusch. Hagen wurde am 7. Mai 1945 von der damaligen amerikanischen Besatzungsbehörde seines Amtes enthoben, war später in einem Zivilinternierungslager in der britischen Besatzungszone interniert, von wo aus er vor einiger Zeit nach Wittenbergen bei Kellinghusen in Holstein entlassen wurde.

Kaum in der Freiheit, setzte er sich an seinen Schreibtisch und brachte seine, wie er es nennt, „berechtigte Forderung“ an die Stadtverwaltung Gadebusch zu Papier. Er schreibt:

„Gemäß Anstellungsurkunde von 1933 steht mir für den Fall meines Ausscheidens aus dem dortigen Dienstverhältnis eine Pension (unter Zugrundelegung eines Ruhegehalts-Dienstalters vom 1. 4. 1916) nach Besoldungsgruppe IV, 1 des Reichsbesoldungsgesetzes bzw. das entsprechende Wartegeld zu. Ich bitte um Zahlung dieser Pension, auf die ich den gesetzlichen Anspruch hatte.“

Er schreibt weiter, daß er seine Amtspflicht uneigennützig getan habe, und daß er am liebsten in den früheren Beruf als Lehrer in die Heimat zurückkehren würde.

Ausgerechnet auf diesen Mann haben wir noch gewartet, um ihm die Erziehung unserer Kinder anzuvertrauen. Seine Vergangenheit zeigt, daß er hierfür wirklich sehr geeignet ist. Der Herr war nämlich nebenberuflich noch ein „Dichter“, der am laufenden Band seine Haßgesänge gegen alle Völker der Welt fabrizierte. Sein bekanntestes trägt den bezeichnenden Titel „England stirbt!“

Aber dieser Herr rief nicht nur in Dichtungen zum Mord auf. Er war auch in der Tat ein Mörder oder wenigstens ein Anstifter zum Mord. Er war Vertreter des SD in Gadebusch, hat während seiner Amtstätigkeit zahlreiche Antifaschisten durch die Gestapo ins KZ gebracht. Auf seine unmittelbare Veranlassung wurden kanadische und amerikanische Flieger ermordet, davon zwei in einer Kiesgrube auf dem Wege nach Möllin. Auf seine Veranlassung wurden alliierte Flieger durch einen Bauer aus Passow erschossen. Er ist auch der Urheber des Mordes an polnischen Arbeitern, die in verschiedenen Orten des Bezirkes Gadebusch gehängt wurden.

Dieser ehemalige Nazibürgermeister war gleichzeitig Vorstandsmitglied des Deutschen Gemeindetages, Gauschulungsleiter, Kreisrichter der NSDAP, Vorsitzender des Kreisausschusses und stellvertretender Landrat. Er trug die Mitgliedsnummer der NSDAP 23 374. Er ist also schon ein alter Nazi und ein aktiver Verfechter der Nazipolitik. Er trägt ein gerüttelt Maß Schuld daran, daß das deutsche Volk in diesen, Millionen Todesopfer kostenden Krieg hineingetrieben wurde. Er hat das Maß seiner Schuld dadurch voll gemacht, daß er persönlich Mordbefehle an andere, ihm unterstellte Nazis gab, die diese Befehle auch vollstreckten. Dieser gemeine Verbrecher erwartet nun, daß ihm das neue demokratische Deutschland gewissermaßen als Prämie für seine Mordtaten auch noch eine Pension auszahlt. Darin wird er sich allerdings täuschen. Nach unserer Auffassung hat er keinen Anspruch auf Pension, sondern im günstigsten Falle noch auf eine Zuchthauszelle.

Das anmaßende Auftreten dieses Banditen ist uns eine Veranlassung mehr, schonungslos gegen die Schuldigen am Kriege, gegen

die aktiven Faschisten, die sich Verbrechen gegen die Menschlichkeit zuschulden kommen ließen, vorzugehen. Unnachsichtig müssen sie alle zur Verantwortung gezogen werden. Mit ihrem Hab und Gut sollen sie wenigstens einen bescheidenen Teil der von ihnen angerichteten materiellen Schäden wiedergutmachen.

Die unnachsichtige Strenge gilt nur den wahren Schuldigen am Unglück des deutschen Volkes, den Kriegsverbrechern und Kriegsinteressenten vom Schlage des ehemaligen Nazibürgermeisters Hagen, und diese Strenge wird auch verstanden und gebilligt von jenen ehemaligen NSDAP-Mitgliedern, die nur der Form halber und unter dem Druck der Nazidiktatoren dieser Verbrecher- und Kriegshetzerpartei beigetreten waren.

Diese sogenannten „nominellen Pgs“, die selbst nie an den verbrecherischen Taten der NSDAP beteiligt waren, können ihre Bereitschaft zur Mitarbeit am Wiederaufbau unserer Heimat besonders dadurch beweisen, daß sie mithelfen, all die Scheußlichkeiten der Naziverbrecher zu enthüllen und die Urheber und Vollstrecker aller Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Verantwortung zu ziehen.

„Landes-Zeitung“, Schwerin, 15. 6. 1946

Nazi-Rowdys schänden Ehrenmale

Wie aus Stuttgart berichtet wird, wurde eine Gedenktafel, die zur Erinnerung an die Kulturschande 1938 enthüllt wurde, in einer Nacht mit Farbe überschmiert, und der jüdische Friedhof, der jetzt wieder instand gesetzt worden ist, ist von unbekanntem Tätern ziemlich verwüstet worden. — Aus Flensburg erfahren wir diesbezüglich, daß die Grabstätten dänischer Soldaten, die 1848 in der Schlacht bei Ippstadt fielen, ebenfalls die Schändung reaktionärer Rowdys über sich ergehen lassen mußten. Wir könnten die Reihe ähnlicher Vorkommnisse fortsetzen.

Wer die Jahre nach dem vorigen Weltkrieg miterlebt hat, wird einsehen, daß diese Taten, genau wie vor etwa 30 Jahren, das Ziel haben, das Vertrauen, das die Alliierten in uns gesetzt haben, auf das schändeste zu mißbrauchen und den Weg der Reaktion in günstigere Bahnen zu lenken. Die Verhinderung dieses Zieles ist die Aufgabe der deutschen Arbeiterschaft, und es darf nicht wieder vorkommen, daß der Arbeiter ein

Werkzeug dieser Aasgeier wird. Jeder freilebende Deutsche, der das Menschenrecht als höchstes erreichbares Ziel zu erlangen gewillt ist, muß bestrebt sein, die Brutstätten dieser Reaktionäre zu vernichten und ihre Wiedergeburt mit allen Mitteln zu verhindern. Denn würde dem Treiben dieser Leute kein Einhalt geboten werden, wir würden das Leid der letzten zwölf Jahre mit verdoppelter Härte erneut ertragen müssen, und der Traum von einer glücklichen Zukunft im Kreis der großen Völkerfamilie wäre für uns ein für allemal ausgeträumt.
„Märkische Volksstimme“, Potsdam, 4. 6. 1946

Anschlag auf eine Ausstellung von Bildern aus den Konzentrationslagern

Ein Anschlag auf die Ausstellung von Bildern aus den Konzentrationslagern, die der Maler Richard Grune im Kieler „Haus der Landwirtschaft“ zur Schau gestellt hatte, wurde in der Nacht zum 31. März verübt. Sämtliche Bilder und statistisches Material wurden zerrissen und vernichtet. (DPD)

„Mittelbayerische Zeitung“,
Regensburg, 9. 4. 1946

Wallenberg über Bayern

Hans Wallenberg, der Chefredakteur der „Neuen Zeitung“, schreibt über die politischen Verhältnisse Bayerns: Niemand regt sich darüber auf, daß noch immer im Lande braune Rowdys umgehen, die Bilder stürmen und Friedhöfe und Denkmäler schänden, daß die Bauern trotz der Lebensmittelnot in den großen Städten vielfach ihrer Ablieferungspflicht nicht genügen und sogar noch hamstern, daß Professoren an den deutschen Universitäten lehren, die noch vor kurzem der Welt die Methoden Hitlers dringend zur Nachahmung empfohlen haben, und daß das verdienstvolle Säuberungsgesetz Heinrich Schmitts an der stillen Sabotage einer Bevölkerung, die auch heute noch nicht von ihren „Nazis“ abrücken möchte, scheitern kann.

„Berliner Zeitung“, 16. 5. 1946

Der Prüfstein

Wir berichteten gestern unter dem Titel „Wallenberg über Bayern“ über Fälle von faschistischen Umtrieben. Es handelt sich dabei um Auszüge aus einem Artikel der „Neuen Zeitung“, der sich nicht nur mit Bayern, sondern mit deutschen Problemen überhaupt befaßt und eine Artikelserie: „Wie

denkt die Welt über Deutschland?“ einleiten soll. Besonders hervorheben möchten wir daraus, was der Verfasser Hans Wallenberg denjenigen erwidert, die im Hinblick auf die als Folgen des Zusammenbruchs in Erscheinung tretenden Härten Gerechtigkeit für Deutschland fordern und dabei einen Seitenblick auf die in Nürnberg geübte Gerechtigkeit werfen. Die „Neue Zeitung“ schreibt: „In Deutschland wird noch immer nicht begriffen, daß das Verfahren in Nürnberg einen Akt der Gerechtigkeit darstellt, ganz unabhängig davon, ob es sonstwo in der Welt gerecht zugeht oder nicht. Solange in Deutschland die Tendenz besteht, zu leugnen, daß der Nürnberger Prozeß einen Sonderfall der Weltgeschichte darstellt, dessen Erledigung eine politische Selbstverständlichkeit ist, solange wirkt auf die Alliierten der deutsche Schrei nach Gerechtigkeit als eine bewußte Unehrllichkeit. Diejenigen, die die Bedeutung dieses Prozesses gegen die brutalsten Verbrecher zu leugnen oder zu verkleinern versuchen, tragen in den Augen der Welt nur dazu bei, die Überzeugung zu festigen, daß das ganze deutsche Volk an den zwölf Jahren Nationalsozialismus mit allen seinen Folgeerscheinungen durchaus mitschuldig sei. Mehr noch als an den Taten des nationalsozialistischen Regimes wird das deutsche Volk an der Stellung gemessen werden, die es zu diesen jetzt vor der ganzen Welt enthüllten und nicht wegzuleugnenden Taten nimmt.“

„Berliner Zeitung“, 17. 5. 1946

KZ-Wächter als Schwerverbrecher

Von der Kriminalpolizei wurden drei gefährliche Einbrecher festgenommen, die auf ihren Raubzügen erhebliche Mengen Fett und Fleisch, wertvolle Bekleidungsstücke, Rundfunkempfänger und insgesamt 15000 RM Bargeld erbeuteten. Unter anderem haben sie kürzlich das Kinderkrankenhaus Rüsternallee um mehrere Zentner Fleisch- und Wurstwaren bestohlen. Einer der Einbrecher, der bei seiner Festnahme eine Pistole bei sich trug, ist der 23 Jahre alte Mechaniker Rudi B. aus der Hafestraße in Charlottenburg, der früher zur Bewachungsmannschaft des Konzentrationslagers Natzweiler gehörte. Seine Komplizen der Kraftfahrer Gerhard Sch. aus der Sickingenstraße, und Willibald B. aus der Weimarer Straße, wurden ebenfalls festgenommen

„Berliner Zeitung“, 23. 5. 1946

Kardinal als Zeuge für die SA

Wir lesen in der christlich eingestellten „Westfalenpost“ (Mescheder Zeitung) Nr. 24 vom 16. Juli folgende Meldung:

„Kölner Generalvikar als Zeuge.

Nürnberg, 15. Juli (DPD). Der Generalvikar der Erzdiözese/Köln, Dr. David, befindet sich gegenwärtig als Zeuge in Sachen der Anklage gegen die SA in Nürnberg. Generalvikar Dr. David, der als engster Vertrauter des Kardinal-Erzbischofs von Köln, Dr. Frings, gilt und den Kardinal auf seiner Romreise im Februar dieses Jahres begleitete, hat eine Erklärung abgefaßt, die die Anklagepunkte gegen die SA-Organisationen entkräften soll. Dr. David wurde von der deutschen Verteidigung nach Nürnberg bestellt, um seine Erklärungen persönlich vorzutragen.“

Man kann über den hier mitgeteilten Vorgang nur erneut staunen. Als wir die Nachricht brachten, daß der Papst für den Henker Greiser interveniert habe, was nachher von kirchlicher Seite bestritten wurde, mußten wir telefonisch und schriftlich die wütesten Beschimpfungen über uns ergehen lassen. Werden sich bei Wiedergabe obenstehender Meldung jene Fanatiker, denen der einfache evangelische Sinn von Recht und Gerechtigkeit abzugehen scheint, wiederum bemerkbar machen und behaupten, auch sie sei nicht wahr?

Es ist ja nicht das erstmal, daß hochstehende katholische Geistliche in so unverständlicher Weise hervortreten. Wir erinnern nur an die Gottesdienste und seelsorglichen Bemühungen um die SS in süd-deutschen Lagern, an Kircheneinweihungen und Bischofsbesichtigungen dortselbst usw.

Wenn nun auch der Kölner Generalvikar Dr. David in Nürnberg entlastend für die SA aussagt, so wird das wahrscheinlich nur bei dem Teil der Deutschen Verständnis finden, die zur Clique der Kriegsschuldigen gehören. Alle anderen, und zwar die übergroße Mehrheit der Kriegsgeschädigten, der Verwundeten, Gefangenen, Flüchtlinge, Ausgebombten, Ausgewiesenen, Kranken, Siechen, Hungernden usw. werden dafür günstigstenfalls nur ein befremdendes Kopfschütteln aufzubringen vermögen. Gar nicht zu reden von den Hinterbliebenen der Millionen Gefallenen und Toten, die durch SS und SA direkt oder indirekt um ihr Leben gekommen sind.

Die Entlastungsaussage des Generalvikars Dr. David wirkt um so befremdlicher, als

sie in einem Augenblick erfolgt, in dem neue Schandtaten der Nazimörder aufgedeckt werden. So meldet der „Kirchliche Nachrichtendienst“ (Koblenz) Nr. 47:

„Wie erst jetzt bekannt wird, befindet sich unter den Opfern des Konzentrationslagers Auschwitz auch die bekannte Thomas-Forscherin Edith Stein, die nach ihrem Übertritt zur katholischen Kirche bei den Karmeliterinnen eintrat und mit Erlaß der Nürnberger Gesetze nach Holland floh, wo sie von der Gestapo 1942 ergriffen und in Auschwitz durch Vergasung ermordet wurde.“

Auch begannen jetzt, wie wir bereits berichteten, mehrere Diözesan-Leitungen, z. B. Berlin und München, ihre aufsehenerregenden Aktenveröffentlichungen über die Gewalttaten der Nazis im Kirchenkampfe. In der evangelischen Wochenzeitung „Die Kirche“ gibt zur Zeit Pastor Horst Thurmann eine erschütternde Beschreibung des Lagers Dachau, das insbesondere als „Hölle des katholischen Klerus“ bekannt geworden ist.

Diese und unzählige andere Schilderungen sind Tatsachenbeweise für die Verbrechen der führenden Nazis und ihrer Organisationen. Es ist unverständlich, wie gerade unter diesen Umständen kirchliche Würdenträger den Versuch unternehmen können, die Schuldigen an unserem Elend, die Peiniger des deutschen Volkes und auch der Kirche, der irdischen Gerechtigkeit zu entziehen.

Ho.

„Berliner Zeitung“, 20. Juli 1946

Kirche und Entnazifizierung

Der nicht verlesene Hirtenbrief

Zurückweisung eines evangelischen

Kirschenschreibens

In unserer Beurteilung der kirchlichen Vorgänge haben wir wohlweislich immer einen Unterschied gemacht zwischen den fortschrittlichen und den rückschrittlichen Kreisen innerhalb der christlichen Konfessionen. Wie notwendig diese Scheidung ist, zeigen zwei Angelegenheiten, die sich zur Zeit in den Westzonen abspielen.

„New York Herald Tribune“ griff den Hirtenbrief auf, den die katholischen Bischöfe der westlichen Gebiete zum Entnazifizierungsgesetz verfaßt hatten. Dieses Rundschreiben mußte auf Vorstellung der Alliierten Militärregierungen des Westens zurückgezogen werden, da es wie das amerikanische Blatt erklärt, zum Teil

nationalsozialistische Gedankengänge enthielt. U. a. wurde von den Bischöfen die Entnazifizierung als ein „Alpdruck für das deutsche Volk“ und die Verhaftung der aktivsten Nazis als eine „Verletzung des Rechtsgefühls des deutschen Volkes“ bezeichnet.

Der „Hessische Landbote“ bemerkt dazu: „Während ein Teil der katholischen Geistlichkeit tapfer gegen die Nazis Widerstand leistete und deshalb in den Konzentrationslagern saß, ist es nicht zu leugnen, daß leider andere Geistliche, darunter auch Bischöfe, mit den Naziideen liebäugelten und die Kriegsanstrengungen der deutschen Imperialisten unterstützten. Selbst heute ist dieser reaktionäre Geist nicht ausgetrieben. Das beweist der Hirtenbrief der Bischöfe. Wenn er auch zurückgezogen wurde, so muß es uns doch aufs äußerste bestürzen, daß derartige nazistische Gedankengänge innerhalb der katholischen Kirche noch Raum haben.“

Eine zweite Affäre, die Kopfschütteln hervorrufen muß, ist der Brief, mit dem der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland am 26. April 1946 bei der Amerikanischen Militärregierung Einspruch erhob gegen das in der amerikanischen Zone erlassene Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus. In ihm wurde um eine Abänderung dieses Gesetzes gebeten, da es nicht „alle elementaren Rechtsgrundsätze, die die Rechtsordnung von Kulturstaaten kennzeichnen“, beachte. Die Evangelische Kirche sei daher nicht in der Lage, dem Gesetz und seiner Durchführung im vollen Maße ihre Unterstützung zu leihen.

Die amerikanische Militärregierung hat diesen Brief des Rates der Evangelischen Kirche zurückgewiesen. In seiner Erwidern schreibt General Clay u a:

„Nach sorgfältiger Erwägung hat die Militärregierung entschieden, daß eine Abänderung des Gesetzes unmöglich und nicht wünschenswert ist. Es war ein Erfordernis der Gerechtigkeit, die deutsche Gemeinschaft vom Nationalsozialismus und Militarismus zu befreien und damit dem deutschen Volke zu helfen, schließlich seinen Platz in der Familie der friedfertigen Nationen einzunehmen. Das ist eine der prinzipiellen Grundlagen des Potsdamer Protokolls.“

General Clay weist weiter darauf hin, daß durch die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes Vorsorge dafür getroffen ist, daß jeder Fall individuell beurteilt wird, und

sagt: „Durch die Art und Weise der Behandlung von Anhängern und sogar Mitgliedern der Partei wird das Ziel des Gesetzes, diese Menschen in das freie Leben Deutschlands einzuschalten und sie von jedem Makel zu befreien, bewiesen. Nur schwere Fälle werden streng behandelt, und das muß so sein.“

Zum Schluß der Antwort heißt es: „Die Militärregierung der Vereinigten Staaten hat erwartet, die Mitarbeit der kirchlichen Behörden zu finden, als sie daranging, alle jene, die gemeinsame Sache gemacht haben mit einer die Gesetze Gottes aufs grösste verachtenden und die Menschenrechte brutal zertretenden Partei, aus allen Stellungen von Bedeutung und Ansehen zu entfernen.“

Die leitenden Männer der katholischen und evangelischen Kirche haben mit diesen Briefen keine glückliche Hand bewiesen. Es ist darum nicht verwunderlich, wenn auch in kirchlich-gläubigen Kreisen darüber eine berechtigte Mißstimmung besteht. Das Bedauerliche dabei ist die Tatsache, daß von kirchlicher Seite nicht mit genügender Klarheit und Entschiedenheit eine Abgrenzung vollzogen wird. Das ist es, was in Wahrheit den Kirchen am allermeisten schadet.

„Berliner Zeitung“, 29. 5. 1946

Dr. rer. denaz.

Die Denazifizierung in Süddeutschland nimmt, da sie von zahllosen kleinen Verwaltungsstellen praktisch sabotiert wird, einen so schleppenden und unerfreulichen Verlauf, daß sich der bayerische Ministerpräsident Dr. Hoegner kürzlich genötigt sah, vor diesen Umtrieben öffentlich zu warnen und auf die möglichen Folgen hinzuweisen. Den „Geist“ dieser Denazifizierung beleuchtet die folgende Grotteske unseres bayerischen Mitarbeiters.

An einer Anschlagtafel in Stuttgart war unlängst folgende Anzeige zu lesen:

Entnazifizierung

Alle erforderlichen Schriftsätze (Entlastungs-, Beweis- und Verteidigungsschriften) sowie sonstige Eingaben an Behörden, Gesuche, Bewerbungen, schwierige Briefe aller Art, Gutachten, Werbeschriften pp. von klarem Aufbau, zwingender Logik, fraprierender Wirkung, entwirft und bearbeitet gewissenhaft (auch in Englisch und Französisch): Werbeanwalt Oberreuter, Stuttgart-N., Postfach 567.

Man sieht, die Entnazifizierung gibt manchem Brot und fördert aufstrebende Talente. Ein neuer Berufszweig eröffnet sich dem Pfiffigen: der Entnazifizierungsanwalt, der sog. Dr. rer. denaz.

In der Tat, so ein Mann muß schon etwas leisten, wenn er heute noch mit neuen Ausreden für Parteizugehörigkeit die Behörden frapieren will. Denn was bis jetzt von Nazis an Entschuldigungen vorgebracht wurde, geht ohnehin auf keine Kuhhaut mehr. Wie oft er wohl im klaren Aufbau einer Verteidigungsschrift darlegen wird, wie der ehrliche Verführte durch eine Kette von Mißverständnissen in den Besitz einer jüdischen Firma geriet, während der ehemalige Besitzer derselben sich im KZ ins Fäustchen lachte . . . Von welch zwingender Logik ist nicht jenes bekannte Argument des Schlaubergers, der „der Partei nur beitrug, um sie von innen heraus zu unterhöhlen und mit anständigen Elementen zu durchsetzen“ . . . Einer 46jährigen Doppelweise blieb im Jahre 1935 wirklich nichts anderes übrig, als der SA beizutreten — das sieht doch ein jeder ein . . .

Bald wird der tüchtige Entnazifizierer wohl mit Anerkennungsschreiben in Prospektform aufwarten, wie dies seinerzeit die Verfasser von sogenannten „Erfolgsbüchereien“ zu tun pflegten (Wie beherrsche ich meine Mitmenschen durch Maghetismus?). Etwa so:

1. Ein Herr aus Obertauberbischofsheim, langjähriger Pg, hoffnungsloser Fall, von Fachleuten längst aufgegeben, schreibt:

„Hiermit spreche ich Ihnen meinen aufrichtigsten, aus tiefstem deutschem Herzen kommenden Dank für die erstklassige Entlastungs-, Beweis- und Verteidigungsschrift aus, die Sie im Zusammenhang mit meiner Entnazifizierung ausarbeiteten. Bei deren Verlesung vor der Spruchkammer kamen den Herrn Schiedsrichtern schon nach den ersten Sätzen die Tränen in die Augen, und als ich am Schluß angelangt war, weinten sie alle so bitterlich, daß ich schließlich mitweinen mußte, sonst hätte es so ausgesehen, als glaube ich nicht mehr an meinen eigenen Schriftsatz. Die Wirkung war so frappierend daß eine Geldsammlung für mich veranstaltet wurde. Ich wurde mit einer Umarmung entlassen und mit dem feierlichen Versprechen, daß ich bald eine gute Stellung erhalten würde.



Ich werde nicht verfehlen, hochgeschätzter Herr Werbeanwalt, Sie in Nazikreisen bestens zu empfehlen. Mit einem dreimaligen donnernden Hoch auf die heutige Demokratie zeichne ich als Ihr ergebenst rehabilitierter

Xy., Sägewerksbesitzer"

2. Ein Herr aus Tuttlingen berichtet:

„Wie weit es mit meiner Entnazifizierung jetzt ist, kann ich im Moment nicht

sagen, doch glaube ich, sehr gut. Es drängt mich, Ihnen mitzuteilen, daß, als ich Ihre Entlastungsschrift in englischer Sprache vor einigen amerikanischen Offizieren vorlas, dieselben in schallendes Gelächter ausbrachen und mir eine Zigarre schenkten, woraus ich schließe, daß es mit meiner Sache gut vorwärtsgeht. Das habe ich nur Ihnen zu verdanken. Ich ermächtige Sie hiermit, mich jederzeit als Referenz aufzugeben.“ Y. Z.

Spruchkammern, seid hart! Wer wirklich unschuldig ist, braucht keinen Entnazifizierungsanwalt, denn Gerechtigkeit wird jedem zuteil. Das wird das Frappierendste an der ganzen Sache sein.

Walter F. Kloock
„Berliner Zeitung“, 2. 7. 1946

Wie wird die Entnazifizierung in den Westzonen durchgeführt

Die Entnazifizierung in den westlichen Zonen wird zunächst einmal unerlaubt langsam durchgeführt. Das geht besonders aus dem Material der Kommission des Weltbundes der Gewerkschaften hervor, von der die Frage der Entnazifizierung in Deutschland eingehend geprüft wurde. Im folgenden greifen wir einige Tatsachen heraus, die für die Lage in den westlichen Zonen Deutschlands charakteristisch sind.

In der britischen Zone bekleiden ehemalige führende Nazis bis heute noch hohe Ämter. In der Hafenverwaltung von Hamburg sind z. B. nach wie vor große Nazis beschäftigt, u. a. vor allem Blatte und Struck. Struck war Nationalsozialist seit 1933 und zeigte sich stets als Feind der Arbeiter. Die deutschen Arbeiter haben die Aufmerksamkeit der Militärregierung des öfteren auf das Verbleiben Strucks auf solch hohem Posten gelenkt, jedoch ohne Erfolg. Bei der Postbehörde von Hamburg arbeitet ein gewisser Schröder. Er bekleidet heute noch ein sehr hohes Amt. Schröder war ein höherer SA-Führer und terrorisierte die Arbeiter.

Die Säuberung des Verwaltungsapparates in den Städten und Dörfern der britischen Zone wurde tatsächlich gar nicht durchgeführt. Viele aus der sowjetischen Zone geflohene Nazis haben in der englischen Zone Zuflucht und Arbeit in Industrie- und Handelsunternehmen sowie in der Verwaltung gefunden. Nach Mitteilungen der Gewerkschaftsvertreter wird in einigen Teilen der Industrie die Entnazifizierung überhaupt

nicht durchgeführt, und die Richtlinien für die Entnazifizierung weisen bedeutende Fehler und Lücken auf. Die in Hannover zu körperlicher Arbeit herangezogenen Nazis versuchen mit Hilfe gefälschter Ausweise, die sie von Ärzten bekommen, sich zu drücken. Die nazistischen Unternehmer, deren Eigentum konfisziert wurde, erhalten eine monatliche Geldzuwendung.

Vollkommen unzulänglich ist, um ein weiteres Beispiel anzuführen, der Gang der Entnazifizierung in Düsseldorf. Die Vertreter der Gewerkschaften aus dem Rheinlande und von der Ruhr teilen mit, daß sie den Militärbehörden eine große Anzahl von Schriftstücken übersandten, die gewisse führende Nazis entlarvten. Jedoch war dies alles unnütz. Die Militärbehörden organisierten Entnazifizierungskommissionen, in denen die Gewerkschaften überhaupt nicht vertreten sind. In einer Fabrik in Dortmund, die früher ein Teil des Hoesch-Konzerns war, fungiert als Direktor der große Nationalsozialist Bock, der mit Zustimmung der Behörden diesen Posten bekommen hat. Während des Krieges war Bock Direktor eines unterirdischen Werkes, in dem Hunderte von ausländischen Arbeitern zu Tode geschlagen wurden. Der Nazi Wunster ist Bergwerksdirektor in Bochum. Früher stand Wunster an führender Stelle der Ruhrkohlenindustrie. Die Bergleute von Dortmund haben die Militärbehörden bereits im Juli 1945 auf die Tatsache aufmerksam gemacht, daß ein Mann wie Wunster immer noch auf verantwortungsvollem Posten steht. Als Antwort erhielten sie, wie sie erklärten, ein Verbot des zuständigen Militärkontrolleurs, sich in diese Angelegenheit einzumischen.

Nach Ansicht derselben Kommission befindet sich die Entnazifizierung auch in der amerikanischen Zone noch im Embryostadium. Nazis bekleiden eine ganze Reihe von verantwortungsvollen Posten in der Industrie und Verwaltung. Viele Nazis, die anfangs ihrer Posten enthoben wurden, hat man sogar auf Grund des Appellationsverfahrens, das im Befehl Nr. 8, Absatz 5, vorgesehen ist, in ihre Rechte wiedereingesetzt.

In einem Werk der IG Farbenindustrie z. B. ist die Entnazifizierung noch lange nicht beendet. Unter den an führenden Stellen noch tätigen Ingenieuren und Technikern sind immer noch 275 Nationalsozialisten. Im ganzen sind in diesem Werk bis heute 454 Nazis verblieben.

Die Vertreter der bayerischen Gewerkschaften haben erklärt, daß sehr viele Antifaschisten durch die Entnazifizierungsergebnisse enttäuscht worden sind und daß alles, was in dieser Richtung überhaupt unternommen wurde, auf Grund von privater Initiative geschah. Die Entnazifizierungskommissionen beschäftigen sich ausschließlich mit der Durchsicht der Eingaben der Appellanten. In München ist die Entnazifizierungslage nicht besser. Wir geben folgende, äußerst charakteristische Tatsache zur Kenntnis: Ein Neffe Bismarcks, der als Sekretär Görings arbeitete, wurde von den Militärbehörden zum Mitglied des Provinzialrates ernannt. Ein Gewerkschaftsführer aus Nürnberg bestätigt, daß entlassene Nationalsozialisten später in ihre Rechte wieder eingesetzt wurden. In Nürnberg sagt man offen: Um bei den Behörden irgend etwas zu erreichen, müsse man ein Mitgliedsbuch der Nationalsozialistischen Partei besitzen.

In Straubing ist Dr. Hechel, Mitglied der NSDAP seit 1937, auf den Posten eines juristischen Beirats bei der Amerikanischen Militärverwaltung berufen worden. In Regensburg wurde gar der Nazi Reiser als geschäftsführender Vorsitzender des — Entnazifizierungsausschusses (!) bei der Eisenbahn eingesetzt. In Roding ist der Gehilfe des Chefs der Kreisverwaltung der Nazi Habenicht. Vier politische Parteien haben erfolglos seine Absetzung verlangt.

Auch auf einem so wichtigen Gebiete wie dem Volksbildungswesen ist die Entnazifizierung nicht durchgeführt worden. 90 Prozent der Schullehrer sind Nazis. Man kann noch folgende charakteristische Tatsache anführen: Die amerikanischen Militärbehörden hatten sogar ursprünglich die Gründung einer „Königspartei“, in die Nationalsozialisten und Militaristen Aufnahme fanden, genehmigt.

Auch in der französischen Zone wird nach Mitteilung der Gewerkschaftskommission die Entnazifizierung unzulässig langsam durchgeführt. Die Mehrzahl der Nazis in Baden-Baden ist immer noch nicht zur gerichtlichen Verantwortung gezogen worden. In Pirmasens geht immer noch der bekannte Nazi Heinrich Fink frei herum. Er war zwölf Jahre lang Leiter der Arbeitsfront und hat in dieser Zeit viele Arbeiter verhaften lassen. Im September 1945 hatten in Kaiserslautern die Arbeiter aus eigener Initiative die Entnazifizierung in den Betrieben durchgeführt.

Der bekannte Nazi Dr. Hellens vom Stahlwerk in Kaiserslautern, der große persönliche Vorteile aus der Naziherrschaft zog und der an der Mißhandlung ausländischer Arbeiter schuldig ist, steht in hohen Ehren und bekleidet ein öffentliches Amt.

Genau so unbefriedigend ist die Entnazifizierungsaktion bei der Eisenbahn. Als Beispiel diene folgende konkrete Tatsache, die für die Entnazifizierungslage besonders charakteristisch ist: Ein Stationsvorsteher hatte sich öffentlich gebrüstet, daß er einige Antifaschisten während des Krieges verraten habe. Diese Tatsache wurde als „nicht genügend“ bezeichnet, um ihn zu entlassen.

In Freiburg i. Br. haben die Nazis festen Fuß gefaßt; sie geben Broschüren heraus und haben immer noch verantwortungsvolle Posten inne. Sie sind im Besitz mehrerer gut funktionierender „Informationsbüros“, die alle staatlichen Ämter und kommunalen Einrichtungen mit Material versorgen. Sehr viele aktivistische Nazis wurden irrtümlich als kleine Pgs klassifiziert.

So sieht der Gang der Entnazifizierung in den westlichen Zonen Deutschlands in Wirklichkeit aus.

S. Sch.

„Tägliche Rundschau“, Berlin, 14. 8. 1946

Brief aus dem Saargebiet

Kömödienspiel bei der Entnazifizierung

Saarbrücken, im Juni 1946. „In Zukunft hüte ich mich, wenn ich noch einmal irgendwo vorspreche, zu sagen, ich sei nicht in der NSDAP gewesen.“ — Dieser Ausspruch stammt nicht aus einer rückschauenden Betrachtung über die zehn Jahre Hitlerherrschaft im Saargebiet. Er ist neuesten Datums. Man hört ihn immer wieder von Leuten, die sich um frei gewordene Verwaltungsstellen bewerben. Wohl in den wenigsten Fällen ist diese Bemerkung ernst gemeint. Aber sie ist symptomatisch für die Anwendung des Gesetzes zur Befreiung vom Nationalsozialismus im Saargebiet.

Schon die Zusammensetzung der Kommissionen verbaut einer gründlichen Säuberung von vornherein den Weg. Im Justizwesen z. B. sind zwei Kommissionen tätig, die jeweils aus vier Beamten und drei Vertretern der politischen Parteien bestehen. Die große Mehrheit der Beamten aber stand die ganzen zehn Jahre im Dienste von Hitlers Reichsstatthalter und war Mitglied der NSDAP. Die anderen Beamten wollen sich meist auch von ihren Standesgenossen

nicht ausfrieren lassen und drücken daher oft beide Augen zu. Und die Beamten allein haben mit vier von sieben ja schon die Mehrheit. Die Vertreter der Christlichen Volkspartei stehen sehr oft auf ihrer Seite.

In den Kreisen haben die Landräte den Auftrag gehabt, die Kommissionen zusammenzusetzen, was die Säuberung zu einer glatten Komödie macht, da man diejenigen, die am energischsten reinen Tisch machen wollen, Sozialdemokraten und Kommunisten, fernhält. Im Kreise St. Ingbert bestehen vier Untersuchungskommissionen. In ihnen gibt es — alles in allem! — einen Sozialdemokraten und einen Kommunisten.

Ein Mitglied der Untersuchungskommission für das Regierungspräsidium ist Dr. Franz Altmayer, seit 1935 in der NSDAP, angeblich zwei Jahre später ausgeschieden. Seinen Fragebogen hat er gefälscht. Der zweite Vorsitzende dieser Kommission ist Regierungsrat Wilhelm Ahrweiler. Während der Besetzung Frankreichs war er beim Reichsstatthalter tätig und war Chef der Überleitungsstelle für feindliche Vermögen. Gerade er ist es, der heute alle Anträge von entschieden antifaschistischen Deutschen für die Neubesetzung von Verwaltungsstellen ablehnt und diese in erster Linie mit Leuten besetzt, die der NSDAP angehörten, oder mit Berufsoffizieren.

Vorausschauende Beförderung

So gut wie alle höheren Verwaltungsbeamten sind, genau wie Ahrweiler, voller Barmherzigkeit mit ihren kompromittierten Untergebenen. Sitzt man doch mit ihnen im selben Boot. So wurden in der letzten Zeit zahlreiche Beförderungen bei Behörden vorgenommen, denen sich die Untersuchungskommissionen näherten. Und zwar bedenkt man mit dieser Eilbeförderung alle Bämten, die trotz der übergroßen Nachsicht dieser Kommissionen eine Rückversetzung oder gar Versetzung in den Ruhestand einkalkulieren müssen. So kommen die eventuell Entlassenen zu höheren Pensionen, die Rückversetzten dürfen denselben Dienstgrad bekleiden, den sie vor der Beförderung innehatten. Man weiß sich zu helfen.

Rüstungsdirektoren kontrollieren sich selbst

Ungeniert pfeift man in der Industrie auf die politische Säuberung. Der Untersuchungsausschuß für das Neunkirchener Eisenwerk erklärte Generaldirektor Franz Hang, Wehrwirtschaftsführer und kommissarischer Leiter von vielen Betrieben in Elsaß-

Lothringen, für „politisch tragbar“. Hang hatte 1935 noch das „bescheidene“ Einkommen von 300 000 RM. Dank seiner Leistungen für die Hitlersche Kriegswirtschaft kam er während des Krieges auf rund 120 000 RM je Jahr.

Als Vertreter der Regierung erscheint in einer der Kommissionen Dr. Kardt, der frühere Direktor des Neunkirchener Eisenwerkes, Mitglied der NSDAP und während des Krieges Direktor der Rohstoffbeschaffungsstelle der Lothringer Eisenhütten.

Die solidesten Sicherungen für die Nazis hat man in den Kommissionen für die Reinigung der Schwerindustrie eingebaut. Vorsitzender dieser wichtigen Kommission ist nämlich der Direktor der Röchlingwerke, Thedrell, früher Direktor der Pont-à-Musson-Hüttenwerke, die während des Krieges mit der deutschen Rüstungsindustrie zusammenarbeiteten. Bei solch ausgezeichneten Beziehungen der saarländischen Schwerindustriellen brauchen sie sich keine Sorgen zu machen, daß ihnen weh getan wird. Sicherheitshalber schalten sie aber noch auf Separatismus um.

Man wird verstehen, wie gefährlich es ist, wenn sich Teile der werktätigen Bevölkerung des Saarlandes auf denselben separatistischen Weg begeben und sich dadurch von ihrer eigentlichen Aufgabe die den Frieden bedrohenden Rüstungsindustriellen zu entfernen, ablenken lassen.

F. N.

„Neues Deutschland“, Berlin, 30. 6. 46

Nötigung durch Nazis

In manchen Teilen Deutschlands müssen die Nazis schon wieder sehr aufsässig geworden sein. Der Pforzheimer Berufungsausschuß mußte sich nach der „Stuttgarter Zeitung“ vom 16. Mai zu einer amtlichen öffentlichen Warnung entschließen, in der es u. a. heißt: „Es ist dem Pforzheimer Berufungsausschuß zur Kenntnis gekommen, daß Zeugen im Verfahren zur politischen Säuberung, die je nach ihrer früheren Einstellung belastend wirken, im bürgerlichen Leben terrorisiert und eingeschüchert wurden. Sie wurden boykottiert und mit wirtschaftlichen Schädigungen bedroht. Es wird hiermit die öffentliche Warnung ausgesprochen, daß allen Fällen dieser Art künftig pflichtgemäß nachgegangen wird und daß sie den zuständigen Stellen und der Militärregierung zum Zwecke strafrechtlichen Einschreitens weitergemeldet werden.“

„Telegraf“, Berlin, 2. 6. 1946



SA-Verein geschlossen übernommen

Minden (Westf.), 17. Mai (PZ). In Ottbergen (Kreis Höxter) sind, wie das „Westdeutsche Volks-Echo“ mitteilt, die verantwortlichen Kommunalstellen fast ausschließ-

lich durch ehemalige Nazis besetzt. Der Bürgermeister war SA-Truppführer, und einige der Beigeordneten gehörten der SA an. „Vorwärts“, Berlin, 19. 5. 1946

Unglaublich, aber wahr!

Die in Offenburg erscheinende Zeitung „Der Neue Tag“ verbreitet folgende seltsame Kunde:

„In der ersten Sitzung des Wahlprüfungsausschusses der Stadt Waldsee (französische Zone) hat dieser entschieden, daß dem derzeitigen Bürgermeister Boxler auf Grund der politischen und militärischen Vergangenheit gemäß der Verordnung Nr. 44 des Oberstkommandierenden, betreffs der Aufstellung von Wahllisten für die bevorstehenden Wahlen, das Wahlrecht zu entziehen ist.“

Ironisch bemerkt das Blatt zu diesem unglaublichen Fall:

„Bürgermeister, die früher Pgs, stramme SA-Leute, selbst Sozialreferenten bei der SA gewesen sind, sind bei uns in Oberschwaben keine Seltenheiten, vielleicht in anderen Gebieten des neuen ‚demokratischen‘ Deutschlands auch nicht. Aber den Rekord halten wir und damit wohl die neue demokratische goldene Fahne. Wir haben sogar einen Bürgermeister, der nicht wahlberechtigt ist, und das sollen uns die anderen deutschen Lande erst einmal nachmachen!“

Wozu Kommentare?

Igl.

„Tägliche Rundschau“, Berlin, 31. 7. 1946

Ein dreifach Heil!

Württemberg ist zwar ein kleines, aber kein kleinliches Ländchen. Die Gemeinde Röttenberg im Kreise Rottweil zum Beispiel hat einen Bürgermeister. . . . Na ja, man lese selbst, was „Der Neue Tag“ schreibt:

Der Bürgermeister von Röttenberg ist seit 1934 Pg. Er bezahlte die höchsten Parteibeiträge im Dorf, war Ausbilder der Politischen Leiter, Amtswalter und Hoheitsträger. Er war ein großartig anfeuernder Stoßtruppredner mit hinreißend gebrülltem dreifachem Sieg Heil. Er war Vater von waschechten Nazisöhnen und -töchtern (Naposchülern und BDM-Führerinnen). Vor 1933 hatte er sich schon ausgezeichnet als strammer Stahlhelmer und schneidiger Militarist.

Er war also schon allerhand, dieser Bürgermeister. Man darf wirklich nicht kleinlich sein, um über seinen Fragebogen hinwegsehen zu können. Man muß sozusagen beide Augen dabei schließen. Das tat man denn auch in Röttenberg im Kreise Rottweil.

Bis dann vom Kreisausschuß die elendigen Stänkerer kamen. Die von der KPD und so . . .

Aber was so ein oller Nazibürgermeister ist, der weiß sich zu helfen. Parteien gibt

es nicht in seinem Nest, so berief er den „Gemeinderat“ aus eigener Machtvollkommenheit. Damit auch nichts aus der Familie komme, nahm er den Sohn, den Schwiegersohn usw. mit hinein in den Gemeinderat.

Eine Entnazifizierungskommission gibt es natürlich auch nicht in Röttenberg. So stellte der Bürgermeister eben seinen Gemeinderat dazu. Und dieser waltete nun seines Amtes: Sohn, Schwiegersohn und andere Krippenjäger entnazifizierten „ihren“ Bürgermeister.

Und so kam endlich die Gemeinde Röttenberg in Württemberg von einem nazistischen zu einem „demokratischen“ Bürgermeister. Heil! Igl.

„Tägliche Rundschau“, Berlin, 27. 8. 1946

Aktive Nazisten als hohe Beamte

In Bielefeld ist für die britische Zone eine Generaldirektion für Bau- und Straßewesen eingerichtet worden. Als Leiter dieser Stelle und Ministerialdirektor präsentiert sich Pg Wetzlar, früher Ministerialdirigent im Reichsverkehrsministerium und als besonderer Scharfmacher bekannt. Am erstaunlichsten aber ist die Besetzung der Dirigentenstraße. Hier erscheint Pg Schultze-Fielitz, früher Staatssekretär im Ministerium Speer, als Organisator der OT und des besonderen Ausländereinsatzes über die OT im Kriege unrühmlich bekannt.

Es wäre interessant zu wissen, mit welcher Begründung diese Herren ihre Denazifizierungsgesuche stellen.

„Nacht-Expresß“, Berlin, 29. 5. 1946

Nazis auf hohen Polizeiposten in der britischen Zone

New York, 17. Mai (TASS). Nach Mitteilung des Korrespondenten der „New York Herald Tribune“ aus Hannover ist die Polizei in der britischen Besatzungszone Deutschlands mit Nazis durchsetzt. Sogar ein Mann wie Schumacher gab zu, daß ehemalige Nazis in den Provinzen Hannover und Westfalen fast sämtliche Polizeiposten besetzen.

Besonders schwere Anschuldigungen erhebt Schumacher gegen den Chef der Polizei in Hannover, Oberstleutnant Schulte, der die deutsche Polizei in Den Haag während der deutschen Besetzung leitete, den stellvertretenden Chef der Polizei,

Oberstleutnant Behd, der frühere Stabschef von Himmler, sowie gegen einen der ehemaligen Polizeibeamten, Major Boltes, der früher Schulte sehr nahestand. Schumacher erklärte, daß die Polizei von Hannover seiner Meinung nach „eine Basis für die Schaffung einer neuen schwarzen Reichswehr“ darstellt. Wie der Korrespondent betont, geben die britischen offiziellen Persönlichkeiten zu, daß ehemalige Nazis fast sämtliche hohen Polizeiposten in der britischen Besatzungszone Deutschlands bekleiden.

„Neues Deutschland“, Berlin, 18. 5. 1946

Polizei im Westen

Nach unrühmlich bekannten Mustern

KZ. Justiz und Polizei — sie sind die Exekutive der Verwaltungen. Sie setzen in die Praxis um, was in den höheren Regionen als Recht und Gesetz bestimmt worden ist. Wie sie es in die Praxis umsetzen, davon hängt — jenseits aller Theorie — der wirkliche Inhalt des im Entstehen begriffenen neuen deutschen Staates ab.

Den alten reaktionären Justiz- und Polizeiapparat gründlich zu zerschlagen ihn personell und organisatorisch vollkommen neu zu bauen, ist eine unerläßliche Voraussetzung, wenn ein neues Deutschland mit neuem Geiste entstehen soll.

Im Westen unseres Vaterlandes sind diese Voraussetzungen offenbar teilweise nur unzulänglich oder überhaupt nicht erfüllt.

So berichtet die Düsseldorfer „Freiheit“, daß am 25. März in Düsseldorf-Ungerbach der als aktiver Antifaschist bekannte 70jährige Franz Gerresheim in der Küche seiner Wohnung durch das offenstehende Fenster erschossen wurde. Noch immer ist der Täter nicht gefaßt. Man fand Fußspuren vor dem Fenster. Die Person, die diese Fußspuren hinterlassen hat, ist bekannt. Aber geschehen ist nichts.

Die Polizei hat der Öffentlichkeit nichts über den Mord mitgeteilt. Und die Polizisten dieses Ortes grüßen noch heute „Heil Hitler“ statt „Guten Tag“.

In Stuttgart wurde am 29. März ein Lager, in dem von Hitler verschleppte Deutsche jüdischer Abstammung untergebracht sind, von deutscher Polizei durchsucht und dabei der aus dem Konzentrationslager befreite Samuel Danziger durch Kopfschuß getötet.

Das jüdische Komitee und die jüdische Lagerleitung teilen in einem in der „Frank-

furter Rundschau“ veröffentlichten Offenen Brief mit, daß die Durchsuchung des Lagers von der bis auf die Zähne bewaffneten und von Hunden begleiteten deutschen Polizei aufs Haar den Strafexpeditionen Hitlers glich. Ohne jeden Grund eröffnete die Polizei, die mit schußbereiten Karabinern anrückte, das Feuer auf die wehrlosen Lagerinsassen und tötete Samuel Danziger durch gezielten Schuß. Nur dem Eingreifen amerikanischer Militärpolizisten war es zu danken daß es bei dem einen Toten und vier Verletzten blieb.

Samuel Danzigers vierjähriger Sohn ist jenes Kind, das in dem Film „Die Todesmühlen“ die auf seinem Arm eingebrannte Häftlingsnummer des Konzentrationslagers zeigt.

Mit solcher Exekutive kann ein neues Deutschland nicht geschaffen werden!

„Vorwärts“, Berlin, 17. 5. 1946

Auch eine Perspektive

Landshut, 15. Mai (Eig. Ber.). Die „Isar-Post“ berichtet über eine Stadtratssitzung, in der der Bürgermeister Brummer für eine Neuregelung der Kündigungsverhältnisse der Leiter der städtischen Ämter eintrat, „da noch nicht feststeht, ob die jetzt wegen ihrer Zugehörigkeit zur NSDAP entlassenen städtischen Beamten und Angestellten wieder Anspruch auf ihre alte Tätigkeit innerhalb der Stadtverwaltung erheben können.“

„Vorwärts“, Berlin, 17. 5. 1946

Amtsenthörung in Rheinprovinz

Düsseldorf, 20. Juni (Eigener Bericht). Dr. Karl Müller hat „aus Gesundheitsrücksichten“ gebeten, ihn von seinem Amt als Leiter der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft bei der Provinzialregierung zu entbinden. Die Militärregierung hat diesem Wunsch stattgegeben.

Dr. Müller leitete die stark mit ehemaligen Nazis durchsetzte Landwirtschaftsstelle der Nord-Rheinprovinz. Die werktätige Bevölkerung der Nord-Rheinprovinz fordert, daß auch die von Dr. Müller sorgsam beschützten Pgs die nach wie vor die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sabotieren, zusammen mit ihrem „Protector“ aus der Landwirtschaftsstelle der Nord-Rheinprovinz entfernt werden.

„Neues Deutschland“, Berlin, 21. 6. 1946

Eine Lücke im Gesetz?

Ein Berliner Bezirksverwaltungsgericht hat kürzlich ein Urteil gefällt, das dem Wortlaut des Gesetzes nach vielleicht korrekter ist, dem menschlichen Zusammenhänge aber nicht gerecht wird. Während des Krieges hatte ein Angehöriger der SS mit seiner Familie eine Wohnung in Wilmsdorf bezogen, deren Eigentümerinnen, zwei alte jüdische Damen, damals nach Theresienstadt gebracht wurden und heute vermutlich nicht mehr leben. Nach Beendigung der Kämpfe in Berlin wurde ein Ehepaar eingewiesen, dem man unter dem nationalsozialistischen Regime die Wohnung fortgenommen hatte, weil der Mann Jude war, und dessen Notquartier durch den Krieg zerstört wurde. Als die Frau des SS-Hauptscharführers aus ihrem Kriegsasyll zurückkehrte, klagte sie auf Freigabe der Wohnung. Die ersten Instanzen lehnten die Klage ab. Die Frau, der das Wohnungsamt inzwischen eine andere Unterkunft zugewiesen hatte, ging bis zum Verwaltungsgericht, und dessen Urteil lautete jetzt auf Zurückziehung des Einweisungsscheines auf Grund der Verordnung Nr. 18.

Diese Verfügung ist ein guter und gerechtfertigter Schutz für alle aus Berlin Abwesenden, die aus den verschiedensten Gründen bisher noch nicht zurückkehren konnten. Aber in dem hier angeführten Falle wird sie zugunsten von Leuten angewendet, die zwölf Jahre hindurch Schutz und Förderung des nationalsozialistischen Regimes genossen haben. Geschädigt und gestraft sind diejenigen, die durch dasselbe Regime nicht wiedergutmachende Schäden erlitten. Während die einen auf dem Lande in Ruhe das Kriegsende abwarteten, lebten die anderen gehetzt und verfolgt und mußten froh sein, wenn sie überhaupt einen Luftschutzkeller aufsuchen durften. In der Wohnung, die dem Juden und seiner Frau damals fortgenommen wurde, wohnt heute ebenfalls ein Parteigenosse. Auch er ist geschützt durch dieselbe Verfügung. So tritt jetzt der groteske Fall ein, daß ein anerkanntes „Opfer des Faschismus“ in die frühere Wohnung nicht zurückkann, weil sie damals einem Parteigenossen zugesprochen wurde, und die jetzige ebenfalls früher Juden gehörende Wohnung zugunsten eines SS-Hauptscharführers räumen muß.

Sollte das Gesetz eine Lücke haben oder sollte es einem klugen und verständnisvollen Richter nicht doch möglich sein, hier

einen Weg zu finden, der dem natürlichen Rechtsempfinden entspricht? B. B.

„Der Kurier“, Berlin, 20. 5. 1946

Nazibestialitäten „verjährt“ Faschisten treiben ihr Unwesen in der Göttinger Staatsanwaltschaft

Göttingen, 14. Mai (PZ). Im Jahre 1935 wurden im Kreise Münden durch die Gestapo, SA und Polizei über 100 Bürger verhaftet. Bei dieser Verhaftung wurden alle Antifaschisten ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit auf das schwerste mißhandelt, so daß heute viele der damaligen Opfer Spuren der Mißhandlungen zeigen, die sie vor elf Jahren erdulden mußten. Nachdem nun jetzt einige Überlebende aus den KZ-Lagern und der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt sind, erstatteten sieben seinerzeit mißhandelte SPD- und KPD-Angehörige Anzeige gegen den früheren Polizeihauptwachmeister Köbbe, der sich bei den Mißhandlungen im Jahre 1935 besonders bestialisch benommen hatte.

Die Staatsanwaltschaft Göttingen hat auf diese Anzeige nach langen Wochen unter dem Aktenzeichen IV/S. S 491/46 entschieden, daß gegen den Beschuldigten kein Strafverfahren eingeleitet werden kann, weil die Angelegenheit verjährt sei.

Die Staatsanwaltschaft hat gesprochen. Alle Antifaschisten aber werden den Oberstaatsanwalt, der diese Entscheidung mit seinem Namen unterzeichnet hat, darüber belehren, daß die Frist der Verjährung faschistischer Verbrechen vom Tage der Besetzung durch die alliierten Mächte an rechnen soll; und das deutsche Volk wird sich durch solche Entscheidungen keineswegs davon abhalten lassen, die Nazi-Verbrecher allen reaktionären Staatsanwälten zum Trotz der gerechten Strafe zuzuführen.

„Vorwärts“, Berlin, 15. 5. 1946

Karlsruhe braucht Nazis

Karlsruhe, 15. Mai (Eig. Ber.). Die „Frankenpost“ nimmt Stellung zu einer Rede des Oberbürgermeisters von Karlsruhe über den Personalmangel der Behörden. Die Gemeinden ständen vor einer Katastrophe, weil die Entnazifizierung einen untragbaren Personalmangel geschaffen habe. Die Versammlung, auf der der Oberbürgermeister Veit diese Ausführungen machte, beschloß eine Denkschrift, die eine großzügigere Behandlung der nazistischen Beamten fordert. „Vorwärts“, Berlin, 17. 5. 46

SCHALTER 6



Rorie
11/46

Straßenumbenennung abgelehnt

Heidelberg, 21. Mai (DANA)

Im Zuge der Straßenumbenennungen wurde im vergangenen Jahre in Walldorf bei Heidelberg eine Straße nach dem im Konzentrationslager Buchenwald ums Leben gekommenen Ernst Thälmann benannt. Die aus der Wahl vom 27. Januar 1946 hervorgegangenen Gemeinderäte und Bürgermeister haben gegen 2 Stimmen beschlossen, die Namenschilder der Thälmannstraße wieder zu entfernen.

„Nacht-Expresß“, Berlin, 21. 5. 1946

Ehemalige Naziwürdenträgerinnen als Masseusen

Hannover, ND. Bericht unseres Korrespondenten:

Im Anna-Stift in Hannover läuft ein Kursus für Masseusen, zu dem Gattinnen früherer höchster Würdenträger von den vielen hundert Bewerbern bevorzugt zugelassen wurden. Zu ihnen gehört die Ehefrau des ehemaligen Nazi-Reichsministers Rust. Ende September wird dieser Kursus beendet sein. Soweit die Frauen der ehemaligen Nazigrößen versuchen, sich jetzt ihren Lebensunterhalt durch nützliche Arbeit zu verdienen, wird niemand etwas dagegen sagen. Mit Recht fragen sich aber hier viele, warum erfolgt gerade eine Bevorzugung bei der Ausbildung in diesem Beruf? Diese politisch meist selbst schwer vorbelasteten Nazifrauen erhalten mit diesem Beruf zu vielen Menschen ein Vertrauensverhältnis und damit die Möglichkeit eines politischen Einflusses, der auf Grund ihrer Vergangenheit selten von antifaschistisch-demokratischem Geist getragen sein wird.

„Neues Deutschland“, 5. 6. 1946

Aufseherregende Mitteilung

Frankfurt/Main, Oberregierungsrat Dr. Auerbach, Präsident des Zonenrates der Jüdischen Gemeinde der britischen Zone, gab — wie der „Neue Weg“ vom 19. Juli meldet — vor einem geladenen Publikum in Frankfurt/Main u. a. bekannt, daß in der englischen Zone deutsche Juden, die die Grauen der Nazizeit überlebt haben, wegen „Raubes und Diebstah's“ vor Gericht stehen, weil sie sich nach ihrer Rückkehr ihre Möbel, ihren Hausrat und ihre Wäsche bei den Nazis, die sich in der Besitz dieses Eigentums gesetzt hatten, zurückgeholt hatten.

„Neues Deutschland“, Berlin, 27. 7. 1946

Nazihetze auf Plakaten

Opfer des Hitlersystems in Bayern ohne Hilfe

München, 31. Juli (SNB). Die Lage der durch die Nazis aus politischen Gründen Verfolgten in Bayern, wie aus einer DANA-Meldung hervorgeht, äußerst unerfreulich. Das Informationsamt der bayerischen Staatsregierung gab selbst zu, daß die rund 15 000 politisch Verfolgten in Bayern weder Almosen noch Schmerzensgelder erhalten, obgleich ihnen Rückerstattung der durch die Maßnahmen der Nazis erlittenen Schäden in finanzieller, gesundheitlicher und beruflicher Hinsicht zustehet. Die Unterstützung der politisch Verfolgten besteht gegenwärtig lediglich in einer kleinen Lebensmittelzulage von 400 Kalorien täglich. Vor allem stößt aber die berufliche und wohnungsmäßige Unterbringung der politisch Verfolgten noch immer auf große Schwierigkeiten. Über 500 sind immer noch als Arbeitsuchende beim Arbeitsamt München vorgemerkt. Freie Plätze werden für ehemalige Nazis reserviert, während geeignete politisch Verfolgte abgewiesen werden.

Darüber hinaus versuchen nationalsozialistische Elemente, wie DANA ferner berichtet, durch Gerüchte und Plakatausgang eine Hetze gegen die vom Nationalsozialismus politisch und rassistisch Verfolgten zu entfalten. „Der Morgen“, Berlin, 31. 7. 1946

Ein Rehabilitierter wird rückfällig

Man sollte glauben, daß Rehabilitierte sich einigermaßen bemüht zeigen, sich ihrer Rehabilitierung würdig zu erweisen. Aber der rehabilitierte Pg Graupner und seine Ehefrau scheinen da anderer Meinung zu sein. Bis vor wenigen Wochen betrieben sie in der Nikolaistraße eine Gastwirtschaft. Kürzlich wurde nun das Lokal Herrn Hans Zellner, der als einziger von 14 ins KZ-Lager verschleppten Familienangehörigen lebend zurückgekehrt ist, vom Amt für Betriebsneuordnung übergeben. Vielen Leipzigern dürfte noch in Erinnerung sein, daß die Familie Zellner im selben Grundstück ein jüdisches Verkehrslokal bis 1938 unterhielt. In der unsinnigen Annahme, daß ihnen durch die Maßnahme des Amtes für Betriebsneuordnung Unrecht geschehen sei, glaubten der ehemalige Pg und dessen Ehefrau, sich diesem „Unrecht“ durch Einschlagen von Fensterscheiben und Aus-

stoßen von lauten Drohungen gegen das Ehepaar Zellner und das Amt für Betriebsneuordnung widersetzen zu müssen. Es waren typisch nazistische Manieren, wenn Graupner drohte, alles kurz und klein zu schlagen und „morgen wiederzukommen“. Daß heute solche üblen Auftritte nicht mehr durchgelassen werden können, ist selbstverständlich. Es muß gefordert werden, daß das Ehepaar zur Verantwortung gezogen wird. Der Fensterscheiben sind genug eingeschlagen.

Hr.

„Leipziger Zeitung“, Leipzig, 9. 6. 1946

Geheimorganisation in Hessen aufgedeckt

Paris. Wie die Agentur France Presse meldet, verhaftete der Sicherheitsdienst in Hessen-Pfalz 231 Mitglieder einer geheimen Naziorganisation.

„Abendpost“, Weimar, 3. 6. 1946

Die Geheimorganisation „Freies Deutschland“

Prozeß gegen Mitglieder eines getarnten Sportvereins — Vier Polizeibeamte unter den Angeklagten

Vor dem Höheren Militärgericht in Braunschweig begann ein Prozeß gegen acht Angeklagte, die beschuldigt sind in Mißachtung der Bestimmungen eine Organisation „Freies Deutschland“ gegründet zu haben. Hauptangeklagter ist der 30jährige Kurt Limpke, die anderen Angeklagten stehen im Alter von 18 bis 25 Jahren, unter ihnen befindet sich auch eine Frau, die 24jährige Waltraut K. Vier der Angeklagten, darunter auch Kurt Limpke, waren Angehörige der Braunschweiger Stadtpolizei.

Die umfangreiche Beweisaufnahme ergibt, daß Kurt Limpke der Urheber des ganzen Planes und der Hauptorganisator war. Er kam im Herbst vorigen Jahres auf die Idee, unter Tarnung als Sportverein eine in Wirklichkeit politische Organisation „Freies Deutschland“ zu gründen, die sich über ganz Deutschland verbreiten und HJ-ähnlichen Charakter haben sollte, nur mit dem Unterschied, daß die Mitglieder mindestens 14 Jahre alt sein sollten.

Aus den Satzungsentwürfen geht hervor, daß die jungen Leute für die Untergrundbewegung ausgebildet werden sollten, insbesondere war die Schaffung sogenannter

Kampfgruppen vorgesehen, deren Tätigkeit sich zweifellos gegen die Besatzung richten sollte. Es war u. a. auch geplant, deutschen Frauen, die sich mit Mitgliedern der Besatzungstruppen oder anderen Ausländern eingelassen hatten, die Haare abzuschneiden.

Die ganze Organisation wurde jedoch aufgedeckt, ehe sie in Aktion treten konnte. Abgesehen von der Werbetätigkeit in Braunschweig war Limpke auch bereits mit Hannover und Hamburg in Fühlung getreten, allem Anschein nach jedoch zunächst ohne Erfolg.

Außer den acht Angeklagten stand noch eine größere Anzahl junger Leute im Alter von 16 bis 19 Jahren mit der Organisation in Verbindung, doch ergaben die Ermittlungen, daß diesen Jugendlichen von den politischen Zielen nichts bekannt war, sie befanden sich in dem guten Glauben, daß es sich tatsächlich nur um einen Sportverein handelte, während die Angeklagten für führende Stellungen in der Organisation vorgesehen waren, die Angeklagte Waltraut K. sollte zum Beispiel die Frauen- und Mädchenorganisation aufziehen.

Der Hauptangeklagte Kurt Limpke macht keineswegs den Eindruck einer Führerpersönlichkeit; er hat mehrfach seinen Beruf gewechselt. Ursprünglich lernte er Bäcker, ging dann in den freiwilligen Arbeitsdienst, betätigte sich in der HJ und im Kyffhäuserbund, war später Bürogehilfe bei der NSV und behauptet, der NSDAP nicht angehört zu haben, weil er in drei Fällen vorbestraft war und daher nicht Mitglied werden konnte. Er hat aber einmal einen Schulungslehrgang für politische Leiter mitgemacht, gehörte dem Kreisspielmansszug an und besaß einen Amtswalterausweis, angeblich zu dem Zwecke, um als Angehöriger des Kreisspielmansszuges bei der Reise zum Parteitag Uniform tragen zu dürfen.

Scharführer der HJ

In der HJ hatte er den Rang eines Scharführers als Ausbilder. Eine Haussuchung bei ihm förderte umfangreiches Aktenmaterial zutage, u. a. mehrere Satzungsentwürfe, Rundschreiben, Dienstbefehle und Mitgliedskarten. In einem Rundschreiben vom Januar 1946 heißt es u. a., was die Russen in großem Stil in ihrer Zone getan hätten — nämlich die Ausplünderung und Zerschlagung der deutschen Wirtschaft —, täten die Amerikaner und Engländer langsam, aber um so sicherer. Ziel der Bewe-

gung sei die Zusammenfassung aller Deutschen und Gründung geheimer Kampfgemeinschaften, zu deren Tarnung die große Masse gebraucht würde. Das Rundschreiben schloß mit „Frei Heil!“.

In den Satzungen bekannte sich die Organisation u. a. zu rassischem Nationalbewußtsein und dem Führerprinzip. Es sollten Kameradschaften in verschiedenen Altersgruppen gebildet werden, sodann auch Mädels- und Frauenkameradschaften. Ausdrücklich betont wurde das Schweigegebot gegen jedermann.

Kurt Limpke hat sich auch noch strafbar gemacht durch den Besitz einer Pistole mit 90 Schuß Munition. Er sagt bei seiner Vernehmung aus, daß er in den letzten Monaten kein Interesse mehr an der Organisation gehabt habe, weil er demnächst heiraten wollte; seine Verlobte bestätigt in ihrer Zeugenaussage, daß sie ihm die Arbeit an der Organisation ausgeredet habe, weil ihr das Ganze unheimlich wurde.

Die übrigen Angeklagten verteidigen sich im wesentlichen damit, daß sie betonen, an der Organisation nur sportlich interessiert gewesen zu sein. Das Gericht vertagte sich nach zweitägiger Verhandlung bis zum 13. Mai, dann werden die Plädoyers der Verteidiger beginnen.

„Braunschweiger Zeitung“, 7. 5. 1946

Eine seltene Blüte!

„Blütenfest im Kasino in der Knorrpromenade! An und für sich eine harmlose und nette Angelegenheit, auch wenn so nebenbei mitunter Schnaps und Zigaretten zu den üblichen Preisen verkauft werden. Wenn jedoch der Wirt, um sein mehr oder weniger seriöses Publikum zu einem besseren Benehmen anzuhalten, neben der recht löblichen Drohung, die Unruhestifter auf die Straße zu werfen, sich vom Podium herab laut vernehmen läßt: „... daß wir uns hier in keinem Judenpuff, sondern in einem anständigen Lokal befinden ...“, so muß man sich mit Recht fragen, ob diese Worte wirklich heute gesprochen worden sind, nachdem Millionen von Juden als Opfer des Naziregimes in den Konzentrationslagern umgekommen sind! Wir jedenfalls zweifeln unter diesen Umständen daran, daß das Kasino in der Knorrpromenade wirklich ein anständiges Lokal ist, bzw. legen uns die Frage vor, ob es verantwortet werden kann,

daß ein anständiges Lokal einem Mann gehört, der — ob bewußt oder unbewußt — ein harmloses Blütenfest zu einer politischen Demonstration mißbraucht.“

„Nachtexpress“, Berlin, 22. 5. 1946

„Führer II“ zum Tode verurteilt

Aurich. Das Obere Militärgericht verurteilte den 23jährigen Justizwachtmeister Karl Hampel aus Norden zum Tode. Vom September vorigen Jahres bis zum April hatte Hampel zahlreiche Drohbriefe versandt und durch Handzettel die Bevölkerung aufgerufen, einen Aufstand zu unternehmen, die öffentlichen Gebäude in Brand zu setzen oder in die Luft zu sprengen und die Vertreter der Militärregierung, der deutschen Verwaltung und der Polizei zu erschießen oder aufzuhängen. Unterschrieben waren die Drohbriefe und Aufrufe vom „Führer der Deutschen Freiheitsbewegung“.

Der Angeklagte war aushilfsweise beim Amtsgericht Norden angestellt und hat Nazischriften, die er aussieben sollte, in Drohbriefen und Hetzaufrufen festgehalten. Hampels Größenwahn überstieg fast die Ideen seiner „großen Vorbilder“. Bei einer Haus-suchung wurde ein Album gefunden, in dem er sich selbst als „Führer“ verherrlicht. Eine Photographie von ihm in der Uniform eines Gefreiten der Luftwaffe trug die Unterschrift „Der Führer als Gefreiter“. Auch hatte er sich bereits zahlreiche Orden und Ehrenzeichen „besorgt“.

In seiner Vernehmung hatte er zugegeben, daß er nach dem Vorbild Hitlers eine nationalsozialistische Bewegung gründen wollte. In seinem Aufruf schrieb er: „Man muß das Volk aufputschen, wenn man mit einer solchen Bewegung Erfolg haben will!“ Er versuchte, sogar mit diplomatischen Dienststellen Amerikas, der Tschechoslowakei, mit Marschall Mannerheim und Franco zu korrespondieren.

Aus Zeugenaussagen ging zwar hervor, daß man den neuen „Führer“ mit seiner Idee nicht allzu ernst genommen hat. Das Gericht jedoch nahm ihn ernst und war der Ansicht, daß das geistige Gift, das der Angeklagte in den Drohbriefen und Hetzschriften festhielt, eine für Volk und Aufbau tödliche Pille hätte sein können. Er wurde zum Tode verurteilt. Die Vollstreckungsart wird von höherer Stelle bestimmt werden.

„Nordwest-Zeitung“, Oldenburg, 12. 6. 1946



Immer noch der Nazigruß

Wie die „Volksstimme“, Köln, vom 1. August 1946 berichtet, erhielt am 25. Juli 1946 Fräulein Anne Engelbert in Düren eine Postkarte von der „Deutschen Krankenversicherung A.-G., Berlin-Schöneberg, Innsbrucker Straße 26/27“ mit folgendem Inhalt:

„Vers.-Schein Nr.
5 222 864

Aufhebung der Versicherung.

5 222 864 H. Engelbert zum 31. 8. 1945.

Hierdurch teilen wir Ihnen mit, daß wir die mit uns abgeschlossene Krankenversicherung aufgehoben haben.

Heil Hitler!

Deutsche Krankenversicherung A.-G.
v. Bruchhausen i. V. Günzel“

*

Auch die Nordstern Lebensversicherungs-A.G., Berlin-Wilmersdorf, Fehrbelliner Straße, lebt noch im Dritten Reich. Die Firma verschickt Postkarten folgenden Inhalts:

„Berlin, den 31. Juli 1946

Auf unser Schreiben sind wir bisher ohne Ihre Rückäußerung geblieben, wir gestatten uns daher, an die möglichst umgehende Erledigung der Angelegenheit zu erinnern.

Heil Hitler!

Nordstern-Lebensversicherungs-
Aktiengesellschaft. Abteilung 7“

Zwei Versicherungsgesellschaften verschicken somit immer noch Briefe mit dem Nazigruß. Das kann beim besten Willen nicht mit Vergeßlichkeit erklärt werden. Will man auf diese Weise seine Sympathien für die Verderber Deutschlands zum Ausdruck bringen? Es wäre angebracht, wenn die zuständigen Stellen die Herren v. Bruchhausen und Günzel sowie den Leiter der Abteilung 7 in der Nordstern einmal unter die Lupe nehmen würden.

„Vorwärts“, Berlin, 8. 8. 1946

Geheimnisse um das „Clubhaus des Nordens“

Gummisohlen gegen Likör —

Was sagt das Bezirksamt Wedding?

Wenn die Presse in einer Angelegenheit, die die Öffentlichkeit aufs höchste interessiert, bestimmte Fragen an bestimmte Behörden und Ämter stellt, um Mißstände aufzuklären und zu beseitigen, und wenn diese Fragen nur mit einem tagelangen Schweigen beantwortet werden, dann ist das ein Beweis dafür, daß entweder die verantwortlichen Stellen noch nicht begriffen haben, welche Bedeutung der Presse in der Demo-

kratie zukommt, welche Aufgaben, Pflichten, Rechte und Möglichkeiten sie hat, oder daß in der fraglichen Angelegenheit etwas nicht stimmt.

Das „Clubhaus des Nordens“ am Berliner Wedding, von dem hier wieder die Rede ist, scheint eine solche Angelegenheit zu sein, über die keine einzige amtliche Stelle auch nur ein einziges Wort verlauten lassen möchte. Infolgedessen werden wir selber sprechen, und zwar sehr deutlich, denn wir haben keine Veranlassung, denjenigen, die schweigen und verschwiegen werden möchten, in irgendeiner Weise behilflich zu sein.

Der Besitzer des luxuriösen „Clubhauses des Nordens“, das sich in einem der BVG gehörigen Gebäude in einer Sechs-Zimmer-Wohnung etabliert hat, die damit, einer gesetzlichen Vorschrift widersprechend, ihrer eigentlichen Bestimmung entzogen wurde, ist bekanntlich Herr Kurt Nitschke. Wir haben bereits festgestellt, daß er ein Mann von „doppeltem Ruf“ ist. Bevor er seine Luxus-Gaststätte mit Hilfsmitteln, die noch zu erörtern sind, eröffnete, betrieb er ein Konservatorium, und während des Hitlerregimes unterhielt er einen „Akkordeonklub“, der Werbeprospekte herausgab, in denen Nitschke erklärte, daß er jederzeit „einsatzbereit“ sei „für Führer und Reich“. In diesen Prospekten werden nur „Arier“ als Mitglieder des Akkordeonklubs geworben und außerdem darauf hingewiesen, daß ein Teil des Akkordeonklubs „an der äußeren Front im Kampf gegen die Feinde Deutschlands seine Pflicht tut“, während der andere Teil sich für Führer und Reich „an der inneren Front betätigt“. Das ist der heutige „Antifaschist“ Kurt Nitschke, Inhaber eines der luxuriösesten Clubs am Wedding.

Herr Nitschke ist aber außerdem mit seinem Kompagnon Wagner alleiniger Handelsvertreter der Firma Frischeisen & Köck in der Badstraße, die aus Altmaterial Gummipplatten zur Schuhbesohlung herstellt. Nitschke hat von dieser Firma wöchentlich ungefähr 5000 Stück Gummipplatten geliefert erhalten, die für die Berliner Schuhmacher bestimmt waren; in Wirklichkeit dürften die Berliner Schuhmacher von diesen Gummipplatten wenig gesehen haben, denn Herr Nitschke handelte sie bei der bekannten Alkoholfirma Hermann Meyer in der Badstraße gegen Schnaps ein, leitete sie in noch andere Kanäle und verdiente so viel daran, daß gegen ihn ein Verfahren wegen

Preiswuchers eingeleitet wurde, das offensichtlich im Sande verlief. Eine festgesetzte Strafe von 700 RM brauchte Nitschke, der übrigens wegen Hehlerei bei Lebensmittelschiebungen schon zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt wurde, nicht zu bezahlen.

Wenn man die Angelegenheit des „Clubhauses des Nordens“ zu untersuchen beginnt, stößt man auf ein richtiges Korruptionsknäuel, das man nur langsam und mühsam aufrollen kann. Wir nehmen an, daß der Hauptverwalter des Häuserblocks der BVG, Herr Ullrich, darüber aussagen kann, auf welche Weise es Nitschke möglich geworden ist, eine BVG-Sechs-Zimmer-Wohnung in ein Luxus-Schieberlokal zu verwandeln. Herr Ullrich hat die Einweisungspapiere bei seinen Akten in seinem Büro in der Belfaster Straße 2.

Die umfangreichen Bauarbeiten bei Nitschke führte der Architekt Stapelfeld aus der Müllerstraße aus, ein ehemaliger Pg. Dieser Stapelfeld wird nachweisen müssen, wo und durch wen er das Baumaterial erhielt. Für die Malerarbeiten wurden nach unseren Feststellungen auf Anweisung des Bezirksamtes Wedding, durch die Abteilung des Herrn Bock, von der Firma Ludwig Decken, Müllerstraße 138b, 150 Kilo Kreide und Leim geliefert. Die Rechnung dürfte sich beim Kulturamt Wedding befinden. Außerdem lieferte die Firma Otto Kuka, Müllerstraße 38, auf „privatem Wege“ Farben, Tapeten und anderes Material.

Wir haben schon früher festgestellt, daß Nitschke an einem einzigen Tage, während in Berlin Tausende von Menschen froren, 365 kW-Stunden Strom verbrauchte. Es liegen Zeugenaussagen darüber vor, daß in seinem Badezimmer Tag und Nacht ein Heizofen brannte, daß seine beiden Hunde, jeder für sich, eine Sonne von 1000 Watt zur Erwärmung erhielten, daß die Wände des Luxuslokals mit elektrischen Ofen getrocknet wurden, und daß Hunderte von Kilowatt „verbraten“ wurden, weil Herr Nitschke und seine Clique selbstverständlich auch genug Dinge zum „Verbraten“ zur Verfügung haben. Für die geheimnisvolle Angelegenheit mit dem für Nitschke eingebauten und wieder ausgebauten Stromzähler ist die Hausverwaltung der BVG verantwortlich; diese liegt in Händen des bereits genannten Herrn Ullrich. In der Luxuswohnung des Nitschke gibt es zahllose elektrische Geräte, Elektroherd, elektrischen Eisschrank und Neon-Leuchtröhren in Massen.

Nitschke, der „Antifaschist“, der einmal „stets einsatzbereit für Führer und Reich“ war, hat viele der für sein Luxusrestaurant benötigten Materialien auf Anweisungen des Bezirksamts Wedding gekauft. So erhielt er u. a. von der Firma Camor, Utrechter Straße, alle Beschläge und 50 Tafeln 1×2 m Zinkblech. Die neue Möbelausstattung lieferte ein Tischlermeister aus der Liebenwalder Straße 55. Bänke und Tische erhielt Nitschke vom Bergungsamt in der Seestraße! Unterzeichnet waren die Anweisungen mit Grünspecht.

Wir nehmen an, daß diese vorläufigen Angaben vielleicht genügen werden, um den verantwortlichen Stellen jetzt endlich die Zunge zu lösen. Das „Clubhaus des Nordens“ am Berliner Wedding in einer BVG-Wohnung ist zu einem Schandfleck des Weddings geworden. Die persönlichen und geschäftlichen Verbindungen des Herrn Nitschke gehen offenbar außerordentlich weit. Aber angesichts der Gemeenschädlichkeit seines Treibens, und weil er durch sein Auftreten und seine Tätigkeit das Ansehen der antifaschistischen Parteien und der demokratischen Verwaltung schädigt, entfällt jede Rücksicht. Der Fall des „Clubhauses des Nordens“ und des Herrn Nitschke muß ohne Ansehen der Person bis aufs letzte bereinigt werden.

„Neues Deutschland“, Berlin, 12. 7. 1946

Goebbelssche Epigonen im Berliner Theaterleben

Ein amtliches Filmszenarium aus der Hitlerzeit: „Menschen ohne Vaterland“ heißt der Film. Es handelt sich um einen der typischen böartigen, antirussischen Hetzfilme, die soviet dazu beigetragen haben, das deutsche Volk durch antisowjetische Propaganda zu vergiften.

„Art des Films: Ernster Unterhaltungsfilm“, lesen wir weiter; „Spieleitung: Herbert Maisch“. Dieser Name taucht auch unter den Verfassern des Manuskriptes auf.

Also war Herbert Maisch doppelter Urheber dieses Hetzfilms: als Drehbuchverfasser und als Regisseur. Wer die Gepflogenheiten des Filmschaffens kennt, muß sofort verstehen, daß Maisch der geistige Vater dieses gemeinen antirussischen Machwerkes ist und dafür die volle politische Verantwortung tragen muß. Übrigens ist „Menschen ohne Vaterland“ nicht die einzige Offenbarung der antisowjetischen Einstellung von Herbert Maisch. Sie ist auch in seinem

anderen Film „Starke Herzen“ in gewissem Maße vorhanden.

Der Fall Maisch ist ebenso eindeutig und klar wie zum Beispiel der Fall Hans Steinhoff und Emil Jannings, des Regisseurs und des Hauptdarstellers des antibritischen Hetzfilms „Ohm Krüger“, die, wie allbekannt, nicht lange unbestraft blieben. Und dennoch entwickelt auch heute Herbert Maisch eine betriebsame öffentliche und theatralische Tätigkeit, in der er bei all seiner Vorsicht nicht von seinen alten pronazistischen Tendenzen ablassen will. Wie als geschäftsführender Intendant der Kammer der Kunstschaffenden so auch als Regisseur eines der Berliner Theater sabotierte er wissentlich Beschlüsse des Prüfungsausschusses, die auf Säuberung des deutschen künstlerischen Schaffens von nazistischen Elementen gerichtet waren.

Es ist höchste Zeit, daß bezüglich dieses Herrn genau dieselben Maßnahmen getroffen werden wie gegen Jannings und Steinhoff.

Ein anderes Beispiel eines Goebbelschen Epigonen ist unzweifelhaft Willy Schaeffers. Dieser Herr, der u. a. auch in den Maisch-schen „Menschen ohne Vaterland“ und in anderen antrussischen Machwerken mitwirkte, ist als Inhaber und Leiter des „Kabarets der Komiker“ allbekannt. Schaeffers verstand es, sein Kabarett, welches vor 1933 einen vorsichtigen, höchst vagen Liberalismus aufwies, in der Hitlerzeit dem Goebbelschen Geschmack und den Zielen der Hitlerpropaganda in vollem Maße anzupassen.

Dennoch erteilten die sowjetischen Behörden Schaeffers bereits am 1. Juni 1945 großzügig die Erlaubnis, die Pforten seines Kabarets wiederzueröffnen. Verfügte Herr Schaeffers über elementaren Takt, über politisches Verständnis und Anständigkeit, so hätte er sein Repertoire den Anforderungen der Zeit angepaßt, das Schaffen seines Kabarets in den Dienst am Aufbau eines antifaschistischen Deutschlands und in den Dienst des Kampfes gegen Rassenwahn, Völkerverhetzung und alle anderen Uebel des unseligen Nazizeit gestellt. Zumindest konnte man von ihm absolut korrektes Verhalten gegenüber allen alliierten Besatzungsmächten erwarten. Doch Herr Schaeffers hielt sich nur kurze Zeit zurück. Für seine politische Einstellung ist übrigens schon folgendes kleine Beispiel bezeichnend: Bereits in seinem allerersten Nachkriegsprogramm (Juni 1945), als er sich alliiertenfeindlicher Auftritte noch nicht erdreistete, wartete er mit einem Liedchen auf, das

nichts anderes war als eine grobe und geschmacklose Verspottung des ungarischen Volkes, seines Wesens und seiner Sprache. Hörte man dieses Liedchen, so bekam man den Eindruck, die Ungarn seien keine zivilisierten Menschen, sondern halbwilde Wüstlinge, Trunkenbolde und Idioten. Also ein typisches Beispiel nazistischer Rassenüberheblichkeit und Verhöhnung anderer Völker. Das war aber nur ein kleiner bescheidener Anfang. Herr Schaeffers merkte bald, daß reaktionäre, pronazistische Tendenzen in gewissen Schichten der Berliner Bevölkerung gediehen. Sorgfältig wird in allen Programmen des Kabarets der Komiker jede, auch die leiseste Anspielung, vermieden, die als ein Ausfall gegen die ihr Haupt erhebende Reaktion gewertet werden könnte. Im Gegenteil: Herr Schaeffers machte sich bewußt an die Kultivierung reaktionärer Bestrebungen in seinen scheinbar harmlosen Aufführungen. Schon die langatmigen, selbstgefälligen, kindisch-eitlen Auftritte des Herrn Schaeffers selbst sind stets mit Proben eines reaktionären politischen Dilettantismus und mit billigen pronazistischen Witzen gefüllt. Im Kabarett der Komiker werden immer fortlaufend alle wahrhaft demokratischen Regungen des deutschen politischen Lebens genau in derselben Art verspottet und angepöbel, wie das Herr Goebbels und Konsorten in ihren besten Tagen taten.

Angespornt durch den Erfolg, den solche Bestrebungen bei dem reaktionären Teil des Berliner Theaterpublikums hatten, wurde Herr Schaeffers immer dreister. In seinen letzten Programmen geht er so weit, das russische Volk und die sowjetische Besatzungsmacht in mehr als durchsichtigen Andeutungen auf echt Goebbelsche Art zu verhöhnen. Er versucht es, die Sowjetmenschen in noch üblerer Art herabzusetzen und böseartig zu verleumden, als er es schon in seinem ersten Programm mit dem ungarischen Volke tat. Alles was russisch, alles was sowjetisch ist, wird verhöhnt. Einmal verstieg er sich zum Beispiel zu der Anspielung, daß unmittelbar hinter der Frankfurter Allee Sibirien liege!

Solche Redensarten in einem Berliner Kabarett sind in jeder Hinsicht durchaus unzulässig. Sie widersprechen strikte den Gesetzen der alliierten Kontrollbehörden und erfordern ein energisches Einschreiten der entsprechenden Behörden gegen Herrn Schaeffers — den Goebbelschen Epigonen. N. Orlow „Tägliche Rundschau“, 15. 5. 46

Wenn es noch so wäre, daß diese Jüngens ehrlich glauben (wie es ihnen beigebracht wurde), man könne nur etwas im Leben schaffen, wenn man in Dreierreihen oder im Paradeschritt unter dem „Hoheitszeichen“ aufmarschiert. Derartige Ansichten lassen sich erschüttern und durch vernünftige Gedanken ersetzen. — Nein, sie fühlten sich als Auslese einer Herrenkaste, lebenslängliche Oberpolizistenanwärter in Europa (und morgen der ganzen Welt). Garanten der Zukunft, denen mühelos die Schätze dieser Erde dienen sollten.

1944: Wir sind die kruppstahlharte Jugend des Führers, rücksichtslos zuschlagend, zunächst, da noch nicht das SS-Alter habend, wird gegen die Alten, gegen die überflüssigen Fresser, dieses Kirchhofsgemüse, vorgegangen. Ältere Nicht-Pgs haben zu parieren.

Mai 1945: Beleidigt, wenn ihnen zugemutet wird, etwas mitzuarbeiten. Im übrigen völlig unsichtbar und auf artiges Kind getarnt.

1946: — — — — — ?

„Edelweiß-Piraten“

Banden jugendlicher Verbrecher — ein trauriges Erbe der Hitlerzeit

Aus Westdeutschland gingen in der letzten Zeit zahlreiche Meldungen über die Umtriebe jugendlicher Verbrecher ein. Kopfstarke Banden, deren Mitglieder im Alter von 15—20 Jahren schwanken, sammeln sich in Ruinen zerbombter Häuser, in Wäldern und Höhlen.

Sie sind mit Nahrungsmitteln und Waffen versehen. Sie überfallen und ermorden Antifaschisten gelegentlich auch — wie wir gestern aus Nürnberg meldeten —, Soldaten der Besatzungsarmee. Sie verüben Einbrüche und Diebstähle schrecken auch vor Raubmorden nicht zurück, um sich Lebensmittelkarten und Lebensmittel für ihr Räuberdasein zu verschaffen oder Mangelware irgendwelcher Art, die sie auf dem schwarzen Markt verkaufen und gegen Genußmittel, vor allem Alkohol und Tabak, und sonstige begehrten Dinge, einhandeln. 15- und 16jährige Mörder sind in den letzten Monaten mehrfach festgenommen und verurteilt worden.

Gestern meldete Reuter die Existenz einer kopfstarken Gruppe solcher Jugendlicher, die, mit Waffen, Wagen und Lastwagen reich ausgerüstet, Charlottenburg im britischen Sektor Berlins zu ihrem Tätigkeitsfeld erkoren haben.

Viele dieser Gruppen nennen sich „Edelweiß-Piraten“. Sie versuchen die Nazibewegung aufrechtzuerhalten und neu zu festigen.

Die Anfänge dieser Bewegung gehen schon auf die Hitlerzeit zurück. Sie sind ein Produkt dieses volkszerstörenden Regimes, das die Jugend zu einem anmaßenden Banditentum erzog und sie in der Desorganisation, die der Hitlerkrieg mit sich brachte, vollends entwurzelte und auf die Verbrecherlaufbahn trieb.

1942 im Rheinland

Ende 1942 tauchten die ersten Banden von „Edelweiß-Piraten“ im Rheinland auf. Im März 1943 wurden etwa 800 solcher „Edelweiß-Piraten“ in Düsseldorf, Duisburg, Essen, Wuppertal und Krefeld verhaftet. Am 15. März berichtete der Generalstaatsanwalt

in Düsseldorf über den Charakter dieser Banden nach Berlin. In diesem Bericht heißt es:

„In einer Duisburg-Hamborner Gruppe der ‚Edelweiß-Piraten‘ herrschte das Gebot der freien Liebe. Jedes Mädels mußte dem Jungen, der es dazu aufforderte, willig sein und durfte ihm den Geschlechtsverkehr nicht verweigern.“

In Wuppertal fanden die Zusammenkünfte in Wohnungen statt. Der Generalstaatsanwalt berichtet darüber:

„Während dieser Zusammenkünfte wurden Pfänderspiele durchgeführt mit dem Ergebnis, daß, gerade wie es sich traf, mal der eine oder der andere Junge mit dem oder jenem Mädels in das nebenan liegende Schlafzimmer gehen mußte, wo es dann zum Geschlechtsverkehr zwischen den Jugendlichen kam.“

„In Düsseldorf verübten ‚Edelweiß-Piraten‘ Einbruchdiebstähle in bombengeschädigten Häusern. Sie stahlen in einer zerstörten Bäckerei Brotmarken, um sich auf ihren Fahrten Brot kaufen zu können.“

Am 10. Mai 1943 berichtete der Oberstaatsanwalt in Krefeld nach Berlin, daß verhaftete „Edelweiß-Piraten“ Einbruchdiebstähle durchgeführt. Feldpostpäckchen mit Zigaretten und Lebensmitteln gestohlen und als Postauswechsler sich unberechtigte „Zustellungsgebühren“ hatten auszahlen lassen.

Während damals Kinder, die „politisch verdächtig“ waren, in grausamster Weise bestraft und in Konzentrationslager verschleppt wurden, wurden diese verrohten und entmoralisierten „Edelweiß-Piraten“ in mildester Weise bestraft. Die meisten erhielten nur wenige Monate Gefängnis, die höchste Strafe betrug 2 Jahre 6 Monate.

Brutstätten des Nazismus

Sehr zu Unrecht gerieten diese Abfallprodukte Hitlerscher Kulturzerstörung damals in den Ruf, eine politisch oppositionelle Bewegung zu sein. Die Berichte der Staatsanwaltschaft und der Gestapo stellen ausdrücklich fest, daß irgendwelche gegen das Naziregime gerichtete Tendenzen bei den „Edelweiß-Piraten“ nicht festzustellen seien. Das Strafmaß wäre dann auch ganz anders ausgefallen.

Mit ihren Morden an Antifaschisten und Angehörigen der Besatzungsmächte versuchen heute diese Banden arbeitsscheuer, jugendlicher Verbrecher den Aufbau des neuen Deutschlands zu verhindern und der

Wiederkehr des Nazismus, dessen kulturzerstörender Politik sie entsprungen sind, den Weg zu bereiten.

Wenn diese Jugendlichen auch selbst Opfer der Hitlerzeit sind, wenn einem auch das Herz blutet ob dieser zerstörten jungen Leben, so muß doch mit allen Mitteln rücksichtslos gegen sie vorgegangen werden, um zu verhindern, daß das ganze deutsche Volk noch einmal Opfer des Nazigeistes wird, den diese Verbrecherbanden konservieren.

„Vorwärts“, Berlin, 15. 5. 1946

Nazis überfallen Jugendbündler

Pforzheim, 3. Mai (DANA). Angehörige eines katholischen Jugendbundes wurden in einer Waldhütte in der Nähe des Dorfes Würm von ehemaligen Mitgliedern der HJ und des Jungvolkes überfallen und mißhandelt. Das Pforzheimer Überfallkommando nahm zehn der Täter fest. Die Eltern der Festgenommenen bekommen Strafbefehle, und der Bürgermeister der Gemeinde Würm wurde von der Polizei angewiesen, diese ehemaligen HJ-Angehörigen in der Landwirtschaft besonders zu beschäftigen. „Frankenpost“, Hof, 4. 5. 1946

„Werwolf“-Organisation in Schleswig ausgehoben!

Kopenhagen, 20. April (TASS). Die Zeitung „Politiken“ meldet, daß die britische Polizei gestern den Leiter einer „Werwolf“-Organisation verhaftete, die in Südschleswig tätig war. Die Bande, die sich „Edelweiß“ nannte, wurde von dem Dänen Richard Jergensen angeführt, der in der dänischen Grenzstadt Tender wohnte. 60 Mitglieder der Bande sind bereits verhaftet worden.

„Edelweiß-Piraten“ feierten Hitlers Geburtstag

Celle, 13. Mai. Wie Reuter meldet, verurteilte die Militärregierung den 17 Jahre alten Anführer der „Edelweiß-Piraten“ zu fünf Jahren Haft, fünf weitere Mitglieder der Bande zu drei Jahren Haft mit Bewährungsfrist, während der siebente Angeklagte freigesprochen wurde.

Die Bande, die mit zwei Gewehren und einer Panzerfaust bewaffnet war, hatte in den Wäldern eine „Hitler-Geburtstagsfeier“ abgehalten. Sie beabsichtigte, den Ortspolizisten zu erschießen und die Panzerfaust zu gebrauchen, falls ein Militärfahrzeug auf den Schauplatz gerufen werden würde.

„Norddeutsche Zeitung“, Schwerin, 14. 5. 1946



Unterirdische Nazijugend

Mit Waffen und Zigaretten

Berlin, 13. Mai (Reuter). Die jungen Nazis, die im Alter von 12 oder 13 Jahren in die deutsche Armee eintraten und mit Hitlers Giftdoktrinen durchsättigt wurden, sind gegenwärtig eins der größten Probleme der hiesigen Behörden.

Eine große Gruppe dieser Kinder trifft jeden Abend in Charlottenburg im britischen Sektor Berlins zusammen. Alle sind mit Pistolen bewaffnet, und sie haben Wagen und Lastwagen zu ihrer Verfügung.

Beim ersten Anzeichen der Annäherung britischer oder deutscher uniformierter Polizei wird eine Warnung gegeben, und sie fliehen in großer Eile. Deutsche, einfach gekleidete Männer, die sie manchmal heimlich verfolgt haben, sind machtlos gegen sie, da sie keine Motortransportmittel haben und es ihnen nicht gestattet ist, Waffen zu tragen, auch sind sie nicht zahlreich genug, um unbewaffnet mit einer solchen Bande fertig zu werden.

Die Jungen sind alle erfahren im Gebrauch von Schußwaffen. Sie rauchen alle — und scheinen eine Menge Zigaretten dazu zu haben.

Sie sind gut genährt und gut gekleidet. Sie befassen sich mit Schwarzmarktgeschäften und mit geheimen politischen Tätigkeiten ebenso wie mit Räubereien und Überfällen.

Ein Junge von 15 Jahren ist gerade zu zehn Jahren Gefängnis von einem Berliner Gericht wegen Mordes verurteilt worden. Er brach in einen Berliner Tabakladen ein, tötete die Witwe, der der Laden gehörte, und stahl 5000 Zigaretten. Er hatte früher mehrere andere Tabakgeschäfte beraubt. Er erklärte, daß er, während er in den Reihen der Hitlerarmee diente, ein starker Raucher wurde und nun nicht ohne Tabak auskommen könne.

Ein anderer Fall ist der eines 17jährigen Jungen, der kürzlich von der Polizei auf dem schwarzen Markt in der Brunnenstraße in Berlin aufgegriffen wurde.

Man fand bei ihm eine beträchtliche Menge englischer Zigaretten und eine Liste, die zeigte, daß er Schuldner hatte, die ihm 15 000 Mark schuldeten.

Es wurde festgestellt, daß er ein Mitglied einer gutorganisierten Schwarzmarktbande war.

Er hatte zwei Reise genehmigungen und ein Dokument bei sich, das ihn berechtigte, eine Arbeiterlebensmittelkarte in Empfang zu nehmen, und an seiner Kleidung war das Abzeichen des „Wolfes“ — das Kennzeichen der Jugendorganisation Hitlers — befestigt.

Man nimmt an, daß er zu einer der vielen Jugendorganisationen gehört, die im geheimen versuchen, die Hitlerbewegung am Leben zu halten.

„Nacht-Expresß“, Berlin, 13. 5. 1946

Werwölfe werden rücksichtslos verfolgt!

Die bewußtesten Teile unseres Volkes, jene, die die ganze Schwere des nazistischen Blutregimes erlebten, die bei seinem Zusammenbruch vor einem Nichts standen und dann in mühevoller Kleinarbeit wieder die Voraussetzungen zu neuem Aufstieg unseres Volkes schufen, die ehrlich bemüht sind, durch friedliche Arbeit die Freundschaft und Achtung der Welt wiederzuerlangen, haben wirkliche überzeugende Beispiele von Arbeitsheroismus gegeben. Sie fragten nicht nach persönlichem Wohlergehen, sondern arbeiteten. Wäre es sonst möglich gewesen, daß verantwortliche Stellen unserer Selbstverwaltungsorgane melden können, daß der Anschluß an die nächste Ernte gesichert ist, wäre sonst die Durchführung der eben beendeten ersten Leipziger Friedensmesse möglich gewesen, die Zeugnis von planmäßiger Aufbauarbeit ablegt? Natürlich nicht.

Aber während so die aufbauwillige über große Mehrheit unseres Volkes in ständigem Einsatz steht, fallen ihnen verschwindend kleine Gruppen in den Rücken. Begünstigt durch die heute noch herrschende unbestrittene Notlage, deren Ursache in der von uns angetretenen Erbschaft zu suchen ist, bevölkern sie die „schwarzen Märkte“ und entziehen durch ihre dunklen Schiebergeschäfte der Volksernährung wichtige Produkte. Entwurzelt, haltlos scheuen sie jede Arbeit und werden denen eine billige Beute, die aus Passion gegen die vorwärtsstürmenden Kräfte unseres Volkes wühlen, weil ihre Welt zusammengebrochen ist, weil sie verloren, was sie sich überall und mit den niederträchtigsten Mitteln zusammengestohlen hatten.

Aus Berlin-Charlottenburg wird berichtet, daß sich dort allabendlich eine größere

Gruppe ehemaliger jugendlicher Nazis, die über einen Personen- und Lastwagenpark verfügt und mit Handfeuerwaffen ausgerüstet ist, ihr Unwesen treibt. Geld und Zigaretten spielen bei diesen Banden keine Rolle. Sie befassen sich mit Schwarzmarktgeschäften und geheimer politischer Tätigkeit ebenso wie mit Räubereien und Überfällen.

Ähnliche Meldungen liegen vereinzelt aber auch aus unserer Provinz vor. In einigen Orten wurden Zettel geklebt, die zu Gewalttätigkeiten aufrufen. Auf diesen Zetteln bezeichnen sich die Schreiberlinge als das, was sie sind: Werwölfe, die mit hinterhältigen Mitteln versuchen, zu zerstören, was andere in mühsamer Arbeit aufbauten.

Sehr bald schon sind wachsame antifaschistische Kämpfer diesen „Werwölfe.“ auf die Spur gekommen und haben sie der Polizei übergeben. Sie handelten so in der richtigen Erkenntnis, daß man auch unbedeutenden Gruppen und Grüppchen keine Gelegenheit geben soll, den Aufbau zu stören. Hinter Schloß und Riegel werden sie Gelegenheit haben, sich das Verwerfliche ihres Treibens vor Augen zu halten. Wir sind überzeugt, daß man ihnen die Möglichkeit bietet, ihre Haltung zu revidieren, immer nach unserem Grundsatz: Wir wollen jedem helfen. Wer sich aber auf die Hinterbeine stellt und aus Passion gegen uns ist, wer uns bewußt oder unbewußt Knüppel zwischen die Beine wirft und damit unser Werk stört, der soll auch nicht Nutznießer unserer Arbeit sein. ick.

„Märkische Volksstimme“, Potsdam, 17. 5. 1946

Untergrundbewegung „Rana“ in Lüneburg aufgedeckt

Am 13. Mai und in den folgenden Tagen wurden in Lüneburg 35 Jugendliche verhaftet, bei denen der Verdacht bestand, einer geheimen Untergrundbewegung anzugehören, ein Verdacht, der sich durch Haussuchungen und die Aussagen der Verhafteten dann noch verstärkte. Am Montag standen sie zum ersten Male vor einem britischen Militärgericht, das bei der Schwere der Anklagepunkte den Fall zur Verhandlung vor das höhere Militärgericht weitergab. Nur ein Angeklagter bekannte sich in allen drei Punkten schuldig. Es war der 1927 geborene Ritter, der zugab Mitglied einer Untergrundbewegung „Rana“ (Radikale Nationalisten) gewesen zu sein, diese Mitgliedschaft wis-

sentlich nicht gemeldet zu haben und auch von Feuerwaffen und Sprengstoffen gewußt zu haben, die in beträchtlichen Mengen bei der Scharnhorstkaserne und auf dem Gelände des Flugplatzes geheim vergraben waren.

Die meisten Angeklagten sind 18 bis 20 Jahre alt, der älteste wurde im Jahre 1920 geboren. Aus den Angaben des Anklagevertreters ging hervor, daß der Militärregierung seit etwa sechs Monaten bekannt war, daß in Lüneburg eine Untergrundbewegung bestand. Verschiedentlich wurden Plakate angeklebt, Hakenkreuze an die Wände gepinselt, die Fenster des Parteibüros der KPD wurden mehrere Male eingeschlagen — Vorgänge, deren Urhebererschaft nach den Verhaftungen geklärt werden konnten.

Die Ziele der „Rana“ waren zunächst, eine Bewegung gegen die Besatzungsmacht zu schaffen und zweitens Unruhe in die Bevölkerung zu bringen. Man versuchte auch, die neuen deutschen Jugendorganisationen, die von der Militärregierung genehmigt wurden, zu unterminieren und Verbindungsleute in diese Organisationen zu schicken. 90 Prozent der Verhafteten waren frühere Hitlerjugend-Führer. Bei den Haussuchungen wurden 63 Beweisgegenstände gefunden, unter ihnen auch ein Organisationsplan der Bewegung: Es gab einen Einsatzleiter, seinen Stellvertreter, einen Propagandaleiter, eine Verwaltung, sogar einen Spionagedienst. Die Bewegung war in vier Gruppen unterteilt, und ähnlich war auch die Stadt Lüneburg in vier Bezirke unterteilt. Der Spionagedienst, dessen Tätigkeit durch einen Brief belegt wird, beschäftigte sich mit zivilen und militärischen Angelegenheiten.

„Lüneburger Landesztg.“, Lüneburg, 4. 6. 1946

Naziorganisation ausgehoben

Umtriebe ehemaliger Hitlerjugend in Westdeutschland — 1000 Personen verhaftet

Frankfurt a. M., 30. März (SNB). Einer Meldung der Agentur Assopress zufolge wurde heute in den frühen Morgenstunden durch energisches Zupacken der amerikanischen und britischen Truppen eine Organisation von Nazifanatikern, die vorwiegend aus früheren Mitgliedern der Hitlerjugend und des BDM bestand und über bedeutende Geldmittel verfügte, aufgedeckt. Diese Aktion war der Höhepunkt zehnmonatiger geheimer Nachforschungen amerikanischer Spionage-

abwehragenten. „Der auf lange Sicht ausgearbeitete Plan dieser Organisation, die Naziideologie in Deutschland wiederaufleben zu lassen, war die gefährlichste Bedrohung unserer Sicherheit, auf die wir nach dem Kriege trafen“, erklärte Brigadegeneral Edwin L. Sibert, Leiter der amerikanischen Intelligence-Abteilung.

Brigadegeneral Sibert gab ferner folgende Einzelheiten bekannt:

Als der Krieg zu Ende ging, vertraute der ehemalige „Führer“ der Nazijugend, Axmann, einem früheren HJ-Führer, Heidemann, bedeutende Barbestände aus dem Vermögen der Nazijugendbewegung an. Heidemann richtete sich als Eigentümer und Leiter eines bayerischen Lastwagenkonzerns ein und verstand es auch, das Vertrauen der amerikanischen Militärregierung zu erschleichen.

Heidemann begann seine Tätigkeit auszuweiten und eröffnete Filialen der von ihm geleiteten Firmen in den wichtigsten Städten der amerikanischen und britischen Zone. Als „Personal“ stellte er frühere im Rang hochstehende Mitglieder der Hitlerjugend ein. Auf diese Weise konnten sich die Verbindungsagenten unter dem Vorwand, reisende Geschäftsleute zu sein, durch ganz Deutschland bewegen. Im vergangenen Herbst schlug eine andere Geheimgruppe, die sich in Norddeutschland organisiert hatte, Heidemann eine Verschmelzung vor. Heidemann war jedoch damit nicht einverstanden und der sich daraus ergebende Streit gab den Agenten einen Wink über das Bestehen der nördlichen Gruppe. Mitte Dezember wurden Axmann und zwei der wichtigsten Verbindungsleute ergriffen. Bald danach wurden auch Heidemann und sieben seiner vertrauten Mitverschwörer dingfest gemacht.

Heute schlugen die alliierten Militärbehörden nochmals zu. Die ausgedehnte, von Panzerwagen unterstützte Aktion begann um Mitternacht. Etwa 1000 Personen wurden verhaftet.

Geheime Naziversammlungen in Bayern aufgedeckt!

New York, 20. April (SNB). Wie der New-Yorker Rundfunk meldet, gab der bayerische Innenminister in München bekannt, daß Nationalsozialisten in bayrischen Alpenhütten, entlang der österreichischen Grenze, geheime Versammlungen abhalten. 35 Verdächtige sind verhaftet worden.

Jagd auf Werwölfe

New York (SNB). Der New-Yorker Rundfunk gibt eine Meldung aus Kopenhagen wieder daß die dänische Polizei eine Razzia gegen Banden der sogenannten „Werwolf“-Organisation in Nordschleswig vorgenommen hat. Die Razzia begann, als die Polizei im dänisch-deutschen Grenzgebiet große Mengen von Waffen fand.

„Leipziger Zeitung“, 19. 5. 1946

Jugend auf Abwegen

Hamburg. Wegen Gründung einer geheimen „Edelweißgruppe“ wurden der 23jährige Kurt Meiritz und der 20jährige Günther Pockrzywicki von einem Hamburger Militärgericht zu vier bzw. drei Jahren Gefängnis verurteilt. Von weiteren Angeklagten erhielten einige kürzere Freiheitsstrafen, während andere in Erziehungsinstitute überwiesen oder freigesprochen wurden.

„Marburger Presse“, 4. 6. 1946

Kurze Umschau in die Welt

Außer den angeklagten ehemaligen Mitgliedern der Geheimorganisation „Edelweiß“, die sich bekanntlich für die Weiterführung der früheren NSDAP betätigt, stand noch eine weitere Gruppe nazifreundlicher Elemente vor einem britischen Militärgericht: es handelt sich um drei Jugendliche, die angeklagt sind, Nazischlagworte an Häuserwände gepinselt zu haben.

„Der Morgen“, Berlin, 30. 5. 1946

Mitglieder der „Edelweiß“- Organisation vor dem Militärgericht

Hamburg (SNB). Dem Nordwestdeutschen Rundfunk zufolge hat ich unter der Anklage, Handlungen zur Förderung der ehemaligen NSDAP unternommen zu haben vor dem Militärgericht in Flensburg eine Gruppe von Männern, Mitgliedern der sogenannten „Edelweiß“-Organisation, zu verantworten, die in Flensburg ausgehoben wurde.

Hauptangeklagte sind Richard Jürgensen aus Tondern und sein Vater Peter Jürgensen. Die Feststellungen ergaben, daß Peter Jürgensen früher Rottenführer in der SS und Wachmann in Neuengamme und anderen Konzentrationslagern war. Der Fall wurde an das Höhere Militärgericht verwiesen.

„Tägliche Rundschau“, Berlin, 28. 5. 1946



Die „Pantherkatzen“

Stuttgart, 4. Mai (DANA) Vor dem hiesigen Militärgericht hatten sich Mädchen zu verantworten, die während des Krieges alle der gleichen Luftwaffeneinheit angehörten. Unter dem Namen „Pantherkatzen“ hielten sie in Lokalen Zusammenkünfte ab, um an-

geblich Erinnerungen ihrer Militärzeit auszutauschen. Das Gericht verurteilte sie zu einigen Tagen Haft, um ein warnendes und abschreckendes Beispiel für ähnliche unerlaubte Organisationen zu geben.

„Nürnberger Nachrichten“, 8. 5. 1946

Tierschutz für Werwölfe

Im Zusammenhang mit den Verhaftungen von jugendlichen Faschisten, zu deren Beschützern sich der „Telegraf“ und andere Zeitungen aufwarfen, schrieben wir: „Dauerlich ist, daß es noch so unbelehrbare und fanatische Nazis unter der Jugend gibt. Daß die Besatzungsbehörde sie an ihren geplanten Verbrechen hindert, liegt auch im Interesse des deutschen Volkes und ist zu begrüßen!“ Zufällig erhielten wir am selben

Tag einen Brief, der geradezu geschrieben zu sein scheint, diese Worte drastisch zu illustrieren, obwohl uns der Verfasser offenbar nicht wohl will. Der Brief lautet:

„An den Chefredakteur Rudolf Herrstadt.

Ich las neulich einen Artikel, in dem sich jemand über das Essen der Nürnberger Angeklagten ärgert. Aus den Zeilen las man deutlich den Futterneid. Solche Leute sollten sich schämen, so etwas auch nur zu denken. Die guten Sachen sind den Mit-

arbeitern Adolf Hitlers wirklich zu gönnen, ist es doch das einzige, das sie, den Tod vor Augen, haben. Vielleicht erinnert sich der eine oder andere daran, wie wir gerannt sind, wenn es hieß, einer der hohen Herren kommt, wie wir uns fast überschlugen, wir stundenlang eingequetscht zwischen Tausenden und Abertausenden in Hitze oder Eis und Kälte standen, nur um ihn zu sehen oder ihm zujubeln zu können. Leider wollen das die meisten nicht mehr wissen, aber es kommt bald der Tag, an dem ihr Gedächtnis einen ordentlichen Schubs erhält, wenn äußerlich davon auch nichts zu merken ist.

I. A. L. W.

Ich warne Sie, derartiges nochmal zu veröffentlichen. Sie würden ein Kind des Todes sein. Unsere Organisation läßt nicht mit sich spaßen, besonders nicht, wenn es sich um derartige Beleidigungen handelt. Lassen Sie die Polizei aus dem Spiel! Wir beobachten jeden Ihrer Schritte.

I. A. L. Werwolf."

Wir nehmen an, daß diese Zuschrift von einem Hitlerjungen stammt, der sich jeder besseren Einsicht auch heute noch verschließt. Über seine Drohungen können wir hinweggehen, weil wir wissen, daß die Organe der neuen Demokratie stark genug sind, jeden Störungsversuch faschistischer Terroristen zu unterbinden. Immerhin zeigt der Brief, daß faschistische Elemente noch — oder wieder? — mit abenteuerlichen Gedanken spielen. Bestrebungen ähnlicher Art hat unser Volk infolge der verbrecherischen Versäumnisse nach 1918 jetzt teuer bezahlen müssen. Das soll sich nicht noch einmal wiederholen. Um so unverantwortlicher ist die provokatorische Haltung solcher Zeitungen wie der „Telegraf“, die unterirdische, bewaffnete Banden geschworener Feinde der Demokratie in Schutz nehmen und auf diese Weise zu Anschlägen gegen die Demokratie ermutigen. Die neue deutsche Demokratie muß wachsam und kämpferisch sein, wenn Deutschland leben soll.

„Berliner Zeitung“, 17. 8. 1946

1944: Hier muß der Platz offenbleiben, denn es gab nur die große Partei der Totalkrieg-Jasager. Und wer damals das faschistische System als solches, d. h. in allen seinen Zweigen, Äußerungen, Personen und Erscheinungen ablehnte, kann sich heute wohl kaum mit dem lauen Verhalten der neuen „antifaschistischen“ Parteien befreunden. Wie war es denn ...

Mai 1945? Die Militärregierung gestattete die Bildung antifaschistischer Parteien. Laß das die echten Antifaschisten nicht in Verlegenheit bringen konnte, war klar. Die alten Aktiven der Arbeiterparteien, viele Jungkämpfer der Jahre 1919 bis 1933 waren sofort auf ihrem Posten. Welcher Partei sie sich auch immer zuwenden mochten, eine der neuen war es nicht: Die neuen Parteien mußten gelockt und geradezu hochgepöppelt werden. Das Antifakeid war ihnen doch recht ungewohnt und fremd. Doch scheint's, daß man sich

1946 an diese bequeme Kleidung als sozusagen Sommeruniform gewöhnen kann, und merkwürdig bekannte Weisen tönen uns entgegen.

Aktive Reaktion in den Westzonen

Moskau, 25. Mai (Rundfunk). Immer neue reaktionäre Parteien tauchen in den Westzonen Deutschlands auf. Wenn die reaktionären Elemente in der ersten Zeit nach dem Zusammenbruch des Naziregimes sich nicht an die Oberfläche wagten — sie warteten ab und wollten sehen, wie weit die Beschlüsse und die Reden von Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands ernst zu nehmen sind —, so scheinen sie sich jetzt davon überzeugt zu haben, daß sie in den Westzonen nicht viel zu befürchten haben. Deshalb treten sie dort immer offener und frecher auf. Die anfangs gegründeten reaktionären Parteien hielten es noch für notwendig, eine gewisse Vorsicht walten zu lassen und ihr reaktionäres Wesen wenigstens äußerlich zu tarnen. So nannte sich die vom berüchtigten Erzreaktionär Wulle gegründete Partei nicht einfach Aufbaupartei, sondern Demokratische Aufbaupartei, um auf diese Weise die deutschen Menschen irrezuführen. Auch die Konservative Partei nennt sich Demokratische Konservative Partei, um sich mit dem demokratischen Mäntel-

chen dem deutschen Volk schmackhafter zu machen. Aber jetzt halten anscheinend die reaktionären und profaschistischen Elemente in den Westzonen Deutschlands die Zeit für gekommen sich nicht mehr tarnen zu müssen, und beginnen mit offenem Visier aufzutreten. Wie die deutschen Zeitungen melden, haben sich in der letzten Zeit verschiedene reaktionäre Gruppen und Grüppchen in West- und Nordwestdeutschland zu der Partei der sogenannten Hamburger Rechten zusammengeschlossen. Über die Ziele der neuen reaktionären Partei erzählte einer ihrer Führer, ein gewisser Rosen, in einer Rede, in der er die wichtigsten Programmpunkte der Partei darlegte. Vor allem gefallen dieser Partei die Maßnahmen nicht, die in der Ostzone Deutschlands zur Liquidierung der Machtpositionen der Junker und Industriemagnaten und zur Erneuerung Deutschlands getroffen werden. Diese Partei lehnt, wie es in der programmatischen Erklärung Rosens heißt, die Bodenreform ab und tritt für die Erhaltung des Eigentums im großen ein. Diesen Herrschaften mißfällt

auch die Schulreform in der sowjetischen Besatzungszone. Rosen versteigt sich zu der Behauptung, daß die von den Nazis hinterlassenen Schulen vorbildlich seien, so daß daran nichts zu ändern sei. Diese Behauptung bedarf wohl keines weiteren Kommentars. Rosen bekennt sich ferner im Namen seiner Partei zur erblichen Monarchie und bemerkt dazu, daß die Republik dem deutschen Volk 1918 aufgezwungen worden sei und daß sie dem Geist des deutschen Volkes widerspreche. Das deutsche Volk, sagt Rosen, brauche einen Monarchen, um den es sich scharen könne. Die angeführten Zitate aus der Rede Rosens kennzeichnen den faschistischen Charakter der neuen Partei der Hamburger Rechten. Daß es in Deutschland noch faschistische Elemente gibt, ist nicht verwunderlich, daß sie aber in den Westzonen immer offener ihr Unwesen treiben, das kann niemand in Deutschland gleichgültig hinnehmen, der den deutschen Militarismus kritisiert und die demokratische Entwicklung Deutschlands gesichert haben möchte. Im Zusammenhang damit darf man auch nicht vergessen, daß in der englischen Zone noch bedeutende Truppenverbände der ehemaligen Hitlerwehrmacht bestehen und in den Westzonen überhaupt noch viele Nazis führende Posten im Wirtschafts- und Verwaltungsapparat innehaben. Angesichts der Entwicklung dieser Dinge ist es allzu verständlich, daß innerhalb der deutschen Arbeiterklasse das Bestreben nach Einigung immer stärker wird, um den Machenschaften der reaktionären Kreise geschlossenen entgegenzutreten zu können. Es ist bezeichnend, daß Herr Schumacher, der Führer der Sozialdemokratie in den Westzonen, der die Einigung der Arbeiterklasse nach Kräften zu hintertreiben sucht, gezwungen ist zu erklären, daß z. B. in der Provinz Hannover, wo beinahe alle Polizeiposten von ehemaligen Nazis besetzt sind, die Polizei eine Basis zur Schaffung einer neuen Schwarzen Reichswehr abgibt.

Die verstärkte Tätigkeit der reaktionären Elemente in Westdeutschland darf weder verkannt noch unterschätzt werden. Nur die rechtzeitige Unterbindung und die völlige Liquidierung aller volksfeindlichen profaschistischen Bestrebungen, unter welchem Namen sie auch immer auftreten mögen, können Deutschland vor einem Rückfall in

den Nazismus bewahren, können die demokratische Entwicklung des Landes gewährleisten, was andererseits nur durch den Zusammenschluß aller wirklich demokratischen Kräfte und vor allem durch die Einigung der Arbeiter Deutschlands erreicht werden kann.

„Tägliche Rundschau“, Berlin, 26. 5. 1946

Handlanger des Verbrechens

In jedem Lexikon aus der Zeit der Nazi-herrschaft findet sich unter den Hinweisen auf die Verfechter jener Pseudowissenschaft, die die Nazis als „Rassenkunde“ kolporierten, der Name des Freiherrn Otmar von Verschuer. Er gehörte neben Fische, Clauf und anderen zu den eifrigsten Propaganstisten jener bewußten Irrlehre, die — brutaler und folgerichtiger durchgeführt als die Inquisition des Mittelalters — Millionen Menschen der Verfolgung und dem Untergang aussetzte. Der Herd, auf dem dieser teuflische Koch seine schein gelehrten Giftsuppen kochen konnte, war die Forschungsstelle für Physiologie in Berlin-Dahlem. Als Chef ihres Instituts für Anthropologie standen ihm alle Möglichkeiten zur Verfügung, unter bewußter Ausnutzung des langjährigen hohen Rufes der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, zu der das Institut gehörte, seine pseudowissenschaftlichen Lehren auszustrahlen und ihnen den Schein autonomer Wissenschaftlichkeit mit auf den Weg zu geben.

Es überrascht nicht, daß Verschuer die engsten Beziehungen nicht nur zu seinen deutschen faschistischen Auftraggebern hatte, sondern auch zu den Verderbern anderer europäischer Völker die Fäden zu ziehen wußte. Der belgische Faschistenführer Leon Degrelle war sein Busenfreund; er stand mit ihm im intimen Gedanken- und Gefühlsaustausch, schon lange bevor der belgische Verräter — mit dem Schandmal des Eichenlaubs dekoriert — zum offiziellen Verteidiger der deutschen Welt-eroberungswut aufgerückt war.

Die ergiebigste Verbindung* für seine schmutzige Arbeit im Dahlemer Institut schuf sich Verschuer über einen Mitarbeiter seines Laboratoriums. Mengele, Oberassistent in Dahlem und gleichzeitig Lagerarzt des Konzentrationslagers Auschwitz, sorgte für stets ausreichenden und frischen Nachschub an menschlichen Versuchspräparaten: Kistenweise langten von Auschwitz Augäpfel an und Blutproben von

ganzen Familien — angeblich Zigeunern —, die in Auschwitz eines „natürlichen“ Todes gestorben sein sollten. Unter eifriger Mitwirkung zahlreicher Angehöriger des berüchtigten „Rassenpolitischen Amtes der NSDAP“, die, obschon frei von jeglichen medizinischen Kenntnissen, um so besserer bemüht waren, die Rassenideologie „wissenschaftlich“ zu untermauern, wurde mit diesen Überresten der zu Tode Gemarterten in Dahlem experimentiert. Unermessliches Unrecht an der Menschheit fand von hier aus seine Nahrung; es wird Jahrzehnte dauern, bis der Schaden, den der Ruf der deutschen Wissenschaft durch dieses Institut erlitt, getilgt sein wird.

Es erscheint schlechterdings selbstverständlich, daß ein so bewußter Verbrecher wie Verschuer nach dem Ende des Hitlerreiches in sicheren Gewahrsam gebracht worden wäre, um dort die Stunde abzuwarten, wo er für seine Handlangerdienste am Massenmord zur Rechenschaft gezogen wird! Tatsächlich aber genießt der Freiherr in unbeschränkter Freiheit im westfälischen Sold die Pfründe seines Großgrundbesitzes. Wie es seinem Stande von jeher gebührte, genießt er dabei die Würde eines Abgeordneten für eine der zugelassenen demokratischen Parteien; es ist gewiß Zufall, daß er dabei die Sache der Christlich-Demokratischen Union zu der seinen gemacht hat, obschon sein Name zu weitbekannt ist, um als unbeschriebenes Blatt dort in Erscheinung treten zu können. Auch für seinen verdorbenen wissenschaftlichen Eifer fand er inzwischen ein neues Betätigungsfeld. Aus den wertvollen Apparaturen, die er bei seiner Flucht aus Berlin nach dem Westen zu entführen wußte, baut er ein neues Laboratorium auf. Nicht zufrieden damit, ist er hartnäckig bemüht, das Kaiser-Wilhelm-Institut in Frankfurt am Main unter seine Fittiche zu bringen.

Unter der gewissenhaften Obhut des neuen Leiters des Dahlemer Instituts für Physiologie, Professor Gottschalk, ist eine gründliche Sichtung und Sammlung der Versuchserschen Aufzeichnungen im Gange. Ihr Ergebnis verspricht, interessante Zusammenhänge aufzudecken. Es wird mit-helfen, die Widernatürlichkeit der nazistischen Rassentheorie zu entlarven und gleichzeitig ihre Verfechter zu brandmarken.

—dt

„Tägliche Rundschau“, Berlin, 23. 5. 1946

Warum die CSU in Würzburg verboten wurde

Würzburg, 5. Juni (DANA). Zu dem Verbot der CSU in Würzburg schreibt die „Mainpost“:

„Die CSU in Würzburg hat etwa 200 Mitglieder; es ist anzunehmen, daß dem Parteivorstand die politische Vergangenheit mindestens des größeren Teiles der Mitglieder bekannt war. Im Falle des politisch belasteten Wahlprüfers handelt es sich um einen Mann, der dem Parteivorsitzenden Dr. Duerr seit langen Jahren bekannt ist. Sowohl in der Beitrittserklärung des beanstandeten Wahlprüfers wie in der Kartei der CSU war ausdrücklich vermerkt, daß er seit 1933 der NSDAP angehört hatte. Gleichwohl wurde er vom Parteivorstand zum Wahlprüfer ernannt. Auch bei zwei weiteren Mitgliedern der CSU Würzburg ist ihre Zugehörigkeit zur NSDAP seit 1933 ausdrücklich in der Karteikarte der CSU vermerkt. Die Tatsache, daß der von der CSU ernannte Wahlprüfer politisch belastet war, wurde dann vom Wahlführungsausschuß der Stadt Würzburg festgestellt.“

„In der Generalversammlung der CSU, in der die Neuwahl des Vorstandes nach der Suspendierung des alten Vorstandes durch die Militärregierung stattfand, wurde vor der Wahl ein eingehender Bericht über die Vorgänge gegeben, die zur Suspendierung Dr. Duerrs geführt hatten. Gleichwohl wählte ihn die Generalversammlung einstimmig wieder zum ersten Vorsitzenden der Partei. Diese Haltung der Mitgliedschaft muß als ein offener Affront gegen die Militärregierung und die Absichten der bayrischen Regierung zur Säuberung des politischen Lebens von aktiven Nazis betrachtet werden.“

„Nacht-Expres“, Berlin, 5. 6. 1946

Monarchistische Westpartei

Herford, 5. April (SNB). Der Atlasdienst des Reuterbüros beschäftigt sich in einer längeren Abhandlung mit gewissen politischen Vorgängen in der englischen Besatzungszone Deutschlands. Die Meldung gibt die Existenz einer monarchistisch-nationalistischen Bewegung zu, die sich vor allem in der „Deutschen Aufbaupartei“ konzentriert. Diese „Aufbauparteiler“ — so heißt es in der Meldung — „sind Monarchisten. Sie haben in ihrem politischen Programm die Forderung nach einem Volksentscheid über die Errichtung der Mon-

archie aufgenommen, und einer ihrer Führer, ein gewisser Joachim von Ostrau, hat in Unterhandlungen mit Mitgliedern der früheren kaiserlichen Familie gestanden. Dieser von Ostrau ist ein Industrieller, der früher Textil- und landwirtschaftliche Interessen in Pommern hatte und jetzt Textilinteressen in der britischen Zone hat. Er war früher Mitglied der Nazipartei“.

Als ein weiterer Gründer der „Aufbaupartei“ wird von der Meldung Dr. Reinhold Wulle bezeichnet, bekannt als „Führer der antisemitischen Partei der zwanziger Jahre, die in ihren Zielen der hitlerischen Nazipartei nicht unähnlich war“.

Diesem Wulle sei von den Briten mitgeteilt worden, er müsse seine gegenwärtige politische Aktivität aufgeben, was sich allerdings auf ihn persönlich und nicht auf die Partei selbst bezieht. Die Partei dürfe sich örtlich organisieren und für die im Herbst stattfindenden Gemeindevahlen auch Kandidaten aufstellen. Diese Entscheidung, so heißt es in der Meldung weiter, sei „nach einer ausgedehnten Diskussion zwischen den Behörden der englischen Zone, und nachdem diese Angelegenheit nach London berichtet wurde, getroffen worden“.

Wie die Meldung weiter mitteilt, stellt die „Aufbaupartei“ eine Zusammenfassung mehrerer örtlicher Gruppen dar, von denen zwei Gruppen von der englischen Militärregierung nicht anerkannt worden seien, weil die Untersuchung gegen eine dieser Parteigruppen zu einer ganzen Anzahl von Verhaftungen geführt hatte.

In der Meldung wird ausgesprochen, daß es gefährlich ist, wenn solche schädlichen örtlichen Gruppen sich zu größeren Parteien verschmelzen und dann gesetzlich anerkannt werden. „Das Volk“, Berlin, 7. 3. 1946

Königspartei aufgelöst

München, 10. Mai (SNB). Nach einer Meldung der DANA-Agentur wurde die bayerische Heimat- und Königspartei am Freitag vom Chef der Münchener Militärregierung, Oberst Eugène Keller, mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

Die Partei, die sich die Wiedereinführung der Monarchie zum Ziele gesetzt hatte, wurde im Januar dieses Jahres für München zugelassen. Der Leiter der Abwehrabteilung der Militärregierung für Bayern, Major Peter Wacca, sagte in einer kurzen Stellungnahme zur Auflösung der Partei: „Die Partei wurde auf höheren Befehl aufgelöst.

Königliche oder monarchistische Umtriebe werden in Bayern nicht mehr erlaubt.“

„Der Morgen“, Berlin, 11. 5. 1946

Wulle will wieder

Hamburg, 12. März (F). Hier erstrebt die Christlich-Soziale Aufbaupartei ihre Zulassung. Vorsitzender ist Reinhard Wulle der bekannte antisemitische Alldeutsche und langjährige Herausgeber der „Deutschen Zeitung“ in Berlin vor der Hitlerzeit. Er war immer dort, wo die schwärzeste Reaktion ihre Parolen schmiedete. Bald spielte er sich als Freund des ehemaligen Kronprinzen auf, bald als „persönlicher Freund“ Hitlers. Bezeichnenderweise findet sich im Programm der neuen Wulle-Partei auch die Forderung: „Wiedereinführung der Monarchie in Deutschland“.

„Frankenpost“, Hof, 13. 3. 1946

Sabotage der Potsdamer Beschlüsse?

New York, 6. Mai (TASS). In einer Rundfunkansprache erklärte der ehemalige Finanzminister der USA, Morgenthau, er habe seit der Quebec-Konferenz im Jahre 1944 allen Ernstes vermutet, daß die einflußreichen amerikanischen und englischen offiziellen Persönlichkeiten die Erreichung des wahren Zieles, das später in den Potsdamer Beschlüssen zum Ausdruck gebracht wurde, zu sabotieren wünschen. „Wir haben unsere Verpflichtung nicht erfüllt, die Bevölkerung Westdeutschlands, der noch immer demokratische Ansichten vermittelt werden müssen, zu entnazifizieren und umzuerziehen, davon zeugen die alarmierenden Mitteilungen der Presse, die in den letzten Wochen erschienen sind. Schließlich haben wir bestimmte Maßnahmen hinsichtlich der 7000 bis 8000 Mitglieder des deutschen Generalstabes unterlassen, um sie daran zu hindern, irgendwann die Wiederherstellung des deutschen Heeres erneut zu versuchen.“

„Berliner Zeitung“, 7. 5. 1946

„Programmatische Erklärung“ des Deutschnationalen Schmidt, Hannover

Rendsburg, 6. Mai (SNB). Einem Bericht des DPD entnehmen wir, daß es im Kreise Schleswig-Holstein und Hannover bereits eine konservative Partei gibt. Die Kreisgruppe Rendsburg der sogenannten „Aufbaupartei“ hat sich der konservativen Partei angegliedert.

Diese ist jetzt mit einer „programmatischen“ Rede des letzten Vorsitzenden der früheren deutschnationalen Reichstagsfrak-



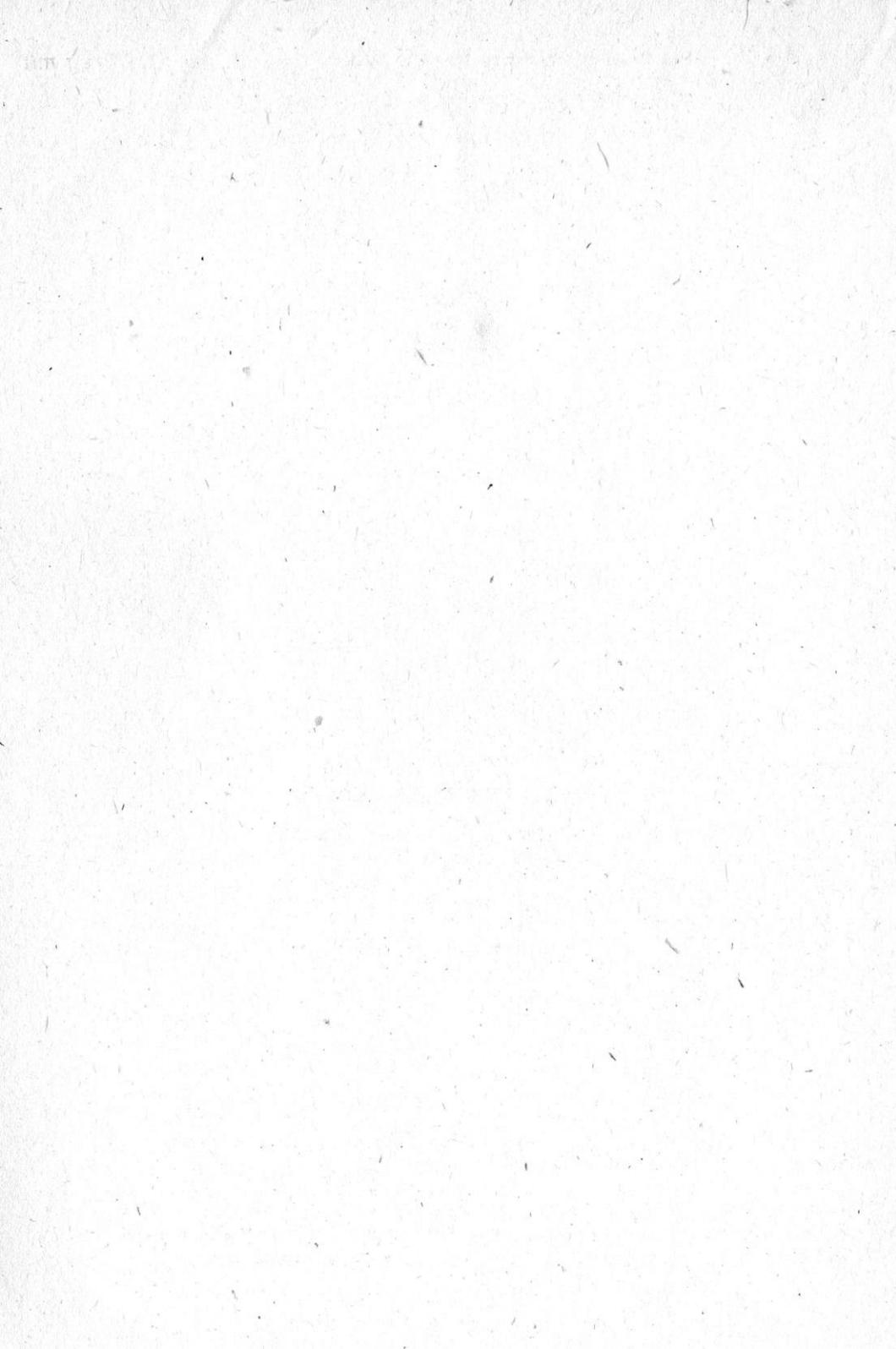
tion, Schmidt-Hannover, an die Öffentlichkeit getreten.

Schmidt propagiert darin u. a. die „Weiße Internationale“ des christlichen Konservatismus. Entschieden wendet er sich gegen jede Bodenreform, und meint in diesem Zusammenhang, wer gegen die vergangenen Rechte eifere, der sei hoffnungslos verkalkt.

„Ehrendes“ Lob für Einheitsgegner

Schmidt begrüßte die Gegner der Einheit der Arbeiterklasse innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in den westlichen Besatzungszonen. Schmidt trat am Schluß seiner Rede für den „heimatbewußten Föderalismus“ ein.

„Berliner Zeitung“, 7. 5. 1946



Bis 1944: Leutnant und Feldmarschall. Der „beste“ Soldat der Welt mit den besten Waffen der Welt von den Göring-Werken aus der Butter des Volkes gefertigt, Maßuniformen, scharfe Hüter der Grußpflicht auch gegenüber Schwerverwundeten, alleinige Weltpächter des Heldentums, Eisenbeißer, Leicaträger (beliebtes Aufnahmemotiv: Massenexekutionen), Rassenaufbesserer, gibt Hochpolitik in knapper und endgültiger Form von sich, Vorzugsanwärter auf Rittergut im Baltikum oder auf der Krim.

Mai 1945: Lebenbleiben wie das Sterben für das Vaterland ist süß. Pensionär (möglichst bis zur letzten Patrone), verhaltenes Kommando. Als Entlassener: Sehr klein, meist unsichtbar. Wo angebracht, Schulterklopfen, leutseliger, alter Kamerad, hat sich nie um Politik gekümmert, nur Befehle ausgeführt. Von Adolf dem Anstreicher nie was gehalten.

1946: — — — — — — — ?

Das Kinderliedchen

Man möchte meinen, daß man in München heute wieder die Lieder vom Edelweiß, Almenrausch und Enzian, vom Hofbräuhaus, das in München steht, und vom „alten Peter“ lieber singt als die ausgedienten Schlachtgesänge von blauen und anderen Dragonern.

Um so überraschter müssen die Münchner gewesen sein, als ihnen vor wenigen Tagen, wie die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt, genau am 438. Tage der Besatzung, aus dem Lautsprecher während der „Musik zur Morgenstunde“ vom Landessender München das Liedchen entgegenschallte: „Wer will unter die Soldaten, der muß haben ein Gewehr!“

Man gestatte die Frage, wer denn da in München heute noch, oder heute schon wieder, unter die Soldaten will?

Der Sender München möchte sich damit entschuldigen, es handele sich hier nur um ein harmloses Kinderliedchen. Aber hierzu bemerkt die „Süddeutsche Zeitung“ sehr richtig, man vergesse dabei offenbar, daß man das Gift des Militarismus gerade in Deutschland schon den kleinen Kindern mit der Muttermilch einträufelte. Mit Papierhelmen, Bleisoldaten, Spielgewehren und harmlosen Kinderliedern fing es an. Mit dem höllischen Inferno der Maitage des vergangenen Jahres hörte es auf.

Wir gehen kaum fehl, wenn wir annehmen, daß auch in München vorläufig die alle sind, welche unter die Soldaten wollen und zu diesem Behufe ein Gewehr in die Hand gedrückt bekommen wollen, selbst wenn es nur ein Spielgewehr wäre. Igl.

„Tägliche Rundschau“, Berlin, 20. 8. 1946

Was war die Korpsgruppe von Stockhausen?

In den letzten Tagen des Krieges strömten die geschlagenen deutschen Armeen, getrieben von den englischen, amerikanischen und russischen Heeren, in den nordwestdeutschen Raum als ihre letzte Zufluchtstätte. Nach der Kapitulation befanden sich Hunderttausende von deutschen Soldaten in diesem Gebiet. Die englische Militärregierung stand vor einer verantwortungsvollen, riesigen Aufgabe. Nach der Entwaffnung, die nur wenige Tage in Anspruch nahm, entschloß sich die englische Militärregierung zu folgendem: es wurde die Errichtung von zwei großen Internierungsgebieten mit Selbstverwaltung in Schleswig-Holstein befohlen, und zwar das Gebiet F (Korpsgruppe von Stockhausen) und das Gebiet G (Korpsgruppe Witthöft).

Alle Befugnisse wurden den deutschen Offizieren für die Verwaltung und Aufrechterhaltung der Ordnung übergeben. Damit fing die Wehrmacht an, sich zu reorganisieren. Mit Begeisterung ging das faschistische Offizierkorps daran, den alten preußischen Militarismus und den damit verbundenen Kadavergehorsam wieder im alten Glanz erstrahlen zu lassen. Die Reaktion versuchte schon in den ersten Tagen nach dem Zusammenbruch des „Tausendjährigen Reiches“ auf diesem Boden Wurzel zu schlagen.

Trotz der Anordnungen der Besatzungsmächte, den Militarismus vollständig auszurotten, trieb er hier seine üppigsten Blüten weiter. Um den Anschein zu erwecken, man habe sich auch seitens der deutschen Offiziere vom Nationalsozialismus und Militarismus losgesagt, schaffte man beim Aufbau und bei der Gliederung des Internierungsgebietes der sogenannten Korpsgruppe von Stockhausen die militärischen Einheitsbezeichnungen ab und unterteilte in Hundertschaften, Wirtschaftsbereiche, Abschnitte. Es dauerte nicht lange, und schon gab es wieder Kompaniechefs, Bataillonskommandeure und so fort.

Allein dabei blieb es nicht, sondern die Wiederanlegung der Dienstgradabzeichen wurde befohlen. Ja, es mußte sogar begrüßt werden. Zwar nicht durch den Deutschen Gruß, aber durch die militärische „Ehrenbezeugung“. Gewundert hätte man sich nicht, wenn der Nazigruß angeordnet worden wäre. Für die Wahrung der soldati-

schen Disziplin wurden Kriegsgerichte eingesetzt. Das Militärgesetzbuch bestand weiter. Verließ man die Truppe, dann wurde man wegen Fahnenflucht (!) bestraft. Bemerkenswert war die Schaffung einer bewaffneten Ordnungsmarine. Denn die benötigte Feldgendarmarie durfte nicht fehlen. Die Wehrmacht war wahrhaftig neu erstanden.

Für die Herren Offiziere war es die letzte Möglichkeit, den Offizier und damit den großen Mann zu spielen. Diese Gelegenheit wurde auch gehörig ausgenutzt. Allem voran: die Intendanturbeamten. Sie kümmerten sich wenig um ihren schon schlechten Ruf und betrieben ihre Schiebergeschäfte zur Bereicherung ihrer Taschen auf Kosten der Landser mit verstärktem Eifer weiter. Diese Herren merkten nicht, daß wir einen Krieg verloren haben. Für sie war die Internierung ein Schlemmerleben, sie praßten wie vorher. Einige dieser Herren schafften so viel beiseite, daß sie jetzt und wohl noch einige Jahre davon gemütlich leben können. Die Herren Offiziere hielten sich selbstverständlich auch einen Burschen und ärgerten sich sehr, wenn sie ein Zimmer mal mit einem anderen Herrn teilen mußten. Doch die Landser hausten in notdürftig aufgebauten Stallungen und Scheunen eng beieinander.

Politisch hatten die Herren Offiziere ehrgeizige Ziele für die Zukunft. Durch Verbreitung von Gerüchten, die gegen die Sowjetunion gerichtet waren und einen Krieg der Westmächte gegen Rußland herbeiwünschten, versuchten sie die Landser für sich zu gewinnen und — soweit wie sie in der russischen Zone beheimatet waren — sie von einer Rückkehr in diese Zone abzureden, ja, sogar an einer Entlassung nach hier zu hindern. Die Herren überlegten ganz richtig, daß sie mit der Entlassung aller internierten Soldaten ihre Daseinsberechtigung verlieren und das schöne Leben auf Kosten anderer aufhören würde. Nur in einem Krieg zwischen den Siegermächten sahen sie die große Chance, sich wieder Machtpositionen zu verschaffen und ihre unheilvolle Rolle in Deutschland zu spielen.

Besonders aktiv bei der Herstellung von üblen Gerüchten war das Offizierslager Putlos. Hier waren alle Offiziere versammelt worden, die keinen Posten im Internierungsgebiet abbekommen hatten. Stolz nannten sie sich „Offiziersreserve“. Wurden einge-

setzte Offiziere im Rahmen der allgemeinen Entlassungen in ihre Heimat entlassen, dann wurde von Putlos der Ersatz angefordert.

Als im Dezember 1945 bekannt wurde, daß das Gebiet F bis 20. Januar 1946 aufgelöst und bis dahin alle Soldaten entlassen werden sollten, war die Existenz der Militärclique bedroht. Sie versuchte daher, sich solange wie möglich in ihrer Position zu halten. Es wurden Abwicklungsstäbe gebildet. Hatten die Abwicklungsstäbe ihre Arbeit beendet, dann sollten wieder neue Abwicklungsstäbe die alten Abwicklungsstäbe abwickeln und so fort. Aber Gott sei Dank machten die Engländer dem Treiben ein Ende und lösten das Gebiet innerhalb weniger Tage auf. Was von den Landsern noch nicht entlassen war, kam in Sammel-lager. Wer von der reaktionären Offiziers-clique sich noch keine gute Zivilstellung in der westlichen Zone besorgt hatte, ging nach Hamburg zum Wehrmachtstab „Nord“ (!) oder ließ sich — wenn er in der russischen Besatzungszone beheimatet war — auf krummen Touren nach der englischen oder amerikanischen Zone entlassen.

Das war die Korpsgruppe von Stockhausen. Seien wir wach, damit der preußische Militarismus nie mehr seine verderbliche Tätigkeit in unserem Vaterland entwickeln kann
W.

Das letzte Reservat des Nazismus

Weitere Briefe aus „Stockhausen“

Kürzlich veröffentlichten wir die Zuschrift eines Lesers, mit der er uns von seinen Erlebnissen im holsteinischen Internierungsraum der Wehrmacht bei der „Korpsgruppe Stockhausen“ berichtete.

Nunmehr erhielten wir weitere Zuschriften, die das volle, erschütternde Ausmaß dieser reaktionären Militäristenherrschaft erkennen lassen, die keineswegs unter den Hemmnissen erzwungener Illegalität zu leiden scheint. Diese Berichte werden trefflich durch Meldungen über „Marinegerichte“ in Kiel und anderen Städten ergänzt, die immer noch „Fahnenflüchtige“ verurteilen und in ganz Deutschland „Fahndungsbriefe“ herumschicken, als ob sich im vergangenen Jahre überhaupt nichts geändert hätte. Aus diesen Nachrichten kristallisiert sich die Erkenntnis einer ersten Gefahr für unsere junge Demokratie durch eine neu auf-

gelegte Reaktion, die Holstein als einen ihrer Stütz- und Ausgangspunkte benutzt.

Das wesentlichste Merkmal der Offiziers-clique dort in Holstein war, daß sie sämtlich als der Hort der finstersten Reaktion anzusprechen waren. Sie verbargen dies auch keineswegs nach außen.

Die Grußpflicht (man überlege: unter Gefangenen!!!) war eine Tragödie ersten Ranges. Ich selbst habe es erlebt, wie auf einer Dorfstraße ein ungefähr 25jähriger Leutnant einen etwa 55jährigen Landser, weil er nicht grüßte, derartig „fertig machte“, daß der alte Mann weinend zusammenbrach.

Unvorstellbare Korruption

Nicht nur durch Reaktion, sondern auch durch eine Korruption allergrößten Ausmaßes zeichnete sich die „militärische Führerschicht“ aus. Offiziere und Beamte saßen beim Bauern in der Küche, tranken Milch, aßen Brot, Schinken und Butter und warfen die um etwas Magermilch bittenden Landser heraus, weil das „Betreten der Häuser verboten“ war. — Das Maß der Korruption ist unvorstellbar. Schreibmaschinen, das Büromaterial ganzer Stäbe, komplette Ausrüstungen, Geräte bis zum LKW — und Anhänger, Bekleidung —, kurz, es gab nichts, was nicht verschoben wurde. Heute noch haben die Bauern auf Jahre hinaus die Dinge aufgespeichert, die wir uns vorläufig nicht anschaffen können ... Wandte sich tatsächlich mal ein Landser, dem der Kragen platze, an eine höhere Dienststelle (denn er mußte ja den „Dienstweg“ einhalten), so erfolgte eine vorher angekündigte Untersuchung durch den Offizier der höheren Dienststelle, der natürlich auch schob — und alles war in bester Ordnung! Wer dies alles selbst miterlebt hat, vergißt es nie, und es könnte einem noch übel werden, wenn man an diese Kreaturen in Tressen denkt. Jeder, der dies miterlebt hat, ist gründlich vom Soldatenfimmel geheilt.

Antisowjetische Gerüchte

In welcher Weise diese Herren arbeiteten, um möglichst lange in dem Genuß ihrer „Gefangenschaft“ zu bleiben, kennzeichnet am besten folgendes: Ende des vorigen Jahres wurden Transporte zusammengestellt, die direkt in die russische Zone bzw. nach Berlin gingen. Kaum waren die ersten Transporte abgegangen (die Männer konnten kaum aus den Entlassungslagern fort sein), ging



wie ein Lauffeuer die Parole herum, daß die Züge mit den Kameraden nie in Berlin angekommen seien. An den Zonengrenzen seien die Transporte von den Russen abgefangen, die Soldaten ihrer Habseligkeiten beraubt und via Sibirien weitergeleitet worden. Die Stabsintendanten und Offiziere wußten dies so „kameradschaftlich“ und bieder mitzuteilen, daß beim nächsten Trans-

port die meisten sich nicht meldeten, sondern sich vornahmen, in das britische Gebiet zu gehen, um dann schwarz über die grüne Grenze zu kommen. (Jeder weiß, unter welchen Schwierigkeiten diese Kameraden sich dann die Zuzugsgenehmigung und die Lebensmittelkarten erkämpfen mußten.) Als nach einer Weile die Nachricht durchsickerte, daß die Kameraden weder ausge-

plündert noch nach Sibrien geschickt wurden, sondern in Berlin gelandet waren, hatten die Offiziere ihren Zweck bereits erreicht: Der Meldetermin für den nächsten Transport war verstrichen. Wieder konnten diese Hyänen durch das Leid ihrer Kameraden ihre eigene Stellung eine Weile länger halten.

Wie weit die Skrupellosigkeit dieser „Herren“ ging, dafür besonders prägnante Beispiele: Weihnachten 1945! Ort der Handlung: eine Scheune in einem kleinen Dorf. Es ist Heiligabend, und um 18.00 Uhr ist „Antreten“ befohlen worden. Viele der Männer haben noch keine Nachricht von ihren Lieben, und dementsprechend ist auch die „Weihnachtsstimmung“. — Der Herr Major Will (man muß sich diesen Namen genau merken!) kommt mit einem Wagen vorgefahren und hält die Weihnachtsansprache: Nach einigen Erinnerungsworten an ein Weihnachten des ersten Weltkrieges („damals lag Deutschland auch so danieder, und doch sind wir wieder stark und mächtig geworden ...“) legt er los, daß uns Hören und Sehen vergeht. Zuerst und vor allem reitet er eine scharfe Attacke gegen die Russen und hofft, nun — wir wissen schon worauf! Die armen Nazis werden nicht vergessen. Zum Schluß kommt aber etwas Ekelhaftes: Den Männern, die dort um das Leben und das Wohlergehen ihrer Lieben bangen (er weiß, wie es seiner Familie geht), macht er Mut mit folgenden Worten: „Wenn einer sagt, daß in Berlin was in Ordnung ist, dann muß man ihn in die Fresse schlagen!“ Man muß sich in die Situation des einzelnen Landers hineinversetzen, um dieses Übermaß von Gemeinheit zu begreifen. Hier schlägt diese schmutzige Kreatur, die bisher fremdes Leben in das Feuer hineingejagt hat, politisches Kapital aus der Sorge, der Not und dem Elend der Kameraden. Jede Frau also, die dem Krieg und dem Naziterror entronnen war, der die Kinder noch am Leben geblieben sind, der vielleicht sogar die Wohnung erhalten blieb und die dem Mann nun aufatmend schreibt: „Bei uns ist soweit alles in Ordnung“ — dieser Frau müßte man „in die Fresse schlagen“!

Einen bemerkenswerten Ausspruch tat er noch, der uns zu denken geben soll: „Verlassen Sie sich darauf, ich werde wieder in die Politik hineingehen und dann —“ Was dann geschehen sollte erfahren wir nicht, aber wir können es uns schon denken. Wir

„Stockhausener“ kennen diese Wills und werden auf sie achten! Die Welt ist nicht in ein Blutbad ohnegleichen gestürzt worden, damit diese Herren schon wieder ein drittes Mal beginnen können.

Totengräber der Demokratie

Wir brauchen uns nicht zu wundern, daß gerade in den westlichen Zonen die Schatten der Reaktion riesengroß wachsen — bilden doch diese Majore Will und diese entthronten Bataillons-Kommandeure eine drohende Gefahr für jedes erwachende demokratische Leben. — Sie wollen ja auch bewußt die Totengräber eines demokratischen Staates sein, da in einem solchen ihr Weizen nicht blühen kann. Wir können uns noch gut an die Zeiten der „Schwarzen Reichswehr“ und der Femeprozesse erinnern, wir vergessen sie nicht! Nie aber dürfen wir es je zulassen, daß solche „Wills“ wieder auf das politische Leben Einfluß gewinnen und sich irgendwo aktivieren. — Wo diese Männer auftauchen, erhebt die Reaktion das Haupt!

Wenn wir aus der Korpsgruppe von Stockhausen gelernt haben, wohin uns ein Rückfall in die Reaktion bringen würde, dann ist das Jahr in Holstein nicht zu teuer bezahlt.

Hermann Stubbe, Berlin SW 68.

„Berliner Zeitung“ 19. 5. 1946

„Fahnenflucht“ erneut bestraft

Der Oberstaatsanwalt in Flensburg macht Nazijustiz

Frankfurt a. M., 23. Mai (PZ). Unerhört ist die Tatsache, daß heute noch ein Mann im Gefängnis sitzt, der wegen unerlaubter Entfernung von der Truppe von einem Nazikriegsgericht bestraft wurde. Der Buchbinder Heinz Bauer, Frankfurt a. M., Schopenhauerstraße 25, wurde im Februar 1944 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach dem Einmarsch der alliierten Truppen wurde die Strafe von einem englischen Militärgericht auf 1½ Jahre herabgesetzt, so daß noch eine Strafe von 111 Tagen verblieb. Dennoch wurde Bauer entlassen.

Am 21. März 1946 wurde Bauer erneut verhaftet und am 5. April 1946 von zwei Beamten von dem Gefängnis Frankfurt nach Bremen-Oslebers zur Verbüßung der Reststrafe gebracht. Trotz eines Gnadengesuches seiner Frau, die ihrer Niederkunft entgegensteht, ist noch keine Freilassung erfolgt.

Es gehört zu den erbärmlichsten Vorfällen in der jetzigen Justiz, daß ein Mann, der aus keinerlei kriminellen Motiven die Nazi-

armee verließ, auf Wunsch des Oberstaatsanwalts in Flensburg und mit Hilfe anderer Justizstellen weiter seiner Freiheit beraubt ist.

Viele Kriegsverbrecher sind bisher nicht gefunden worden, Männer, die den Tod über Hunderttausende gebracht haben. Solche Gerichte haben aber keine anderen Sorgen, als einen Menschen zu verfolgen, der beitragen wollte, den Krieg zu beenden.

„Vorwärts“, Berlin, 25. 5. 1946

Nazijustiz in Kiel und Flensburg

Ehemalige antifaschistische Marineangehörige in ganz Deutschland erhalten Verhaftungsbefehle

Moskau, 30. Mai (TASS). Die Zeitung „Krasny Flot“ schreibt in einem ihrer Artikel, daß die deutschen Marinegerichte in der britischen Besatzungszone auch weiterhin die Interessen der imperialistischen Ordnung wahrnehmen. Für sie bedeutete die bedingungslose Kapitulation Deutschlands nur eine kurze Unterbrechung in der Ausübung ihrer „Dienstpflichten“.

Die deutschen Marinegerichte registrieren alle Seeleute, die durch den Zusammenbruch des Faschismus vor den Nazikerkern bewahrt wurden, revidieren alte Urteile und erlassen neue. Ein Beispiel:

Gottfried Meyer war ein antifaschistischer Arbeiter, im Kriege wurde er zu einem antifaschistischen Kriegsmarineangehörigen. Die Gestapo spürte ihn auf. Er wurde vor ein Kriegsgericht gestellt und zum Tode verurteilt. Die Todesstrafe wurde dann in 15 Jahre Zwangsarbeit umgewandelt. Durch den Zusammenbruch des nazistischen Deutschlands wurde Meyer aus dem Gefängnis befreit und kehrte wieder als Mann der Arbeit ins Leben zurück.

Kürzlich erhielt Meyer, der in München ansässig ist, aus Flensburg eine gerichtliche Vorladung von der Dienststelle „Marinegericht — Auffangstelle Flensburg-Mürwik“. Das Marinegericht brachte Gottfried Meyer darin zur Kenntnis, daß sein Fall neu aufgerollt wurde, und daß das Zwangsarbeitsurteil in zwei Jahre Gefängnis verwandelt wurde, auf welche die Zeit, die er bereits in Haft verbrachte, anzurechnen ist.

Dies ist kein Einzelfall, so erklärt die Zeitung „Krasny Flot“. Auch in Kiel gibt

es ein Marinegericht. Die gegen ehemalige Marineangehörige, die seinerzeit von den nazistischen Behörden auf schwarze Listen gesetzt wurden, erlassenen Haftbefehle werden in ganz Deutschland versandt. Die deutschen Marinegerichte stehen auch in Verbindung mit dem Stockhausen-Korps.

Wie ist es möglich, daß in der britischen Besatzungszone Deutschlands noch Marinegerichte existieren, wenn die deutsche Kriegsmarine mit all ihren Organisationen und Organen beseitigt und abgeschafft wurde? fragt „Krasny Flot“ abschließend.

„Vorwärts“, Berlin, 31. 5. 1946

Aus dem Lande Stockhausen

Der Artikel „Das letzte Reservat des Nazismus“ in unserer Ausgabe vom 19. Mai der sich mit dem Weiterleben des Militarismus und Faschismus in Gestalt des „Korps Stockhausen“ in Schleswig-Holstein befaßt, hat uns eine große Anzahl Zuschriften eingebracht: solche, die Empörung über die geschilderten Zustände zum Ausdruck bringen, solche, die den Bericht bestätigen und ergänzen, aber auch solche, die nicht glauben, daß etwas Derartiges nach dem Zusammenbruch des deutschen Militarismus noch möglich ist.

Von einem Leser aus Flensburg erhalten wir ein Dokument zugesandt. Es ist s. phantastisch, daß wir es wortgetreu wiedergeben:

Ortslazarett II
— Chefarzt —

23. 11. 45

Ich bestrafe mit drei Tagen geschärften Arrest , weil er einem Offizier gegenüber auf der Straße keine Ehrenbezeugung erwies OberfeldarztHauptfeldwebel.“

Das ist stockpreußischer Militarismus bester Qualität und dabei mit dem Datum vom 23. November 1945. Der schwergeprüfte Landser, der einmal durch die Mühle einer preußischen Kaserne hindurchgedreht wurde, wird sachverständig feststellen: Da ist alles dran! Der Einsender schreibt dazu: „Es gibt bestimmte Leute, die Ihren Artikel als übertriebene Zeitungsmache ansehen. Diesen können Sie dann den beifolgenden „Strafnoten“ unter die Nase halten. Die Echtheit steht außer Zweifel.“

„Berliner Zeitung“, Juni 1946



Brief eines „Deserteurs“

Den nachfolgenden Beitrag, der unserer „Freien Diskussion“ zur Verfügung gestellt wurde, veröffentlichen wir aus begrifflichen Gründen ohne Adressenangabe.

Ihre Artikel über die in der englischen Besatzungszone befindlichen Kriegsgefangenen-Einheiten treffen den Nagel auf den Kopf. Auch ich kann ein Lied von diesen Transportkompanien singen, und es klingt wie ein echter Marsch von Hermann Nielebock. Sie werden staunen: Ich bin ein „Deserteur“ der 657. „German-Transport-Companie“ (Sitz in Neunkirchen, Krs. Soltau), und wegen dieses „Delikts“ bin ich im Jahre 1946 zum Tode verurteilt worden. Denn lt. Kompaniebefehl unseres „Captains“ (Major) Liehr steht auf Desertion „die Todesstrafe“.

Als Schreiber im ersten Zug der 657. habe ich mehr hinter die Kulissen dieser Wehrmächteinheiten schauen können als mancher andere. Die Einheit — in Stärke von 450 Mann — ist zum größten Teil zusammengestellt aus zwangsrekrutierten Leuten, die in der russischen Zone beheimatet sind. Von vornherein wurde uns in Kompaniebefehlen durch den „Captain“ eingebleut, daß der „preußische Geist“ bestehenbleiben müsse. Das Heimweh von uns Zwangsrekrutierten wird in den Kompaniebefehlen durch den Hinweis auf die „Zustände in der russischen Zone“ zerstreut. Streng wird auf die sogenannte „Offizierschere“ gesehen. Preußens Gloria in Reinkultur: Offizierskasino, Offiziersabende, Ordonnanzen, Putzer usw. Die Mannschaften werden vom „Führerkorps“ schlimmer tyrannisiert als vom schlimmsten Hauptfeldwebel. Es regnet förmlich Strafen und Verbote. So ist es z. B. verboten, sich einen zivilen Haarschnitt zuzulegen (Kompaniebefehl 34/46 Ziffer 4). Wir dürfen uns nur vom Kampaniefrisör, der früher einmal Putzer beim „Captain“ Liehr war, die Haare schneiden lassen.

Während die Mannschaften geschurigt werden machen unsere Offiziere die widerlichsten Geschäfte und leben besser als in der schönsten Etappenstadt. „Captain“ Liehr, stets ein blitzendes Monokel im Auge, ließ seine Familie aus der Russenzone kommen. Auch die anderen Offiziere, wie z. B. Stabsintendant Lehmann und Oberleutnant Faring, folgten seinem Beispiel. Sie haben freie Verfügung über Fahrzeuge und

Sprit und verdienen sich ein Vermögen durch Schiebereien mit Benzin und Kartoffeln. Unsere Dienststuhren und die Radioapparate, die bei der Kapitulation uns abgenommen wurden, verhandelte Hauptmann Grubitz — Zugführer der 1. Platoon und Pg. seit dem Jahre 1928 — in Oldenburg auf dem schwarzen Markt. Das Tollste dabei ist, daß diese Schieber und Drohnen ein Gehalt in Höhe des zweieinhalbfachen Wehrsoldes erhalten. Das bedeutet, daß z. B. ein Leutnant im Monat rund 500 RM auf den Tisch gezahlt bekommt. Daß unter diesen Umständen die Offiziersstellen überbesetzt sind, ist wohl nicht verwunderlich.

W. B.

„Berliner Zeitung“, 28. 7. 1946

So etwas gibt es wirklich noch!

Das Bezirksamt Köpenick erhielt kürzlich das folgende Schreiben:

Gericht der 1. Minenräumdivision

— JI 157/45 —

Kiel-Friedrichsort, den 29. 3. 1946

An den

Herrn Bürgermeister als Ortspolizeibehörde
in Berlin-Oberschöneweide

Zu einem hier anhängigen Strafverfahren wird angefragt, ob sich der Verw.-Gfr. Heinz Hahn, geboren am 12. Jul. 1927 in Köben/Steinau, dort aufhält bzw. sich dort angemeldet hat.

Um schnellste Hergabe der ladungsfähigen Anschrift des Vorbezeichneten wird gebeten.

gez. Dr. Reich

Marineoberstabsrichter

Beglaubigt:

Marinejustizinspektor

Daß die Deutschen die Minen, mit denen sie die Gewässer der Ost- und Nordsee verseucht haben, wieder wegräumen müssen, um der friedlichen Schifffahrt und Fischerei das Meer wieder frei zu machen, ist nicht mehr als recht und billig. Daß dazu Minensuchboote erforderlich sind, ist klar.

Erstaunlich wirkt aber, daß es in Kiel noch eine ganze Minenräumdivision gibt, daß diese noch ein eigenes Divisionsgericht mit einem Marineoberstabsrichter, mit Marinejustizinspektoren und allem sonstigen Zubehör besitzt, und daß dieses Gericht obendrein noch die Unverschämtheit hat, Strafverfahren gegen friedliche Staatsbürger durchzuführen, die mit dem Hitler-

schen Militarismus nichts mehr zu tun haben wollen. Sollte es in Kiel keine Trümmer geben, bei deren Aufräumung diese Herren endlich einmal nützliche Arbeit im Interesse des von ihnen ins Unglück gestürzten deutschen Volkes lernen könnten?

„Vorwärts“, Berlin, 14. 5. 1946

„Dann war Auschwitz ein Paradies . . .“

Vielleicht ist es späte Erkenntnis, vielleicht späte Reue, was den ehemaligen Major Martin Schmidt dazu bewog, gründlich umzusatteln. Jedenfalls, aus dem grimigen Haudegen wurde ein sehr frommer Theologiestudent an der Universität Erlangen. (Vielleicht ist es auch deswegen, weil man dermaleinst hinter einem schlichten Pfarrergewande keinen Kriegsverbrecher suchen wird?)

Man weiß nichts Genaues. Man weiß nur, daß dieser ausgediente Major kürzlich in Erlangen erklärte, es sei zweckmäßig, eine Offiziersvereinigung zu schaffen, „um durch Wort und Tat Angriffe auf Offiziere in entsprechender Form zurückzuweisen“. Dieses vermeldet nicht nur die in Hof erscheinende Zeitung „Frankenpost“, dies schreiben auch viele andere süddeutsche Zeitungen.

Gegen welche Angriffe aber haben sich die schneidigen Offiziere bzw. frommen Theologiestudenten in Erlangen zu verteidigen? In der „Frankenpost“ heißt es weiter, daß die Erlanger Studenten ihre jüdischen Kommilitonen unverschämte beleidigen. So erklärte ein „Kommilitone“ Schmidts, der ehemalige Oberleutnant und politische Ausbildungs-offizier Karl Theodor Schwarz: „Wenn ich auch jetzt mein Maul halten muß, einmal werde ich diese Kerle wieder an die Kandare nehmen können. Dann war Auschwitz ein Paradies.“

Die Bestien auf der Nürnberger Anklagebank haben sich wenigstens bemüht, Abscheu zu heucheln, als ihnen das Verbrechen von Auschwitz in Wort und Bild vorgehalten wurde. Erlangensche „Studenten“ aber, um nicht zu sagen verkrachte Existenzen, brüsten sich dagegen heute noch jenes schauerlichen Verbrechens.

Und die hohe Bayerische „Staatsregierung“? „Frankenpost“ bemerkt dazu: „Bisher ist zu diesen Äußerungen weder eine Warnung verfügt noch eine Untersuchung eingeleitet worden.“ Igl.

„Tägliche Rundschau“, Berlin, 3. 8. 1946

Er trocknete Hitlerfahnen

Unverschämtheiten eines deutschen Minenräumboot-Kommandanten

Nach einer Pressemeldung wurde der Kommandant eines deutschen Minenräumbootes, das in den niederländischen Gewässern zur Räumung von deutschen Minen eingesetzt ist, verhaftet. Der Grund für die Inhaftnahme war, daß dieses Minenräumboot am Geburtstag des „Führers“ Hakenkreuzflaggen gehißt hatte. Als Entschuldigung gab dieser Kommandant an, daß er nur die Flaggen waschen lassen und dann zum Trocknen gehißt habe.

Eine solche „Entschuldigung“ ist eine unverschämte Provokation! Der so sehr auf „Reinlichkeit“ bedachte deutsche Kommandant ist bestimmt nicht so dumm, daß er nicht eine plausible Entschuldigung für seine „Flaggenparade“ wüßte, aber offenbar fühlte er sich sehr sicher, so daß er sich zu der Frechheit des Flaggens auch noch die Unverschämtheit einer solchen „Entschuldigung“ leistete. Männer dieses Schlages gehören sofort hinter Schloß und Riegel. Sie tragen durch ihr provokatorisches Verhalten dazu bei, die Bemühungen des neuen Deutschlands um eine saubere antifaschistische Gesinnung in den Augen der Welt immer wieder zu diskreditieren.

„Sächsische Zeitung“, Dresden, 6. 5. 1946

Als ob nichts geschehen wäre . . .

Militaristische Propaganda in Zehlendorf

Über die Notwendigkeit, militaristisches Gedankengut aus den Köpfen unserer Jugend zu entfernen, gibt es keine Diskussion. Sonderbar sind aber manchmal die Methoden, die zur Erreichung dieses Zieles angewandt werden.

In der letzten Juniwoche berichtete auf einer Veranstaltung des Kulturkreises Zehlendorf (einer Arbeitsgemeinschaft des dortigen Jugendausschusses) ein Herr Büchner über eine Reise nach Jugoslawien, die er im Jahre 1939 gemacht hatte. Dieser Bildbericht über Jugoslawien schien jedoch nur Tarnung zu sein, denn im Anschluß daran wurde trotz Protestes einer ganzen Anzahl Jugendlicher eine Reihe Bilder aus der glorreichen Soldatenzeit Herrn Büchners vorgezeigt. U. a. wurden gezeigt: Bereitstellung deutscher Infanterie vor dem Angriff, deutsches Lagerleben, brennende russische Dörfer und Städte und die Division Großdeutschland auf dem Marsch.

Das Glanzstück dieser Sammlung war eine Aufnahme von der Sprengung eines Lenin-Denkmal durch deutsches Militär. Kein Wort der Verurteilung der Verwerflichkeit der Methoden der Hitlerarmeen begleitete diese Vorführung. Uns scheint das eine sonderbare Methode des Kampfes gegen den Militarismus zu sein. Wir glauben, daß eine Fühlungnahme des Zehlendorfer Jugendausschusses mit dem Hauptjugendausschuß beim Magistrat Berlin den Einsatz solcher Jugenderzieher unmöglich machen wird.

„Vorwärts“, Berlin, 8. 8. 1946

In einer Buchhandlung am Kurfürstendamm steht folgendes Werk zum Verkauf: „Das Bildnis Friedrichs des Großen“, herausgegeben von Arnold Hildebrand, erschienen 1940 im Nibelungen-Verlag, Berlin, mit einem Geleitwort von Hermann Göring, Preis früher 30 RM, jetzt 140 RM.

Frage: Wer wertet hier auf? Und warum? Etwa wegen der Mitarbeit des Herrn Hermann „Meier“ aus Nürnberg?

„Ulenspiegel“, Juniheft 1946

1944: *Schneidige Erscheinung auf Zack. Landwachtoberführer, Kreisbauernführer, Landrat oder Duzfreund desselben. Osthilfe-Großempfänger, Luxushotelbesucher, Kriegsgefangenen-schinder. Blut- und Boden-Kultler. Mindestens einen Sohn auf Ordensburg, überzählige Tochter auf Reichsbräuteschule. Jagdfrühstückgeber für Ritterkreuzträger. Reichsjägermeister-Ergebnisadressen-Absender. Jus-primae-noctis-Brauchturns-Pfleger, Dolchstoßlegendler, Bückeberger, Speckwährungspraktiker, Deutschgrußnarr, Motortreck-Karawanenführer.*

Mai 1945: *Meist in sicheren Spezial-Alpenkurdörfern oder in Luxusalmhütten. Nur einfacher Knollfink. Speck- und Fettlagerhalter, Brieftaschentresortträger, strammer Westzonler.*

1946: — — — — — ?

Für Monopolherren keine Zonengrenzen

Vor kurzem erst erreichte uns die alarmierende Nachricht, daß einer der bekanntesten westdeutschen Stahlmagnaten, Ernst Poensgen, ehemaliger Leiter des größten europäischen Montankonzerns und Führer der deutschen Eisenwirtschaft, daneben eifriger Förderer des nazistischen Vierjahresplanes und der Wehrwirtschaft, in den Aufsichtsrat der Hannoverschen Maschinenbau-AG (Hanomag) berufen wurde. Neben Krupp, Thyssen, Kirdorf, Flick u. a. war Poensgen einer der entschiedensten Kriegstreiber. Schon im ersten Weltkrieg war Poensgen als Kommissar der Kriegswirtschaft in Belgien tätig. Seine „Verdienste“ zur Vorbereitung und Führung des vergangenen Krieges wurden mit dem Kriegsverdienstkreuz I. Klasse und mit dem „Adlerschild des Deutschen Reiches“, der die bezeichnende Widmung trägt: „Dem um die deutsche Rüstung hochverdienten Wirtschaftsführer“, ausgezeichnet. Nach General Thomas' Worten hat Poensgen alle Forderungen, die an einen Wehrwirtschaftsführer gestellt wurden, in vollendeter Weise er-

füllt. Das Auftauchen dieses Herrn ist eine erneute Kampfansage gegen alle Volksrechte und gegen jede Besserung der Verhältnisse des schaffenden Volkes.

Bekannt Namen — unrühmliche Erinnerungen

Aber auch andere Trustherren, fast durchweg ehemalige Nazis, stehen wieder an der Spitze ihrer Konzerne. Hamburg ist der Sitz des AEG-Konzerns, an dessen Spitze Herr Bücher steht. In Berlin ist der Chef der Fabrikenoberleitung der Nazi und Wehrwirtschaftsführer Otto Koehn. Er wird vertreten von Baurat Spennrath, einem alten Reaktionär. Im Siemens-Konzern kommandiert Direktor Benkert, Nazi und Wehrwirtschaftsführer. Der Osram-Konzern hat ebenfalls noch alle Verbindungen mit den Fabriken in den verschiedenen Gebieten Deutschlands. Die Leitung des Flick-Konzerns, eines der größten Konzerne der deutschen Kriegsindustrie, arbeitet weiter. Syndikus Strese hat hier die Führung. Das ist jener Strese, der in Holland Gemälde für Herrn

Flick zusammenramschte, die Flick dann den Naziführern „schenkte“. Der Reemtsma-Konzern, dessen Leitung in Hamburg sitzt, übt ebenfalls seine Tätigkeit weiter aus. Nur die Fabriken in Dresden und Berlin sind aus diesem Konzern herausgelöst.

Im Westgebiet steht an der Spitze des Vereins der deutschen Eisenhüttenleute der Nazi und Wehrwirtschaftsführer Otto Petersen, ein Vertrauensmann von Vögler, Krupp, Springorum und Poensgen. In der Gelsenkirchener Bergwerks-AG sitzt der Nazi Dr. Busch als Generaldirektor, während Dr. Hans Roche, auch ein Nazi, als Generaldirektor im Mathias-Stinnes-Konzern fungiert. Dem Klöckner-Konzern gehört der Nazigeneraldirektor Dr. Fahr an. Sein Mitarbeiter, der Direktor der Klöckner-Humboldt-Deutz-AG, Herr Jakopp, der ebenfalls die Bestrebungen der Nazipartei — und das besonders während des Krieges — unbeirrbar vertrat, stand erst letzthin im Zusammenhang mit umfangreichen Entlassungen von Arbeitern und Angestellten im Mittelpunkt des Interesses. In der Vereinigung der eisenschaffenden Industrie in Düsseldorf hat Direktor Dr. Schäffer, früherer Abteilungsleiter im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion, maßgeblichen Einfluß.

Der erste deutsche Wirtschaftsrat wurde im vergangenen Monat in Minden aus der Taufe gehoben. Sein Präsident ist der bekannte westdeutsche Industrielle Abraham Frowein. Er ist der Mann, der seine Beauftragten auf alle Gebiete Deutschlands zu den Großunternehmungen schickt, um die Organisation der deutschen Großindustrie wieder aufzubauen.

Gefährliche Kräfte

Diese Tatsachen zeigen, wie stark die Kräfte des deutschen Monopolkapitals sind und daß der Alarmruf der Internationalen Gewerkschaftsföderation auf Beseitigung dieser Erscheinungen unbedingt erfüllt werden muß, damit endlich das deutsche Volk und die anderen Völker in Frieden leben können. Denn solange dieser alte faschistische und reaktionäre Wirtschaftsapparat weiterbesteht, ist Gefahr im Verzuge.

„Freiheit“, Halle, 7. 6. 1946

Kriegsverbrecher, die sich wohl fühlen

Nürnberg, 3. Mai (PZ). Die „Frankenpost“ wirft in einem längeren Artikel über die Geschichte des Reemtsma-Konzerns die Frage auf, wie es möglich sei, daß von den Brüdern Reemtsma, die als Kriegsverbrecher unter Anklage gehören und zu den größten Geldgebern Hitlers gehörten, nur Philipp Reemtsma hinter Schloß und Riegel sitzt, während die anderen nach wie vor ungestört als Leiter des Reemtsma-Konzerns tätig sind, von dem sich bisher noch nicht eine einzige Fabrik eindeutig lösgesagt hat.

Begünstigung von Nazi-Separatisten

Saarbrücken (Eigener Bericht). Bei einer am 5. Mai durchgeführten Veranstaltung der noch keineswegs demokratisierten Handels- und Handwerkskammer zu Saarbrücken wurden sechs Antifaschisten, zumeist ehemalige politische Gefangene, verhaftet. Der Grund für die Verhaftung waren Zwischenrufe, die den ersten Referenten dieser absolut separatistischen Charakter tragenden Veranstaltung als Nazisprecher bei Betriebsappellen des Burbach-Konzerns kennzeichneten.

Unter den Verhafteten befand sich der Präsident der Vereinigung „Opfer des Faschismus“, der lediglich Protest gegen die Verhaftung ehemaliger politischer Gefangenen erhoben hatte.

„Neues Deutschland“, Berlin, 14. 5. 1946

Ein Pg auf Schleichwegen

In letzter Zeit konnte beobachtet werden, daß in zunehmendem Maße ehemalige Pgs und Kriegsinteressenten auf alle möglichen Arten versuchen, ihre Betriebe zu erhalten. Einen ganz besonders markanten Fall hat die Kriminalpolizei in Dresden bearbeitet.

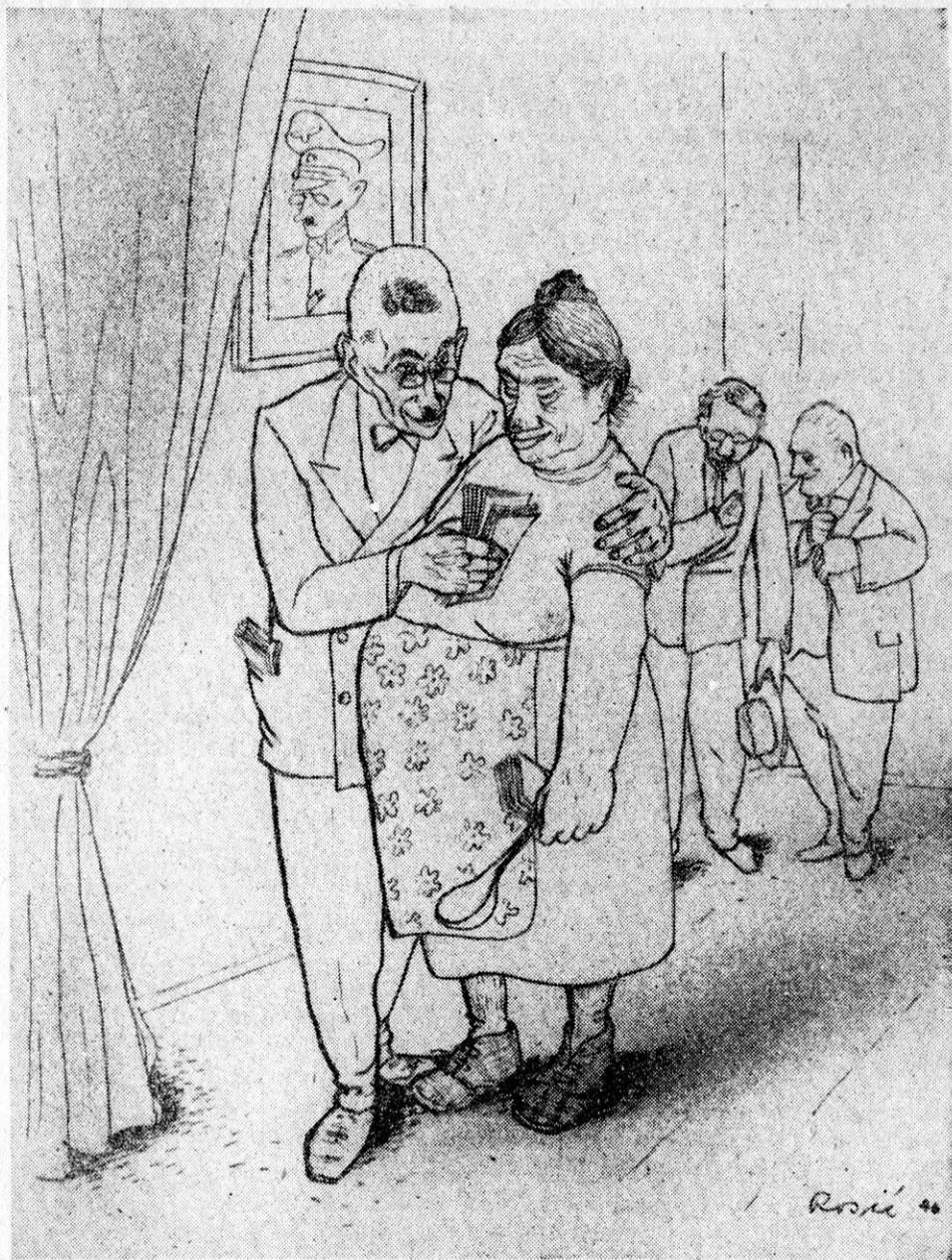
Ein Ingenieur, seit 1933 Mitglied der Nazi-partei, hatte seine Geschäftsanteile an drei Firmen in Höhe von 80 000 RM durch notarielle Akte wie folgt verteilt:

42 000 RM erhielt seine Wirtschafterin, die innerhalb von vier Jahren den Gegenwert leisten sollte, jedoch vermögenslos ist.

20 000 RM erhielt ein Patenkind, Nazimitglied seit 1937.

2000 RM erhielt ein 1933er Pg.

16 000 RM bekamen Betriebsratsmitglieder, um hierdurch den nötigen Rückhalt bei der Belegschaft zu finden.



Tatsächlich hat also der Unternehmer hierdurch einen Geschäftsanteil von 64 000 RM unter seinem vollen Einfluß behalten.

Auf Grund dieser schieberischen Manipulationen ist er festgenommen worden und wird wegen Wirtschaftsabotage dem Richter

zur Aburteilung zugeführt werden. Der wackere Rechtsanwalt und Notar aber dürfte sich zu dieser Angelegenheit noch vor der Anwaltskammer zu verantworten haben.

„Freiheit“, Halle, 21. 5. 1946

Vom Strippenzieher zum AEG-Besitzer

Eine moderne Tragikomödie in sechs Akten

Zuerst einmal sei der Hauptdarsteller vorgestellt: Er heißt Max Laurenz, wohnt in Reinickendorf-West und, was ebenfalls vorweg zu sagen wäre, lebt noch immer in Saus und Braus. Wie jedes Drama, so hat auch dieses verschiedene Akte. Beginnen wir mit dem ersten:

Max Laurenz wird 1931 Strippenzieher beim Post- und Telegraphenbauamt Berlin.

Zweiter Akt: 1933. Seine erste Aufgabe als Pj besteht darin, seine Kollegen von der RGO aus dem Betrieb zu entfernen (wir hören das Klingeln des Judaslohnes, sehen das zynische Grinsen der Nazi-Oberpostdirektoren und die devote Verbeugung des Laurenz). Hoppla, die zweite Stufe auf der Sprossenleiter der Karriere ist erklommen, er denunziert und wird „Vertrauensrat“.

Dritter Akt: Was braucht ein Nazivertrauensrat? Er muß repräsentieren. Und da ihm das Denunzieren schon einmal geholfen hat, probiert es Laurenz noch einmal. Die Wohnung der Hauswirtsfrau Schulz ist doch zu schön. Ihr Mann ist Kommunist und ehemaliger Angehöriger der Roten Gewerkschaftsopposition. Also ran an den Schreibtisch und einen Brief geschrieben. Hier zeigt Laurenz, daß er schon viel gelernt hat. In der Hausprache der Nazis ist dieses Schreiben abgefaßt. „Verbrecher“ und „Kommunistenschwein“ sind noch aussprechbare Blüten dieser heimtückischen Epistel. Jedoch, er hat die Rechnung ohne die Hauswirtsfrau gemacht. Es kommt zur Beleidigungsklage, und unser Vertrauensrat muß blechen. Ja, man höre und staune, es kommt dabei sogar heraus, daß unser trauriger Held auch selber Mitglied der RGO war. Die Post will ihn daraufhin entlassen (man hört verdächtiges Knacken der zweiten Sprosse seiner Lebensleiter), schwuppdich, Max steht auf der dritten. Er gewinnt den Prozeß, diesmal muß der andere zahlen. Laurenz wird Überwachungsbeamter bei den Deutschen Waffen- und Munitionsbetrieben in der Eichbornstraße.

Vierter Akt: Wir schreiben das Jahr 1937. Die Sonne des „Führers“ strahlt über ihn, läßt ihn brauner und brutaler werden. Doch der Verdienst ist karg. Max, nicht dumm, bespitzelt alles um sich. Vielleicht springt dabei mehr heraus. Doch die Kollegen sind

klug, also muß er freiwillige Überstunden leisten. Er verkauft in dieser Zeit Hitlerbilder, läßt seine Kollegen im Fabrikhof antreten und treibt mit ihnen Wehrerziehung. Aus der braunen Uniform wird eine schwarze.

Fünfter Akt: Max erfährt, daß sein Kollege Betriebsobmann in der AEG-Zählerfabrik geschoben hat. Wunderschön. Aber leider ist der klüger als er. Nun, Max wird wenigstens Führer des politischen Stoßtrupps, und schließlich machen ihn seine Freunde zum Vertrauensrat. Stolz trägt er das Parteiabzeichen. In seinem Wohnbezirk hat er es bis zum Zellenleiter gebracht. Wir sehen, Max macht sich.

Denunzianten und aktive Nazis müßten heute in ein Gefängnis, so denkt der Leser. Das Ende des Trauerspiels wäre also ein Krachen der gutgezimmerten Karriereleiter, das Abrutschen des Laurenz auf einen Trümmerhaufen, Hammer in der Hand, Steine klopfen. Doch Max ist frech. Er steigt weiter, ohne den Leser nach seiner Meinung zu fragen.

Sechster Akt: Der Krieg ist vorbei und Laurenz ist — Antifaschist. Mit dem alten Mitgliedsbuch der RGO, mit der Entlassung aus der Post wegen falscher Angaben (er dreht daraus „politische Unzuverlässigkeit“) und einem gutgemachten „Ausschlußentscheid“ aus der Nazizeit vom Jahre 1943 (Führer des politischen Stoßtrupps war er noch 1944) geht er zum zuständigen Verwaltungsbezirk und erhält dort Bescheinigungen. Nachdem er aus dem Sicherheits- und Überwachungsbeamten einen Nachwächter gemacht hat, wird aus dem Nachwächter der Leiter der AEG-Ackerstraße. Im Anfang des Monats Juli 1945 bekommt er sogar die AEG auf seinen Namen überschrieben.

In dieser Stellung entwendet er Golddraht und Edelmetalle im Gewicht von mehr als einem Kilo, unterschlägt 19 000 Reichsmark und stiehlt 25 000 RM, stiehlt das Silberbesteck der AEG und eignet sich widerrechtlich ein Schlafzimmer an.

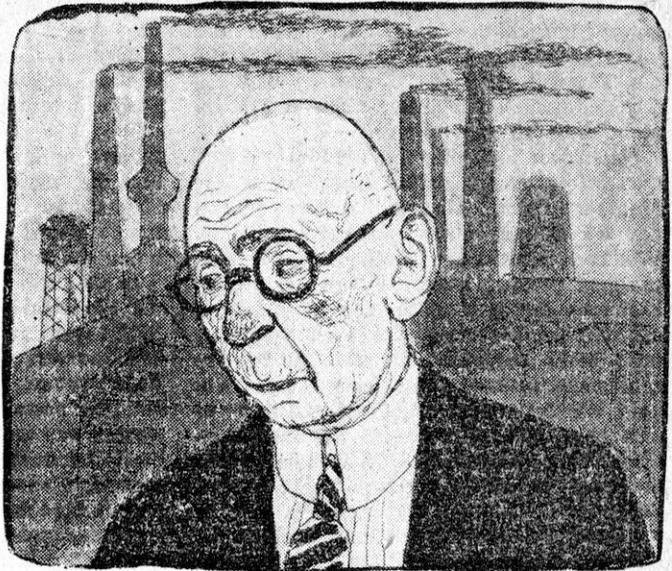
Das Urteil des Gerichts, vor dem er nun endlich stand, lautete auf 10 Monate Gefängnis. Max Laurenz legte Berufung ein. Die Tragikomödie wartet noch auf den dramatischen Schlußakt.

H. B.

„Deutsche Volkszeitung“, Berlin, 15. 2. 1946

Wer ist Ernst Poensgen?

Ein Kriegsverbrecher
Leiter der west-
deutschen Eisenindustrie



Aus Düsseldorf wird gemeldet, daß dort Ernst Poensgen den Vorsitz des Vereins der Eisenhüttenleute übernommen hat. Außerdem hört man aus Hannover, daß dieser Rüstungsindustrielle dem neuen Aufsichtsrat der Hanomag (Hannoversche Maschinenbau AG) angehört. Es scheint auch, daß er immer noch Vorsitzender des Vorstandes der Vereinigten Stahlwerke AG geblieben ist. Diese Nachrichten sind ein Alarmsignal für das antifaschistische Deutschland.

Wer ist und wer war Ernst Poensgen? Dieser Stahlindustrielle gehört einer jener westdeutschen Fabrikantenfamilien an, die praktisch seit Jahrzehnten die deutsche Eisen- und Stahlindustrie beherrschen. Denn hinter der scheinbar anonymen Fassade der großen Aktiengesellschaften, die von allen Seiten bereitwillig Kapital und Kredite erhielten, standen nach wie vor die Familien, denen die Gründerwerke ihr Entstehen verdankten: die Thyssen und Stinnes, die Poensgen und Voegler, die Kirdorf und Kloeckner, die Hoesch, Krupp und Stumm, um nur einige der bekanntesten zu nennen. Carl Poensgen, der Vater Ernsts, gründete 1861 die Firma Poensgen, Giesberts & Co., das spätere Oberbilker Stahlwerk; Ernst, der 1871 geboren wurde, übernahm 1900 die Leitung des dieser Firma gehörenden Blechwalz- und Stahlwerks in Lierenfeld, und

1910 ging der Familienbesitz, die Düsseldorfer Röhren- und Walzwerke vorm. Poensgen, durch Fusion auf den Phönix über. Damit wurde Ernst Poensgen leitender Direktor der Düsseldorfer Abteilung der Phönix, eines der Gründerwerke der späteren Vereinigten Stahlwerke des deutschen Stahltrasts.

Es ist hinlänglich bekannt, welchen Einfluß die Herren der westdeutschen Stahlindustrie auf die Entfesselung und Fortführung des ersten Weltkrieges gehabt haben. Das Erzbecken von Briey, die normannischen Eisenlager und die belgische Schwerindustrie waren das Ziel dieser imperialistischen Montanpatrizier. So nimmt es denn nicht wunder, wenn wir Ernst Poensgen 1915 in entscheidender Stellung bei der Wirtschaftsverwaltung des deutschen Generalgouvernements Brüssel sehen. Schon 1916 wurde er aber zur Hauptverwaltung des Phönix nach Hörde zurückgerufen, da bei dem ständig steigenden Bedarf der Rüstungsindustrie seine Leitung unentbehrlich war.

Schon vor dem ersten Weltkrieg hatte Ernst Poensgen an der Spitze großer Eisenkartelle gestanden. Der Wiederaufbau und Neubau dieser monopolistischen Organisation nach dem Kriege war zu einem großen Teil sein Werk. Als Vorsitzender

des Eisenwirtschaftsbundes, einer halbstaatlichen Einrichtung unter Beteiligung der Gewerkschaften, gelang es ihm mit Erfolg, die Dinge immer so zu drehen, daß die Eisenindustriellen in ihrem dunklen Treiben nicht ernstlich gestört wurden.

Nach dem Ende der Inflation zeigte sich der Erfolg dieser raffinierten Taktik der Montanpatrizier. Nun stellte sich heraus, daß die Ruhrindustrie trotz des verlorenen Weltkrieges nicht nur ihre gesamten Kriegsgewinne gerettet hatte, sondern die großen Konzerne hatten auch in der Inflationszeit mit Großbankkrediten, die sie in entwerteter Mark zurückzahlten, eine große Anzahl weiterer Eisenwerke dazugekauft. Sobald die Inflation vorüber war, zeigte es sich aber, daß die Anlagen der deutschen Eisen- und Stahlindustrie bei weitem zu umfangreich für den deutschen Markt geworden waren. Im Auslande waren die riesigen Eisenmengen ebenfalls nicht absatzfähig, weil die Preise der unrationell arbeitenden deutschen Werke zu hoch lagen. Die Eisenindustriellen suchten daher, die Inlandspreise durch Kartelle und Schutzzölle hochzuhalten, um die Exportware um so billiger verschleudern zu können.

Wieder war es Ernst Poensgen, der die dazu erforderlichen Monopolvereinigungen zustande brachte. Er war es auch, der 1925 der erste Generaldirektor des auf seine Anregung geschaffenen Stahltrustes wurde, in dem der Phoenix (mit 26,5 Prozent des Kapitals), Rhein Stahl, Thyssen, van der Zypen, die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-AG, der Bochumer Verein und die Gelsenkirchner Bergwerks-AG des Kohlenindustriellen Kirdorf zusammengefaßt wurden. Diesem Trust gelang es nunmehr, die überdimensionierte rheinisch-westfälische Stahlindustrie so lange mit Hilfe deutscher und ausländischer Anleihen über Wasser zu halten, bis Hitler kam und mit ihm die Aufrüstung, die endlich das ganz große Geschäft brachte.

An allen Stadien dieser Entwicklung ist Ernst Poensgen stets maßgeblich beteiligt gewesen. Er schuf 1926 zusammen mit Fritz Thyssen und dem Luxemburger Mayrisch die Internationale Rohstahlgemeinschaft (IRG), ein Kartell, das der deutschen Eisenindustrie zwar nicht günstige Exportpreise sichern konnte, ihr aber vor allem die internationale Konkurrenz vom Leibe hielt. Im Jahre 1930 übernahm er auch noch die Leitung der deutschen Ländergruppe der IRG.

Wiederum war er die treibende Kraft, daß vor allem mit England und Amerika als Außenseiter der IRG Abreden über das Weltmarktgeschäft getroffen wurden. Ein Studienaufenthalt in den USA, von dem er schon 1906 ein wertvolles Röhrenwalzverfahren nach Deutschland gebracht hatte, und die starke Beteiligung amerikanischen Kapitals an der Finanzierung der Vereinigten Stahlwerke mit vielen hundert Millionen boten die Anknüpfungsmöglichkeiten.

In welchem Umfange die Ruhrindustrie an der Förderung Hitlers und seiner Clique beteiligt war, ist hinlänglich bekannt. Namen wie Thyssen, der bei Kriegsausbruch „kalte Füße“ bekam wie Kirdorf, dem Hitler das Goldene Parteiabzeichen verlieh, Krupp von Bohlen und Halbach, bei dem Hitler ebenso ein- und ausging wie früher Wilhelm II., und viele andere sind mit der Schmach der Naziverbrechen unauslöschlich verbunden. Zu ihnen gehört auch Ernst Poensgen, der nach außen hin weniger hervorgetreten war, sich aber mit um so größerem Fanatismus dem Ausbau der rheinisch-westfälischen Stahlindustrie zur größten Mordmaschine der Welt widmete.

Der unscheinbare Mann, den man oft zu Fuß im Lodenmantel und verschwitztem Filzhut durch die Werkanlagen gehen sah, war die Seele der technischen Entwicklung dieser Industrie, und er hatte ihr zugleich durch unermüdlichen Ausbau der monopolistischen Kartelle die erforderliche finanzielle Basis gesichert. Er ist denn auch im dritten Reich entsprechend gewürdigt worden. 1934 wurde er zum Leiter der Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie ernannt. Er war Vorsitzender der Deutschen Rohstahlgemeinschaft und anderer Kartellvereinigungen er war Ehrendoktor einer Technischen Hochschule, und sofort nach der Eroberung des Elsaß machte ihn der nazistische Rektor der Universität Straßburg zu deren Ehrendoktor. Noch deutlicher spricht die Tatsache, daß er Wehrwirtschaftsführer war und daß Hitler ihm 1940 den Adlerschild des Deutschen Reiches verlieh, die höchste Auszeichnung, die er zu vergeben hatte.

Das war und das ist Ernst Poensgen. Dieser Kriegsverbrecher sitzt 1946 nicht auf der Anklagebank in Nürnberg, sondern befindet sich in voller Freiheit und ist wiederum zum Vorsitzenden des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute gewählt worden.

Quidam

„Tägliche Rundschau“, Berlin, 17. 5. 1946

Monopolherren geben ihr Spiel noch nicht verloren

Vor nicht allzu langer Zeit erhielt der Vorstand der Olympia-Büromaschinen A.-G. in Erfurt einen Brief von Geheimrat Dr. Hermann Bücher, Hamburg 36, Hohe Bleichen 31/32, in dem es unter anderem wie folgt heißt:

„Durch die Besserung der Verkehrsverhältnisse ist es mir möglich geworden, mich sowohl über Berlin als auch anderweit über die Situation bei der Olympia-Büromaschinenwerke A.-G. zu unterrichten.

Nach Prüfung der Sachlage halte ich eine Aussprache zwischen mir als Vorsitzendem des Aufsichtsrates und dem neuen Vorstand in Erfurt für wünschenswert. Insbesondere scheint es mir wichtig, folgende beiden Punkte zu klären, nämlich den Materialbedarf der Fabrik in Erfurt und die geldliche Situation.

Ich mache deshalb den Vorschlag eines Zusammentreffens in Braunschweig im Büro der dortigen AEG, Münzstraße 9, und würde es begrüßen, wenn Sie mir Gelegenheit geben sollten, mit dem gesamten Erfurter Vorstand dort zu sprechen. Ich wäre auch dankbar, wenn Sie für diese Besprechung den Status und die sonstigen für eine ernste (sic!) Unterhaltung erforderlichen Unterlagen mitbringen würden.“

Unser Leser kennen doch Herrn Bücher? Er ist der nach Hamburg geflüchtete Leiter des AEG-Konzerns, der von diesem sicheren Hafen aus mit verzweifelter Energie versucht, den Konzern wieder aufzubauen. Im „Dritten Reich“ war er aktives Mitglied in Hitlers Rüstungsrat, einer der eifrigsten Förderer nazistischer Kriegsrüstung und ein glühender Verfechter der deutschen imperialistischen Expansionspolitik.

Unter den zahlreichen Kapitalverflechtungen der AEG, die, wie kein anderes Unternehmen, ein Musterbeispiel für einen Konzern darstellt, nimmt die Olympia, Erfurt, einen verhältnismäßig kleinen Platz ein. Immerhin betrug das Aktienkapital 6 000 000 Reichsmark, das zu fast 100 Prozent in Händen der AEG lag. In Ausführung der Beschlüsse der Berliner Konferenz über die Zerschlagung der deutschen Konzerne wurde die Olympia verselbständigt und arbeitet schon seit Monaten unter neuer Leitung und mit großer Arbeitsfreudigkeit der Belegschaft an einem ausgedehnten Produktionsprogramm. Die Leipziger Messebesucher

konnten im Olympiastand eine ganze Reihe neuer Modelle von Schreib- und Rechenmaschinen bewundern.

In Erfurt holte sich Bücher nun eine Abfuhr, die sich sehen lassen kann. Der Vorstand und Betriebsrat der Olympia antworteten nämlich folgendermaßen:

„Wir betrachten den AEG-Konzern als nicht mehr bestehend. Jedenfalls wird die Olympia wie bisher, das heißt seit 10 Monaten, ihre eigenen Wege gehen. In der Geldfrage haben wir uns durch den starken Einsatz der Direktion und des Betriebsrates bisher selbst helfen können. Unsere Lage wäre leichter gewesen, wenn der damalige Vorstand bei seiner plötzlichen Ausreise mit einigen Herren der Geschäftsleitung nicht 4,2 Mill. RM der Olympia nach Hamburg entführt hätte. Wäre es Ihnen nicht möglich, dieses Bargeleigentum der Olympia jetzt zurückzugeben?

Die Herren, die unser Werk im Juni 1945 verantwortungslos verließen, haben jetzt wohl kein Verlangen mehr, in Erfurt wieder zu erscheinen. Inzwischen sind sie handelsgerichtlich aus der Olympia ausgeschieden. Ihre Tätigkeit für unsere Firma im Westen ist illegal und unzulässig.

Die Materialfrage für unser großes Fabrikationsprogramm (wir beschäftigen zur Zeit rund 2100 Männer und Frauen) haben wir selbst in aufreibender Tätigkeit gelöst. Eine Hilfe ist nach der heutigen Lage nicht mehr erforderlich. Wir werden uns auch in Zukunft selber helfen. Wir lehnen es grundsätzlich ab, nach Braunschweig zu reisen. Wir haben auch hierzu keine Zeit.

Wir stellen Ihnen anheim, persönlich nach Erfurt zu kommen, um hier mehr darüber zu erfahren, was mit der Olympia nach der Besetzung alles geschah, was der abgesetzte Vorstand mit der Firma vorhatte und was der neue Vorstand in engster Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat und der Belegschaft am Wiederaufbau erfolgreich geschafft hat.“

Nach Erfurt ist Bücher natürlich nicht gekommen. Als aktiver Kriegsverbrecher hütete er sich wohl.

In Berlin dagegen verstand er es, einige frühere Vorstandsmitglieder als ergebene Vertrauensmänner einzusetzen, die die Konzerninteressen mit Raffinesse und Rücksichtslosigkeit verfochten. Mit Herrn Otto Koehn hatte man allerdings Pech. Die Tarnungsversuche dieses Mannes als harmlosen und kleinen Pg wurden durch die Arbeiter-

presse vereitelt. Durch Sitzungsprotokolle wurde festgestellt, daß Koehn ebenso wie sein Chef Bücher eine treibende Kraft für die restlose Einspannung der AEG in die Kriegsrüstung Hitlers war und sich auch immer für brutale Ausbeutung der ausländischen Zwangsarbeiter eingesetzt hat. Herr Koehn mußte sich daher gleichfalls nach Hamburg „absetzen“. Er teilte dieses Schicksal zum Beispiel mit dem Kriegsverbrecher Schwab von Telefunken, deren Aktienkapital in Höhe von 40 000 000 RM zu 100 Prozent in Händen der AEG liegt.

Nach Koehn trat das Vorstandsmitglied Fritz Spannath als Bücher, Vertrauensmann auf. Dieser hat sich bis heute halten können. Vom Hohenzollerndamm aus regiert er die AEG-Fabriken, soweit sie nicht im Sowjetsektor liegen. Wie aus einem Bericht in unserer Ausgabe vom 24. Mai hervorgeht, hatte er die Berliner Presse zu einer Besichtigung der AEG, Brunnenstraße, im französischen Sektor, eingeladen.

Diese Fabrikbesichtigung war aber nur ein Vorwand für eine ausführliche Propagierung der Konzernargumente durch Herrn Spannath. Wir werden in unserer morgigen Ausgabe hierauf ausführlich zurückkommen.

„Neues Deutschland“, Berlin, 1. 6. 1946

Die Friedensengel vom Rüstungskonzern

Neckische Zah'nrätsel der AEG-Kriegsverbrecher

Die Kriegsproduktion des AEG-Konzerns betrug nur ungefähr sechs Prozent der Gesamtproduktion, behauptete Baurat Spannath, das Berliner Aushängeschild des wieder auf die Liste der Kriegsverbrecher gesetzten Geheimrats Hermann Bücher, anlässlich einer Zusammenkunft mit den Betriebsvertretungen am Hohenzollerndamm. Getreu der Anweisung seines Meisters betete er mit frommem Augenaufschlag seinen Psalm herunter, und der Nazidirektor Koehn schmunzelte dabei über diese kunstvolle Verdrehung der Tatsachen. Nach alter Methode wollen die Herren die Arbeitervertreter für ihre üblen Geschäfte gewinnen, um auf Umwegen den Konzern wieder als Machtfaktor auszubauen. Aber die Zeiten haben sich geändert, Herr Baurat Spannath. Ihr Spiel wird von den Arbeitern durchschaut.

Schon vor Beginn des Krieges waren die einzelnen AEG-Fabriken fest in das Aufrüstungsprogramm eingespannt; im September 1939 wurden sie für die Kriegsproduktion

auf volle Touren gebracht. Für alle Fabriken wurden Wehrwirtschaftsführer eingesetzt, darunter die übelberichtigten Schwab, Hegner, Leser usw. Da wurden wirklich keine Puppenwagen oder anderes Spielzeug gebaut; fast die gesamte Produktion diente der Massenvernichtung.

Die Kabelwerke Oberspree stellten ausschließlich Feldkabel und Mundstücke für Gasmasken her.

Die Zählerfabrik Ackerstraße war zu 85 Prozent mit der Herstellung von Zündern, Röhrenreglern, elektrischen akustischen Minen und Minengerät beschäftigt. Die letzte Neuheit vor dem Ende waren der OKH-Zünder und das T-Funkgerät.

Auf die Wichtigkeit der Telefunkenfabriken für die Führung des Raubkrieges braucht wohl nicht näher eingegangen zu werden. Der Hinweis auf die aufreizenden Reden des Kriegshetzers Direktor Schwab möge genügen. Bei jeder seiner Ansprachen betonte dieser dann eifrig, daß die Telefunkengeräte Auge und Ohr der deutschen Wehrmacht seien.

Die Loewe-Werkzeugmaschinenfabrik produzierte hauptsächlich Untersätze für Panzerabwehrkanonen, Panzergranaten, Tellerminen, Kanonen für 8,8-cm-Flakgeschütze. Zusatzteile für die Junkers-Flugzeugwerke in Dessau, Zünder, Einzelteile für Maschinengewehre, Spezialmaschinen für Kriegszwecke usw.

Die Transformatorenfabrik Oberschöne-weide fertigte im Rahmen ihrer wichtigen Kriegsproduktion Scheinwerfer und Scheinwerferlampen an.

Das Hydra-Werk war ebenfalls restlos in das Rüstungsprogramm eingespannt. Kein Schiff, kein Flugzeug, kein Panzer, kein U-Boot konnte ohne die Empfangs- und Sendeanlagen fahren oder fliegen, zu denen die Hydra-Werke die Kondensatoren geliefert hatten. Auch für die Flak wurden dort Apparate in enger Zusammenarbeit mit der AEG Würzburg, hergestellt. Der Ring- und Wehrwirtschaftsführer Walter Leser von Hydra war für den gesamten Kondensatorenbau in Deutschland verantwortlich und errichtete unter anderem in Paris eine Fabrik für die Kriegsproduktion.

Die Abnehmer waren Wehrmachtsstellen, Heeresversuchsanstalten, Flugzeugindustrie, Werften, Optische und Krafffahrzeug-Industrie usw.

Zur Aufrechterhaltung der Kriegsproduktion wurden ausländische Arbeiterinnen

und Arbeiter aus fast allen europäischen Ländern eingesetzt, hauptsächlich Ostarbeiter. Dazu politische Häftlinge und die besonders bedauernswerten Kriegsgefangenen. Die Wehrwirtschaftsführer und Konzernherren brauchten nur auf den Knopf zu drücken, und der Bestand wurde sofort aufgefüllt oder erweitert, wenn durch die ungeheuerlichen Ausbeutungsmethoden die Kräfte der beklagenswerten Opfer erlahmten. Das Zutreibersystem wird ja jetzt im Nürnberger Prozeß enthüllt.

Vesuchen Sie, Herr Baurat Spennrath, und Ihre anderen Kumpane von der Konzernleitung ruhig weiter, mit heuchlerischer Miene die Tatsachen zu verdrehen. Die Wahrheit wird sich durchsetzen! Dafür sorgen wir!

Die Arbeiter und Angestellten, die sich für den friedlichen Wiederaufbau einsetzen, haben von Anfang an bewiesen, daß sie ohne eine auf Ausbeutung, Macht und Krieg ausgerichtete Konzernleitung auskommen und auch zukünftig ohne sie den Weg aus dem riesigen, von Hitler hinterlassenen Schutthaufen herausfinden werden.

„Deutsche Volkszeitung“, Berlin, 5. 3. 1946

Herr Greiling will wieder in den Sattel

(Von unserem Sonderkorrespondenten)

Chemnitz, 23. Mai

Zwischen den Trümmern der durch den Hitlerkrieg verwüsteten deutschen Wirtschaft laufen Hyänen herum und gehen auf Raub aus. Ihr Hauptjagdgebiet war bisher Westdeutschland; in letzter Zeit aber versuchen sie, ihre Beutezüge in steigendem Maße auch weiter nach Osten auszudehnen. Zu diesen Hyänen gehören die ehemaligen Konzerndirektoren und ihre großkapitalistischen Hintermänner. Als „Wehrwirtschaftsführer“ haben sie ihr möglichstes getan, um den Krieg zu verlängern; als aber der Zusammenbruch kam, retteten sie ihre eigene Existenz schleunigst in westlicher Richtung und überließen die Betriebe mit den Arbeitern und Angestellten ihrem Schicksal, obwohl sie früher bei Betriebsfeiern gern mit großem Pathos zu erklären pflegten, daß sie sich mit ihren Arbeitern „in Treue und Kameradschaft“ verbunden fühlten. Heute fühlen sie sich wieder „in Treue verbunden“ — allerdings nicht mit ihren Arbeitern, sondern mit ihrem zurückgelassenen Besitz. Sie wittern eine Wiederaufbaukonjunktur und wollen an ihr verdienen. Da taucht dort ein

„auf Reisen“ gesandter höherer Angestellter, dort ein geschickter Rechtsanwalt auf, jongliert mit allerlei Paragrafen, „behält sich alle Ansprüche vor“, versucht zu bluffen, einen mehr oder weniger deutlichen Druck auszuüben und versteigt sich hier und da auch bis zu offenen oder versteckten Drohungen.

Bezetznenderweise bleiben die Hauptbeteiligten stets in ihren Zufluchtsorten, und noch kein einziger hat es versucht, seine angeblichen „Rechte“ an Ort und Stelle bei den zuständigen Behörden des Landes Sachsen oder Auge in Auge mit seinen Arbeitern und Angestellten zu vertreten. Sie wissen ganz genau, warum. Aber sie haben ihre Agenten, die ihnen Briefe schreiben, sie auf dem laufenden halten und durch allerlei Schachzüge ihre Interessen vertreten. Der bevorstehende „Volksentscheid“ zur Enteignung des Betriebsvermögens ehemaliger Kriegsverbrecher und Kriegsinteressenten in Sachsen hat vollends alle Konzernleitungen mobil gemacht und läßt sie ihre Anstrengungen verdoppeln und verdreifachen. Zu ihnen gehört auch Herr Richard Greiling.

Wer ist Richard Greiling?

Das ist einer der bekanntesten Großverdiener Sachsens, der früher einmal Dresden beglückte und seit einiger Zeit in Mannheim bzw. Heidelberg sitzt. Wir stießen in den Venus-Werken von Chemnitz, einem modernen Wirk- und Strickwarenbetrieb, auf seine Spuren. Herrn Greiling gehörten früher 51 Prozent des Aktienkapitals des Werkes. Er war Aufsichtsratsvorsitzender, d. h. Herr des Betriebes, den ein Herr Granzow in seinem Auftrage dirigierte.

Bis 1930 war Greiling Generaldirektor der Zigarettenfabrik Richard Greiling AG in Dresden, von deren Aktienkapital in Höhe von 2 Millionen RM sich 800 000 RM in seinem Besitz befanden. Er hat sich sodann an der Görlitzer Wareneinkaufsgesellschaft AG Dresden beteiligt, deren Aufsichtsratsvorsitzender er war.

Über den Aufbau des Greiling-Konzerns entnehmen wir einer vertraulichen Auskunft der Deutschen Bank vom 27. September 1941 folgende Angaben: Greiling war danach u. a. persönlich haftender Gesellschafter der Greiling & Co. Felina-Miederfabrik in Mannheim, ferner der Greiling & Co. Corona-Schuhfabrik und der Greiling & Co. Rheinische Feldbahnen am selben Ort und schließlich der Greiling & Co. Dorndorf-Schuhfabrik in

Zweibrücken. Greiling war früher einmal Generalkonsul, hat aber diesen Titel aus irgendwelchen Gründen verloren. In der Auskunft der Deutschen Bank steht auch zu lesen, daß Greiling seinen „Wohnsitz seinerzeit für einige Jahre von Dresden nach Zürich verlegt“ habe. Dazu hatte er sehr schwerwiegende Gründe. Es handelte sich nämlich um Steuerhinterziehungen übelster Art und größten Umfangs. Greiling mußte sich damals seiner Verhaftung durch eine schleunige Flucht in die Schweiz entziehen und begann von dort aus Verhandlungen über einen „Ausgleich“ mit den Finanzbehörden. Die gewöhnlichen Leute pflegen Steuern zu zahlen, Millionäre wählen häufig den Weg eines solchen „Ausgleichs“ mit dem Finanzamt.

Hitlers Machtantritt befreite Greiling aus allen Verlegenheiten. Er schloß ein „Abkommen“ mit Reichsstatthalter Mutschmann in Dresden, der für jedes üble Schiebergeschäft zu haben war, und „vermietete“ ihm sein außerordentlich wertvolles Villengrundstück in Dresden. In seiner Schweizer „Emigration“ ist es Greiling nicht schlecht ergangen. Die Deutsche Bank vermerkt jedenfalls in der Auskunft, daß ihr geschätzter Kunde in Zürich „eine der schönsten und wertvollsten Villen“ besessen habe.

Greilings Agent in Chemnitz

Agent Greilings in den Venus-Werken war nach der Kapitulation der schon erwähnte Direktor Kurt Granzow, der allerdings als ehemaliger Pg diesen Posten vor einigen Monaten verlor und als „Einkäufer“ tätig ist. Er steht in engstem Briefverkehr mit ihm und berichtet ihm ausführlich über alle Betriebsereignisse.

Es ist bezeichnend, daß in diesen Briefen zwar sehr viel von den Kapitalinteressen Greilings die Rede ist, aber niemals von dem Ergehen seiner Belegschaft. Auch die Kriegsschäden des Werkes interessieren die Greilings und Granzows durchaus nicht vom Standpunkt des Volksvermögens und des Gemeinwohls aus. Granzow spricht in einem Brief vom 29. Oktober 1945 von einem Gesamtschaden von rund fünf Millionen Mark und nennt diesen Verlust „eine ziemlich erhebliche Ohrfeige für die Aktionäre“. Die Betriebe sind ja bekanntlich für die Aktionäre da! Am 29. Oktober 1945 schreibt er Greiling: „Gewisse Äußerungen lassen mich befürchten, daß man etwas mit den Venus-Werken vorhat, was den Aktionären noch

mehr Schaden zufügen könnte. Ich kann aber noch nicht klar sehen, um was es sich hierbei handelt. Ich werde mein möglichstes im Interesse des Unternehmens tun und Ihnen sobald wie möglich wieder berichten.“

Hier tritt die eigentliche Tätigkeit des Kapitalistensöldlings mit großer Deutlichkeit hervor. Er wird „sein möglichstes“ tun — nämlich für die Interessen des Greiling-Konzerns.

Am 5. Dezember 1945 schreibt er weiter: Greiling möchte ihm „möglichst umgehend“ mitteilen, ob er in der NSDAP gewesen sei, fügt aber als geschickter Agent — man sieht ordentlich, wie er beim Briefschreiben Greiling zublinzelt — sofort hinzu: „Nach Ihrer ganzen Einstellung haben wir dies nie angenommen, aber wir bedürfen hierzu Ihrer ausdrücklichen Bestätigung.“ — Die Stadt Chemnitz scheint nämlich anderer Meinung zu sein, denn Granzow schreibt weiter: „Inzwischen ist hier die Aufforderung von seiten der Stadt Chemnitz erfolgt, gemäß Befehl Nr. 124, wonach alle Vermögen von aktiven Pgs beschlagnahmt werden, einen Fragebogen über unseren Betrieb auszufüllen. Unsere Prokuristen haben diesen Fragebogen ausgefüllt, weil es von der Stadt unbedingt verlangt wurde (!). Wir erklärten, daß Sie dagegen Einspruch einlegen.“

Der große Aufsichtsrat und die kleine Angestellte

Interessant sind in dem Briefwechsel einige Zahlen über die Gewinne, die Herr Greiling und seine Aktionäre noch während des letzten Kriegsjahres machten. Mit „Heil Hitler!“ wird in einem Brief vom 18. Oktober 1944 Herrn Greiling mitgeteilt, daß in diesem Jahre an die Aktionäre 210 000 RM und an den Vorstand und Aufsichtsrat wieder 73 850 RM „ausgeschüttet“ werden konnten, eine ganz hübsche Summe für einen kleinen Nebenbetrieb, denn mehr waren die Venus-Werke für Herrn Greiling nicht. Aktionäre und Aufsichtsrat erhielten also rund 284 000 RM — und die „Gefolgschaft“? Darüber orientiert Punkt 3 der Aufstellung. Er lautet wörtlich: „Ausschüttung an die Gefolgschaft, soweit sie nicht im Laufe des Jahres ausgekehrt (ein wundervoller Ausdruck!), 19 100 RM.“ So sah die „Verbundenheit“ eines Unternehmers mit seinen Arbeitern während der Nazizeit aus!

Während über beinahe 300 000 RM zugunsten der Aktionäre mit einem Federstrich verfügt wird, ist beispielsweise ein langer

Briefwechsel notwendig, ob die kaufmännische Angestellte Charlotte Lange, die einen Schlaganfall erlitt und völlig arbeitsunfähig geworden war, eine laufende Unterstützung von (man halte sich fest!) 14 RM im Monat erhalten soll oder eine einmalige Unterstützung in Höhe von 300 RM. Herr Greiling schreibt wegen dieser Bettelpfennige persönlich mehrere Briefe und hält eine laufende Unterstützung in der erwähnten märchenhaften Höhe von 14 RM für „tragbar“, wenn auch der Ehemann der Frau Lange arbeitsunfähig sei. Herr Granzow stellt gewissenhaft fest, daß Herr Lange, wenn auch gesundheitlich nicht auf der Höhe, „im Augenblick“ arbeitsfähig sei. Infolgedessen wird eine laufende Unterstützung abgelehnt. So sahen die Herren aus, die heute ihre Betriebe zurück haben möchten. Sie berufen sich darauf, sie seien schon immer Demokraten, ja „eigentlich“ sozialistisch gewesen.

Greiling-Direktor als Gestapospitzel

Ein Schwesterbetrieb der Chemnitzer Venus-Werke lag in den letzten Kriegsjahren in Lübben. Dort wirkte als Beauftragter Greilings ein Direktor Schmolling. Wes Geistes Kind er war, geht aus einem Brief an das Venus-Werk hervor, in dem es heißt: „Wegen des politisch-polizeilichen Abwehrschutzes habe ich bereits mit der Geheimen Staatspolizei gesprochen, wo mir zugesichert wurde, daß dieser in meine Hände gelegt wird.“ — Herr Greiling konnte also beruhigt sein. Herrn Schmolling ist unterdessen das Handwerk gelegt worden, und Herr Greiling muß sich zu seinem Bedauern, wie aus dem Brief hervorgeht, mit einem unbekanntem Nachfolger abfinden.

Die Konzernleitungen machten sich in den letzten Kriegsjahren auch allerlei Gedanken über ihre Nachkriegspläne. Ein Herr Direktor, der die Bata-Schuhfabriken in Zlin besuchte, machte verschiedene Vorschläge über die Behandlung und „Bearbeitung“ der Belegschaft. Er verlangte eine „besonders systematische Schulung“ der Belegschaft durch „eigene Lehrer“, ein Internat für Lehrlinge, das heißt eine Art betrieblicher HJ-Schule, und schließlich — wohlgemerkt für Friedenszeiten! — ein Ledigenheim für Ostarbeiter. Man plante also, die Sklaverei der Ostarbeiter als dauernde Einrichtung in den Frieden zu übernehmen, und hoffte, durch diese billigen Arbeitskräfte die Löhne der deutschen Industriearbeiter auch entsprechend senken zu können.

Fall Greiling als Schulbeispiel

Warum haben wir diesen Fall Greiling so ausführlich behandelt? Weil er ein Schulbeispiel ist, einmal für die Methoden, die von der Reaktion jetzt angewandt werden, um die Aufbauarbeit zu sabotieren und zum anderen, weil er mit aller nur denkbaren Deutlichkeit das wahre Gesicht des Monopolkapitalismus enthüllt. Die Männer und Frauen der Venus-Werke in Chemnitz haben ihren Betrieb wieder in Gang gebracht und arbeiten begeistert an seinem Aufbau. Wir haben mit vielen Männern und Frauen gesprochen, sie haben nicht die geringste Sehnsucht, Herrn Greiling wiederzusehen. „Wir brauchen Greiling nicht“, erklärte einer von ihnen. „Er hat sich ja bei uns auch nicht sehen lassen, als es uns schlecht ging.“

Der Fall Greiling beweist aber auch, warum die sächsische Landesverwaltung den bevorstehenden Volksentscheid für unbedingt notwendig hält. Die sächsischen Schaffenden denken gar nicht daran, in Zukunft für irgendwelche reaktionären Aktionäre zu arbeiten, und wollen unter keinen Umständen die Früchte ihrer schweren Arbeit irgendwelchen Kapitalhyänen überlassen. Das wird der Volksentscheid bestätigen. Für Hyänen gibt es keine Schonzeit, man muß sie unschädlich machen, sobald sie sich zeigen.

Waiden

„Tägliche Rundschau“, Berlin, 24. 5. 1946

Wie lange noch Nazi-Direktoren bei Siemens?

Im Herbst vergangenen Jahres hat die Belegschaft des Siemens-Werner-Werkes eine Entschließung angenommen, in der es unter anderem heißt: „Die Betriebsversammlung nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß es noch Direktoren wie Benkert bei Siemens-Schuckert gibt, die als ehemals führende Pgs und bekannte reaktionäre Kriegshetzer sich noch in Leitungen der Siemensbetriebe befinden. Wir verlangen die Entfernung solcher Elemente und die Liquidierung des Konzerns.“

Einige Monate sind seither ins Land gegangen. In vielen Betrieben weht ein reiner Wind. Entsprechend den Potsdamer Beschlüssen sind in der sowjetischen Besatzungszone eine Reihe von Konzernen zerschlagen und die Betriebe in die Hände der demokratischen Selbstverwaltung überführt

worden. Sie dienen jetzt dem Neuaufbau der deutschen Friedenswirtschaft. Bei den Siemens-Betrieben aber tummeln sich nach wie vor die Nazis. In ihren Vorständen sind noch immer folgende nazistische Direktoren beschäftigt: Hanns Benkert, Charlottenburg, Spreetalallee 1; Dr. Karl Ott, Charlottenburg, Olympische Straße 4; Georg Leipersberger, Dahlem, Olympische Straße 4; Theodor Hafeneder, Dahlem, Kronprinzenallee 58; Richard Voigt, Charlottenburg, Murellenbergweg 45; J. Ludwig Höhenberger, Wilmersdorf, Ahrweiler Straße 11; Dr. Hermann Bösche, Finow-Wolfswinkel, Post Eisenspalterei; Heinrich Schlägel, Hermsdorf, Am Buchenberg 22.

Mit einer raffinierten Geschicklichkeit, unter Ausnutzung der Lage, in der sich Deutschland gegenwärtig befindet, verstehen es diese Direktoren der Hitlerschen Kriegswirtschaft, sich im Sattel zu halten. Nach einer Instruktion der Zentralverwaltung der Siemens-Schuckert AG. werden die früheren Zweigwerke des Konzerns zum Beispiel unter Aufwendung aller juristischen Spitzfindigkeiten dahingehend belehrt, daß die Siemens AG. weder ein Trust noch ein Konzern, sondern ein „Großunternehmen“ war. Diese Tarnungsversuche der Konzernherren, die klaren Beschlüsse von Potsdam zu umgehen, kennen wir bereits. Ein anderes Mittel ist die Tarnung als Demokrat, als aufbauwilliger Mitarbeiter und Antifaschist.

Sehen wir uns einmal den ersten Herrn auf der langen Liste genauer an: Herr Hanns Benkert war Vorsitzender des bekannten Vereins Deutscher Ingenieure. Seit Jahren ist er der Vertrauensmann Speers in allen Fragen der Typung und Normung und ein engerer Freund Todts gewesen. Er war Wehrwirtschaftsführer. Für die deutsche Aufrüstung und Kriegsvorbereitung war er ein unermüdlicher Antreiber. Im Krieg steigerte sich sein Eifer (der ihm persönlich natürlich reiche Früchte brachte), aus den Siemensarbeitern auf alle mögliche Art und Weise die Höchstleistung für Hitlers Krieg herauszupressen.

In seiner Broschüre „Gefolgschaft und Leistungssteigerung“, die im Jahre 1940 erschien, zeigt er die Methoden hierfür auf. Von der sozialen Demagogie der Nazis bis zur Drohung ist hier alles zu finden. Daß sich ein Bild Hitlers mit der Unterschrift „99 Prozent stimmten für den Führer — also für Frieden und Wahrheit“ in der Broschüre be-

findet, versteht sich von selbst. Es stellt eine Ausschmückung im Werk anlässlich einer der „Wahlen“ dar. Benkert sagt dazu: „Sie sehen folgendes: im Bild, wie eine Feier des Volkes auch im Werk gefeiert wird. Es ist heute selbstverständlich, daß die Wahlpropaganda im Werk durch Anschläge und Plakate auf herumfahrenden Elektrokarren oder durch den Werkfunk im Betrieb fortgesetzt wird.“

1933 hielt Hitler eine Rede im Betrieb. Die Stelle des Bleches, auf der er stand, wurde ausgeschnitten und im Betriebsbüro, mit entsprechender Inschrift eingerahmt, aufgehängt. Ob dieses Zeichen Benkertscher „Führer“verehrung noch heute an dieser Stelle hängt, wissen wir nicht. Wahrscheinlich nicht.

Bekanntlich arbeiteten bei Siemens viele Tausende von verschleppten Zwangsarbeitern aus dem Osten, Süden und Westen. Benkert inspizierte diese unter menschenunwürdigen Bedingungen Arbeitenden gern höchstpersönlich. Vor solchen Kontrollbesuchen zitterten alle. Einmal sah Benkert im Elmo-Werk eine junge Russin von 17 Jahren, als sie sich beim Sortieren von Schrauben mit der linken Hand aufstützte. Benkert brüllte das Mädchen an, rüttelte an ihren Sachen und sagte, daß er ihr das freche Benehmen schon abgewöhnen werde. Dieses „freche Benehmen“ bestand darin, daß das Mädchen einfach weiterarbeitete und sich um Benkerts hysterische Schreie nicht kümmerte, weil es nichts verstand. Benkert forderte von dem Meister und Betriebsingenieur, daß das Mädchen in ein Arbeitslager verschickt wurde.

Ende 1944 und Anfang 1945 sollten die ausländischen Zwangsarbeiter zum Schanzen an die Oder kommandiert werden. Sie weigerten sich. Was heckte da Benkert aus? Es wurde den Ausländern gesagt, sie würden nach Brandenburg an der Havel in eine sichere Gegend geschickt. Die vollgestopften Waggons kamen aber in Dahmsdorf-Müncheberg und Frankfurt/Oder an. Hier wurde den Verschickten das Auswerfen von Gräben im Frontgebiet durch die Wehrmacht befohlen. Wer ist für diese Verletzung des Völkerrechts verantwortlich? Leifer und Benkert. Leifer endete durch Selbstmord. Benkert aber ist nach wie vor Siemens-Direktor.

Am 6. Februar 1942 fand im Sportpalast ein „Betriebsappell“ der Siemens-Werke

statt. Ley hielt die übliche Rede. Auch Herr Dr. Hermann von Siemens sprach. Er sagte unter anderem folgendes: „Jeder, der bei uns arbeitet, in der Werkstatt oder im Büro, darf überzeugt sein, daß seine volle Leistung eingegliedert ist in die Arbeit für den Krieg.“

Hier hat also einer der Konzernherren die Arbeit des Konzerns klar gekennzeichnet. Der Siemens-Konzern war ein Rüstungsbetrieb par excellence. Er gehörte zu den Hauptkriegstreibern, seine Leiter sind ohne Ausnahme Kriegsverbrecher, die auf die Anklagebank gehören. Sie sind mit die Hauptschuldigen für die grausamen Verbrechen des Hitlerregimes gegen die anderen Völker und gegen unser eigenes Volk. Zu ihnen gehört als einer der ersten: Benkert. Wie lange soll er noch der Leiter der Siemens-Werke bleiben? Es ist höchste Zeit, daß dem Verlangen der Siemensbelegschaft Rechnung getragen wird, daß er und seine Spießgesellen verschwinden.

„Neues Deutschland“, Berlin, 8. 5. 1946

Achtung, getarnte Nazis!

Der Aufmerksamkeit einiger städtischer Behörden ist es zu verdanken, daß in jüngster Zeit festgestellt wurde, wie sich ehemalige Nazis, die nur noch als einfache Arbeiter beschäftigt werden dürfen, tarnen und wie ihnen dabei von gewissen Betrieben geholfen wird. Das Verfahren ist sehr einfach und geht aus einigen Beispielen hervor:

Bei einer Behörde erschien auf eine Vorladung hin als Abgesandter oder Bevo-mächtigt der Firma Ingenieur Karl Graeber, Berlin N 65, ein Herr K. Als er nach seinem Verhältnis zum Betrieb befragt wurde, gab er an, daß er „gentlich zwar nur“ Bauhilfsarbeiter sei, aber mit Materialbeschaffung und „sonstigen Erledigungen“ beschäftigt werde. Es stellte sich heraus, daß Herr K. politisch erheblich belastet ist.

Von der Baufirma Harkabus & Zils, Berlin N 54, erschien wiederholt bei behördlichen Diensten allein oder zusammen mit dem Betriebsinhaber ein Herr Sch. als Beauftragter der Firma. Der Betriebsratsvorsitzende der Baufirma bestätigte, daß Herr Sch. Pg war und, obwohl er als gewerblicher Arbeiter im Stundenlohn geführt wird, nicht körperlich arbeitet, sondern für Bürotätigkeiten und sonstige Aufgaben verwandt wird.

Auch der Firmenbeauftragte der Bauunternehmung Friedrich Schmidt, Berlin N 20, ein Herr N., der in der Firma als gewerblicher Arbeiter geführt wird, ist mit kaufmännischen Arbeiten beschäftigt.

Diese Tarnung von ehemaligen Nationalsozialisten dürfte in Berlin bereits einen erheblichen Umfang angenommen haben. Besonders im Baugewerbe liegen die Vorteile einer solchen Tarnung nicht nur auf seiten der Nazis, sondern auch auf seiten des Betriebes. Abgesehen davon, daß der ehemalige Pg der körperlichen Arbeit, die er verrichten soll, entzogen wird, erhält er ganz offensichtlich zunächst einmal eine höhere Lebensmittelkarte, als sie seiner wirklichen Tätigkeit entspricht. Denn der Nazi wird ja als Arbeiter im Betrieb geführt und erhält natürlich eine entsprechende Arbeitsbescheinigung für den Bezug der Arbeiter-Lebensmittelkarte. In Wirklichkeit sitzt der Nazi im Büro oder betätigt sich sogar als Beauftragter der Firmen bei öffentlichen Dienststellen, wofür ihm in den meisten Fällen nur die Angestelltenkarte zusteht. Außerdem aber sind diese getarnten Arbeitsverhältnisse auch für den Betrieb selbst nutzbringend, der dadurch finanzielle Vorteile erzielt, daß der Lohn für die angebliche gewerbliche Kraft bei der Abrechnung im Lohnerstattungsverfahren zuzüglich des Unternehmerzuschlages zurückverlangt wird, während dieser Unternehmerzuschlag natürlich auch zur Abgeltung der wirklich ausgeübten Angestelltentätigkeit der getarnten Nazis dient. Das ganze Verfahren läuft also auf einen Betrug hinaus, durch den nicht nur die Gesetze umgangen, sondern aus dem auch noch von den Betrieben geldliche Vorteile gezogen werden.

Es dürfte angebracht sein, daß sich die Gewerkschaften unter Mithilfe der Betriebsvertretungen mit diesen immer häufiger werdenden Tarnungen beschäftigen, denn nur sie allein werden dagegen wirksam vorgehen können.

„Neues Deutschland“, Berlin, 11. 5. 1946

Geflohene Junker beim Bauernlegen

Während in der sowjetischen Besatzungszone die Nachrichten über die Frühjahrsbestellung immer größere Erfolge und die Erfüllung des im Landwirtschaftsplan aufgestellten Aussaatsolls melden, kommen aus anderen Zonen Deutschlands Nachrichten, die die weitere Entwicklung der deut-

schen Ernährungswirtschaft als sehr bedrohlich erscheinen lassen. Bei der Nachricht von der Kürzung der Lebensmittelrationen im Westen wurde seinerzeit schon festgestellt, daß die Ernährungslage sich nur bessern könne, wenn die Sicherung der Ernährung in die Hände der Bauern gegeben wird, das heißt, wenn die demokratische Bodenreform nicht nur in der sowjetischen Besatzungszone, sondern in allen Gebieten Deutschlands durchgeführt wird.

Bekanntlich ist der ehemalige deutsche nationale Reichstagsabgeordnete und aus der Ostzone geflohene Rittergutsbesitzer Schlange-Schöningen der verantwortliche Mann für die Landwirtschaft in der englischen Besatzungszone. Dieser ostelbische Junker betreibt in seinem neuen Amt eine Landwirtschaftspolitik, die, wie nicht anders zu erwarten, nicht auf die Sicherung der Volksernährung abgestellt ist, sondern allein auf die Sicherung des Eigentums der feudalen Großgrundbesitzer. Vor allem ist er bestrebt, seine mit ihm geflüchteten Standesgenossen im Westen wieder zu Landbesitz zu bringen. So wird uns aus dem Kreis Falingbostel im Regierungsbezirk Lüneburg berichtet, daß in Ostenholz eine ganze Reihe von Kleinbauern ihre Ansiedlerstellen in Größe von 10 bis 20 Morgen verlassen mußte, um adeligen Gutsbesitzern aus dem Osten Platz zu machen. Das Provinzialkulturrat der Regierung in Lüneburg und das Oberpräsidium in Hannover sind dazu übergegangen, die Verträge der dort ansässigen Kleinbauern aufzuheben und sie von ihrem gepachteten Grund und Boden zu verjagen. Die freiwerdenden Ländereien wurden an folgende Junker verteilt: von Köster erhielt in Ostenholz den Sönholzhof, von Beer den Hasselmannhof, von Frieling den Wänninghof, von Tilk den Sültebruchhof, von Brockhusen den Hof Heyersmühlen, von Bernsdorf den Dövenhof in Oberholz, von Wahl den Kaltberghof, von Zetzewitsch den Hambruch-Hanshof in Oberhole, und von Kemmecke erhielt eine Besitzung von 650 Morgen, die das ganze Dorf Böstlingen umfaßt.

Diese Namensliste ist nur ein kleiner Auszug aus dem uns vorliegenden Bericht. Sie zeigt aber, daß Schlange-Schöningen im Interesse der Junker das alte Bauernlegen mit modernen Mitteln betreibt. Durch eine gerissene Steuerpolitik, durch Beibehaltung der nazistischen Reichsährungsorganisation, durch rigorose Durchführung der un-

beschränkten Ablieferungspflicht wird der Wille der Bauern, für die Ernährung der Bevölkerung ihre ganze Kraft einzusetzen untergraben, — alles mit dem Ziele, die Bauern zum Konkurs zu treiben und danach den bäuerlichen Besitz aufzukaufen.

Wird diesem verbrecherischen Treiben nicht schnellstens ein Ende gemacht, so sehen wir sehr schwarz für die weitere Entwicklung der Ernährungslage in diesem Teile Deutschlands.

„Neues Deutschland“, Berlin, 1. 5. 1946

Immer noch Hugenberg

Einst Generaldirektor des Kanonenkonzerns Krupp, später der Vater der „Harzburger Front“, die sich 1931 zum letzten Angriff auf die Demokratie formierte, 1933 Mitglied der Hitler-Regierung, dann Teilnehmer des Heilrufer-Chors in der Krolloper — das ist Hugenberg, der „Altmeister“ der deutschen Reaktion. Alle diese Ehrentitel hätten ihm einen bevorzugten Platz unter den Schuldigen der Hitlerkatastrophe sichern müssen. Aber unter den Angeklagten war er nicht zu finden. Man ging auf die Suche, und englische Journalisten entdeckten ihn, wie man vor einiger Zeit lesen konnte auf seinem Gut Robraken hinter Rinteln an der Weser, wo er ein elegantes Landhaus mit 50 Zimmern bewohnt und mehrere hundert Morgen Land besitzt.

Diese seine Entdeckung durch die Öffentlichkeit hat ihm bisher nicht zu dem wohlverdienten Ehrenplatz auf der Anklagebank verholfen. Er scheint sich auf seinem luxuriösen Landsitz sogar sehr sicher zu fühlen. Das Gut Robraken ist der Mittelpunkt eines ganzen Schwarms von dunklen Gestalten geworden. Mannigfache politische Fäden werden von hier aus gesponnen, sicher nicht zum Nutzen der Demokratie, wohl aber zur Rettung des deutschen Imperialismus. Der erste „Mitarbeiter“ Hugenbergs dabei ist der Landrat Pollack, der während der letzten zwölf Jahre eine führende Rolle in der Nazibewegung spielte. Unter den übrigen politischen Freunden, die neuerdings auf Gut Robraken aus und ein gehen, und die zum Teil von Hugenberg und Pollack in den Kreistag von Schaumburg-Lippe geschoben wurden, befinden sich u. a. Herr Heye, Fabrikant in Oberkirchen, Besitzer der Glashütte und mehrfacher Millionär, der schon seit langem die Wiederaufbau der Glashütte sabotiert, die Freiin von Dinck-



lage aus Oberkirchen, eine Person, die schon vor 1933 für Hitler Propaganda machte, der man aber heute die Landesfrauenschule „zu treuen Händen“ übergeben hat; weiterhin der Buchdruckereibesitzer Karl Rasche, in dessen Betrieb Hetzliteratur der Nazis in großem Umfange gedruckt wurde, Herr von Schönfeld, Geschäftsführer bei der Kreisbauernschaft und früherer Kreisbauernführer in Westfalen, und viele andere von derselben Sorte.

Es gibt Menschen, die behaupten, die Vereinigung der Arbeiterparteien und damit die Schaffung einer starken Front gegen die Reaktion sei nicht so eilig, denn die Reaktion sei zerschlagen und keine Gefahr mehr. Es mag dahingestellt sein, ob solche Äußerungen aus Naivität oder Raffinesse entspringen. Jedenfalls sehen die Tatsachen anders aus. Solange ein Hugenberg noch Handlungsfreiheit hat, müssen die Antifaschisten sehr wachsam sein.

„Berliner Zeitung“, 21. 3. 1946

Schlange-Schöningens Katastrophenpolitik

Ungeachtet der schreienden Not unserer Landsleute an Rhein und Ruhr, in Hamburg und Bremen, duldet Schlange-Schöningens die Sabotage der Junker, die ihr Land nicht bebauen und die Ernten verkommen lassen. Riesige Flächen ehemaligen Wehrmachtgeländes, im Hannoverschen allein 54 733 Hektar, läßt er brach liegen. Dabei warten Hunderttausende auf Zuteilung von Boden, um anpacken zu dürfen.

In seiner Hamburger Rundfunkrede sprach er von einem „Landreformgesetz“, das, wie er zynisch erklärte, „wenigstens teilweise in Kraft treten soll, sobald die Hungerlage es irgend erlaubt“. (!!)

Es müssen also wohl erst ein paar Hunderttausende verhungern, damit nicht mehr so viel übrigbleiben, die das Land der Junker fordern.

„Neues Deutschland“, Berlin, 16. 5. 1946

Der hoffnungsvolle Kronprinz

Hechingen, 9. April (AP). Kronprinz Wilhelm von Hohenzollern erklärte in einer Unterredung mit einem Pressevertreter, er sei für den Dienst am Vaterlande bereit, falls Deutschland jemals wieder einen König wünschen sollte. „Das am besten arbeitende politische System ist das britische Parlament mit seiner konstitutionellen Monarchie“, so fügte er hinzu. „Wenn dieses für Deutschland angenommen würde, dann würde es die Wiederherstellung des Hauses Hohenzollern bedeuten.“ „Sie denken an die Wiedereinsetzung Ihres ältesten Sohnes Louis Ferdinand?“ fragte man ihn. „Meine eigene oder die meines Sohnes“, verbesserte er höflich.

Wilhelm, der sein über Hechingen gelegenes Schloß mit 180 Zimmern aufgegeben hat, um eine mehr plebejische, aber hübsche Villa in der Stadt zu beziehen, lachte ein wenig bei der Erwähnung der monarchistischen Partei, die in Bayern wieder auf-

gezogen worden ist. „Oh, das“, sagte er. „Rupprecht ist ein netter Mann. Einige Leute glauben an ihn“

Der Kronprinz hat kürzlich eine kurzgefaßte Geschichte Deutschlands von 1910 bis 1945 auf siebenundvierzig Seiten geschrieben. Er nannte Hitler einen Hypnotiseur und Göring eine Art von Nero.

*

Auch Wilhelm von Hohenzollern ist nun allmählich ein älterer Herr geworden. Und wir wissen aus bester Quelle, daß er sich lebhaft für „Demokratie“ interessiert. Fehlt also nur noch eine „Kronprinz-Wilhelm-Partei“ — wenn nicht eine der bestehenden Gruppen oder Grüppchen diese Arbeit zu übernehmen bereit ist. Genug zur Auswahl sind da.

„Frankenpost“, Hof, 10. 4. 1946



Rosie 44

Nun begreift ihr, daß wir etwas mißtrauisch geworden sind oder besser: mißtrauisch geblieben sind. Von den kurzen Wochen abgesehen, in denen sich die dem „Führer“ in Not und Tod verschworenen Pg-Helden in die tiefsten Mauselöcher verkrochen hatten, wuchert jede Art von Naziunverschämtheit und schießt üppig ins Kraut.

Urpötzlich wissen diese Herrschaften haarscharfgenau, was Demokratie für sie bedeuten kann, ja, und sie machen es uns natürlich auch klar, und es stehen ihnen genügend Zeitungen zur Verfügung in so einer Demokratie. Feine Unterschiede wissen sie jetzt zu machen. Sie sind des Lobes voll, wie sie und ihresgleichen die Dinge meisterten und in welcher Friedhofsstille alles vor sich ging, als das einzig statthafte Geräusch ein scharfes Hackenklappen war.

Es ist uns lieber, ein aufrichtiger Antifaschist macht mal einen Fehler, als daß tausend ehemalige Pgs und Kriegstreiber in Behördenstellen und Privatbetrieben „fehlerfrei“ und zum Wohlgefallen ihres Klüngels arbeiten.

Weist die in sich doch so erbärmlichen und dummdreisten Vergleiche der Nazis, die nun einige ihrer Bequemlichkeiten aufgeben sollen, zurück! Jene Vergleiche mit der Melodie: Es ist ja doch alles genau so geblieben. Nur daß die „anderen“ jetzt dran sind.

Nein, nein, ihr klugen Köpfchen, es ist durchaus nicht so, nur daß viele durch Hitlerpropaganda des Denkens entwöhnte Menschen (Menschen?) nach wie vor zu solchem Blödsinn schweigen.

Es ist nicht so, daß alle Pgs und Hitleraktivisten beim Einmarsch der alliierten Truppen zusammengetrieben und abtransportiert wurden, wie es Hitlertruppen unzählige Male mit Juden und anderen Volksgruppen mach'en, in Polen, in Rußland, in der CSR und anderswo.

Es ist nicht so, daß die jetzt mal ab und zu körperlich arbeitenden Pgs die niedrigste Lebensmittelkarte bekommen wie Juden unter Hitler. Es kann und darf ja gar keinen Vergleich geben zwischen der geregelten Arbeitsweise der eingesetzten Pgs und der Hölle, die Juden und KZler durchmachen mußten!

Es ist nicht so, daß die wenigen Manahmen, die das Wohlleben der Pgs einschränken, sich immer steigern bis zum qualvollen Tod im KZ.

Dies vor allem haben die Schuldigen in Deutschland noch niemals empfunden; dies Gefühl: der Griff der Henker Hitlers läßt nicht locker. Wir, die wir an kein Wunder glaubten, wußten, daß der Untergang dieses dritten Reiches gewiß war. Ebenso gewiß war aber der Vernichtungswille der Hitlerschergen. Dieses stumme entnervende Abschätzen der Distanz zwischen gigantischer Mordmaschine, die mit erbarmungslosem Mechanismus auf uns zurollte. Dieses Immer-leerer-Werden um uns, bis es endlich auch uns oder unsere Freunde traf.

Was könnt ihr Pgs all dem entgegensetzen?

Nichts!

